

01) Mehrheit der Westeuropäer glaubt, dass „die EU nicht funktioniert“

15. 06. 2021



Bildquelle: Remix News

Brüssels Umgang mit der Coronavirus-Pandemie und der krisenbedingten Rezession hat viele mit pessimistischen Ansichten über die Zukunft der EU zurückgelassen

Die Autoren der Umfrage, die der European Council on Foreign Relations (ECFR) in 12 EU-Mitgliedsstaaten durchgeführt hat, veranlassen die europäischen Staats- und Regierungschefs, die Ergebnisse als Warnung zu verstehen. Es könnte im Hinblick auf die Zukunft der EU eine der letzten Warnungen sein.

Die polnische Tageszeitung Rzeczpospolita weist darauf hin, dass die besorgniserregendsten Daten aus den beiden größten Staaten der EU – Deutschland und Frankreich – stammen. Nach der Umfrage sind 55 Prozent der Deutschen und 62 Prozent der Franzosen der Meinung, dass die EU „nicht funktioniert“. Auch 57 Prozent der Italiener teilen diese Ansicht, ebenso wie 52 Prozent der Spanier und 51 Prozent der Österreicher.

Deutlich verständnisvoller sind da die Polen, bei denen nur 33 Prozent dieser Ansicht sind. Allerdings sagten 44 Prozent der Polen, dass ihr Vertrauen in die EU bereits gering ist oder sich im letzten Jahr verschlechtert hat.

Die Autoren des Berichts stellten fest, dass die früher sehr marginale Skepsis gegenüber der Integration nun in den Mainstream übergegangen ist, insbesondere in Deutschland, wo das Vertrauen in die EU um 11 Prozentpunkte gesunken ist.

Achtunddreißig Prozent der Befragten in den 12 Mitgliedsstaaten glauben, dass das größte Versagen der EU im letzten Jahr darin bestand, eine tiefe Rezession zuzulassen, wobei 31 Prozent auf die Unfähigkeit der EU hinwiesen, eine effiziente Impfung gegen das Coronavirus zu gewährleisten. Andere Vorwürfe, wie das Einfrieren der Wirtschaft und des sozialen Lebens, wurden deutlich weniger genannt (21 Prozent).

Der Bericht betonte auch, dass die Corona-Pandemie zugeschlagen habe, als die EU bereits mehrere ernste Krisenepisoden in der Vergangenheit durchgemacht habe, nämlich die Finanzkrise 2008, die Migrationskrise 2015 und den Brexit. Eine effiziente Reaktion auf die Pandemie hätte eine Chance für Brüssel sein können, das Vertrauen wieder aufzubauen, aber dies ist in den Augen der öffentlichen Meinung der EU eindeutig nicht geschehen.

Eine Chance, dieses Versagen wettzumachen, ist der EU-Rettungsfonds, aber dieser wird keine leichte Aufgabe sein, zumal nur 14 Prozent der Befragten in Deutschland Unterstützung von der EU oder anderen Mitgliedsstaaten erwarten, um die Krise zu überwinden. Die Umfrage ergab, dass 59 Prozent der Deutschen glauben, dass ihr Land nur auf sich selbst zählen kann.

Aber auch in Polen ist die Zahl derer, die Unterstützung von der EU und anderen Ländern erwarten, innerhalb eines Jahres von 50 auf 42 Prozent gesunken. Das ist ein Wert, der den reicheren Nationen Westeuropas, die Nettozahler in den EU-Haushalt sind, sehr nahe kommt: Österreich (38 Prozent), Frankreich (39 Prozent), Italien (42 Prozent), die Niederlande (42 Prozent) und Schweden (40 Prozent).

Darüber hinaus hat die zunehmende Skepsis gegenüber der Integration zu einer steigenden Unterstützung für eher euroskeptische Parteien geführt, wie z.B. die französische Partei Rassemblement National, Italiens Fratelli d'Italia und die spanische Vox.

Diese Situation ist jedoch auch eine Folge des Versagens, das die nationalen Regierungen nach Ansicht der Befragten während der Pandemie erlitten haben. Schließlich stehen hinter diesen Regierungen Mainstream-Parteien, und 42 Prozent der Befragten glauben, dass diese Parteien für Rezession und Arbeitslosigkeit verantwortlich sind; 34 Prozent halten sie für schuldig an ineffizienten Impfprogrammen.

Hoffnung kann die EU aus der Tatsache schöpfen, dass nur 12 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass es an der Zeit ist, die EU aufzulösen.

Wenn es um die Zukunft der europäischen Integration geht, gehen die Meinungen weit auseinander. Die Umfrage ergab, dass 33 Prozent der Meinung sind, dass die EU ein Beispiel für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Welt werden sollte, während 18 Prozent die EU als eine der globalen Mächte auf der internationalen Bühne sehen. Siebzehn Prozent glauben, dass die Aufgabe der EU der Schutz von Traditionen und Nationalstaaten sein sollte, und 15 Prozent sind der Meinung, dass die Integration den Binnenmarkt und die wirtschaftliche Zusammenarbeit betreffen sollte.

Quelle: [Niezalezna.pl](https://www.niezalezna.pl)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Die EU-Außenpolitik ist ein lächerlicher Papiertiger!

欧盟的外交政策是一只荒谬的纸老虎！

Von Mariann Öry

12. 06. 2021



Die EU-Außenpolitik ist ein lächerlicher Papiertiger!

Die Angewohnheit, deutsche Interessen als gemeinsame europäische Interessen auszugeben, wird letztlich zu einer Zentralisierung der Macht zugunsten Berlins führen.

„Die Außenpolitik der Europäischen Union ist lächerlich geworden. Wenn unsere acht gemeinsamen Erklärungen bisher beiseite gefegt wurden – und im Fall von China ist das geschehen -, wird auch die neunte zum Gespött. Wir sehen aus wie armselige Papiertiger, und nach unseren folgenlosen Erklärungen lacht die Welt über uns“, mit dieser unangenehmen Wahrheit konfrontierte Ministerpräsident Viktor Orbán kürzlich die EU-Entscheidungsträger.

Es kann wirklich nicht gesagt werden, dass die ungarische Position in dieser Frage nicht schon lange klar ist. In seinem früheren, [achten Samizdat](#), den Orbán an Armin Laschet, den Kanzlerkandidaten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, richtete, reagierte er auf ein ähnliches Thema. Deshalb wurde Ungarn zur Zielscheibe der Berliner Kritik, weil es als einziges die EU-Erklärung zu Israel nicht unterstützt hat.

Bevor wir untersuchen, warum die Besessenheit der Union, Erklärungen abzugeben, problematisch ist, wollen wir uns mit einem interessanten Detail beschäftigen. Das erste Element dieses Details hat mit Laschet zu tun, aber noch wichtiger ist der sozialdemokratische Außenminister Heiko Maas, der vorschlug, dass die Einstimmigkeit bei Entscheidungen über die Außenpolitik der Europäischen Union abgeschafft werden sollte. Tut es Deutschland weh, die Union nicht allein regieren zu können, weil es durch lästige mitgliedstaatliche Souveränität behindert wird?

Unangenehme Assoziationen an die europäische Vergangenheit drängen sich auf.

Seite 77 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 792 vom 17.06.2021

Berlin verpackt die Durchsetzung des eigenen Willens stets in das so genannte gemeinsame Interesse, was meist mit dem deutschen Interesse gleichzusetzen ist. Als zum Beispiel Bundeskanzlerin Angela Merkel die Syrer großzügig nach Deutschland einlud, und somit so ziemlich jeden, der vorgab, Syrer zu sein, wurde es plötzlich zum gemeinsamen europäischen Interesse, diese Menschen zu verteilen.

Um auf das Verteilen von Erklärungen zurückzukommen: Denken Sie nicht, dass, wenn Ungarn ein Veto gegen einen gemeinsamen Erklärungsentwurf einlegt, alle anderen mit dem Dokument vollkommen zufrieden sind. Das ist nicht der Fall, sie trauen sich bloß nicht aufzustehen. Die ungarische Position hingegen ist, dass gefährlicher Unsinn nicht ermöglicht oder unterstützt werden sollte.

Die Europäische Union macht sich lächerlich, wenn sie den Großmächten mit unwirksamen Papieren drohen will, eine politische Polizeitruppe spielt und die strategischen Partner der Union in herablassender, belehrender Weise kritisiert. Dahinter steckt eine unendliche Arroganz, die sehr typisch für die liberale Elite der EU ist. Es ist nicht nur so, dass sie falsch liegen, denn solange sie diese wütenden Aussagen machen, geht die Welt weiter – in der Tat, die Welt geht an uns vorbei.

Europa wird nicht stark und wettbewerbsfähig sein, weil es außenpolitische Erklärungen abgegeben hat – schon gar nicht, wenn es wieder einmal eine Krise falsch handhabt. Die EU-Länder, die ausschließlich auf westliche Impfstoffe und gemeinsame EU-Beschaffung setzen, liegen bereits gut anderthalb Monate hinter Ungarn zurück. Die ungarische Regierung hat rechtzeitig erkannt, dass es falsch war, sich ausschließlich auf westliche Impfstoffe zu verlassen, und dass Ungarn auch östliche Impfstoffe braucht. Die ungarische Regierung hat daraus hingegen kein Politikum gemacht, sondern gesagt, es gehe darum, dass der Impfstoff funktioniert.

Das ist ebenso eine Frage der Souveränität wie das Vetorecht der Nationalstaaten bei gemeinsamen Entscheidungen und Erklärungen. Ungarn will kein Papiertiger sein, sondern ein starkes, souveränes Land. Die Indikatoren des Seuchenmanagements und die der Wirtschaft beweisen, dass dies die richtige Richtung ist und dass Ungarn auf der richtigen Seite der Geschichte steht.

MAGYAR HÍRLAP Dieser Beitrag erschien zuerst bei [MAGYAR HÍRLAP](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Marcin Romanowski: „Hassrede ist ein Vorwand, um politischen Druck auszuüben“

13. 06. 2021



Marcin Romanowski · Bildquelle: El Correo de España

„Hassrede ist ein Vorwand, um politischen Druck auf Länder auszuüben, die die von den Eliten und Neomarxisten in Brüssel auferlegten Veränderungen nicht akzeptieren.“ (Marcin Romanowski)

Von Álvaro Peñas

Interview mit Marcin Romanowski, stellvertretender polnischer Justizminister. Er ist promovierter Jurist und war von 2016 bis 2019 Direktor des Instituts für Justiz. Am 4. Juni 2019 wurde er von Justizminister Zbigniew Ziobro zum Unterstaatssekretär im Justizministerium ernannt und ist verantwortlich für die Cybersicherheit des Justizsystems und die Implementierung neuer Technologien im Bereich der Justiz. Marcin Romanowski gehört der Solidarna Polska (Solidarisches Polen) an, einer der drei Parteien, die die Regierungskoalition Zjednoczona Prawica (Vereinte Rechte) bilden.

Letztes Jahr trat in Polen eine umstrittene Justizreform in Kraft, die von der großen Mehrheit der Polen unterstützt, aber von der Europäischen Union scharf kritisiert wurde. Hat diese Reform die Probleme des polnischen Justizwesens erfolgreich gelöst und was halten Sie von dieser fortgesetzten Einmischung Brüssels in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Landes?

Die von der Regierung durchgeführte Justizreform weist auf das hin, was der Hauptmangel unseres Justizsystems zu sein scheint – das Personal und die Tatsache, dass das polnische Justizsystem in seiner Grundform nach dem formalen Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur im Jahr 1989 nie eine echte Reform durchlaufen hat. Langsame und subtile Änderungen, die vom damaligen Establishment akzeptiert wurden, wurden erst

im letzten Jahrzehnt der kommunistischen Herrschaft vorgenommen. Später, während der Verhandlungen zwischen den Kommunisten und einem Teil der widerspenstigen Opposition, wurden breitere und notwendige Veränderungen der Justiz aus dem politischen Reformpaket ausgeschlossen. Die Justiz sollte sich selbst reformieren, unterstützt durch eine neue Institution, den Nationalen Justizrat, der noch während der Verhandlungen der kommunistischen Regierung mit der Opposition im Jahr 1989 gegründet wurde. Der demokratische Deckmantel des Rates verdeckte jedoch alle kommunistischen Aspekte der Justiz, was später über 25 Jahre lang in politischen Diskussionen thematisiert wurde, in denen verschiedene Parteien, einschließlich der heutigen Opposition, gründliche Reformen forderten, darunter auch die Reform des Justizrates. Die meisten waren sich einig, dass der Justizrat mit seinem unklaren System der Richterernennung am meisten für die verschiedenen Funktionsstörungen der Justiz verantwortlich war. Die nicht-repräsentative Natur der Richter, die den Justizrat zusammensetzten, einschließlich der eklatanten Dominanz der Richter des Obersten Gerichtshofs, bedeutete, dass der Rat im Wesentlichen ein korporativer „Wachhund“ für die Reinheit der Richterkaste war und all jene ausschaltete, die für demokratische Offenheit, Transparenz und Rechenschaftspflicht der dritten Gewalt eintraten. In Deutschland wurde nach 1989 die „Nulloption“ angewandt, was dazu führte, dass ein großer Teil der kommunistischen Richter den Beruf verließ. Es war für den deutschen Gesetzgeber offensichtlich, dass Richter, die de facto wichtige Funktionäre des kommunistischen Regimes waren, oft verantwortlich für Justizmorde und die Verfolgung der Opposition, im neuen demokratischen System nicht unabhängig sein konnten. In Polen bedeutet diese „Null-Option“ null Rechenschaftspflicht, und es gab keine Säuberung der Justiz, nicht einmal von Kommunisten, die für Justizverfolgung verantwortlich waren. Aus heutiger polnischer Sicht ist auffällig, wie verbissen die Brüsseler Eliten gegen die eingeleiteten Reformen ankämpfen und wie sehr ihnen elementares historisches Wissen über die kommunistische Vergangenheit und die Einbettung der Justiz in die Realitäten des alten Systems fehlt. Schlimmer noch, die Rechtsstaatlichkeit ist zu einem Vorwand nicht nur für verdeckte, sondern auch für offene Einmischung in Angelegenheiten geworden, die nach den EU-Verträgen den Mitgliedsstaaten überlassen waren. Erstaunlich und traurig ist nicht nur die Unerbittlichkeit Brüssels im Kampf gegen legitime Reformen, die von der Bevölkerung unterstützt werden, sondern auch die Heuchelei der EU im Umgang mit Polen und anderen Ländern. In seinen fast parallelen Urteilen zur dritten Gewalt sieht der EuGH Polen und z.B. Malta sehr unterschiedlich. So verstößt in Polen laut EuGH der neue Justizrat, dem von den Richtern selbst nominierte und vom Parlament gewählte Richter angehören, gegen eine angebliche EU-Norm, während in Malta die Ernennung der Richter durch den Präsidenten auf Vorschlag des Premierministers in Abwesenheit eines Gremiums wie des Nationalrats EU-Recht entspricht und die Unabhängigkeit garantiert. Ähnlich ist die Situation in Deutschland, wo kein EU-Gremium darauf hingewiesen hat, dass die offene Parteizugehörigkeit deutscher Richter mit der Unparteilichkeit und Unabhängigkeit der Richter unvereinbar ist, während Polen mit seiner absoluten verfassungsrechtlichen Verpflichtung zur Unparteilichkeit ein Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit unterstellt wird.

Das zeigt, wie parteiisch und paternalistisch der Ansatz Brüssels ist. Auf die Frage, ob die Reformen den gewünschten Effekt hatten, muss die Antwort teilweise ausfallen. Einerseits haben die Reformen – in gewissem Sinne – die Rechtsprechung des EuGH abgebaut. Andererseits wurden sie vom Koalitionspartner und dem Präsidenten nicht vollständig akzeptiert, der gegen einige der Reformen sein Veto einlegte.



Polen hat 2015 die Istanbul-Konvention ratifiziert, einen Vertrag, den Sie als trojanisches Pferd der Linken bezeichnet haben. Dennoch stimmte das polnische Parlament im März auf Geheiß Ihres Ministeriums mit einem Text „Ja zur Familie. Nein zu Gender“ gegen diesen Vertrag. Steht der Ausstieg Polens aus der Istanbul-Konvention bevor? Welche Maßnahmen hat Polen gegen häusliche Gewalt ergriffen?

Polen lehnt die neomarxistische These vom Klassenkampf, der heute auf einen Kampf der Geschlechter reduziert wird, entschieden ab. Vor einiger Zeit sahen Marxisten das Übel dieser Welt im Kapital. Es war das Kapital, das die Menschen in Bessere und Schlechtere teilte, es war die Quelle allen Elends und aller Ausbeutung. Die heutigen linksliberalen Eliten berufen sich auf das gleiche Narrativ, nur dass sie an die Stelle des Kapitals das Geschlecht (Gender, wie sie es umzudefinieren versuchen) setzen. Es ist ein Geschlecht, das die angebliche Ursache für das Unglück der Menschheit sein soll, es ist ein Geschlecht, das die Menschen in Bessere und Schlechtere, in diejenigen, die am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen, und in die Ausgeschlossenen einteilen soll. Letztere sollen Frauen, sexuelle Minderheiten, Menschen mit anderer Geschlechtsidentität sein. Nach diesen Ansichten soll jede Stigmatisierung aufgrund von Geschlecht oder sexueller Identität die Ursache für Misserfolge, Schwierigkeiten und sogar Dramen im Leben sein. In der modernen Welt sind Geschlecht und Sexualität zur Leinwand für angebliche Trennungen, Diskriminierungen, Pathologien und jede mögliche Ausgrenzung geworden, einschließlich der Quelle häuslicher Gewalt. Nach den Slogans der linken Avantgarde soll die Vernichtung des Geschlechts, die Auslöschung der Unterschiede zwischen Frauen und Männern und vielleicht sogar die Einführung einer völlig neuen Kategorie des dritten Geschlechts und das Fehlen des Unterschieds zwischen sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität eine neue Befreiung, die Essenz der liberalen Revolution und die endgültige Lösung des Problems der Gewalt gegen Frauen bringen. Wir lehnen eine solche primitive Erzählung ab. Der wirkliche Kampf gegen häusliche Gewalt kann nicht auf die abstrakte Identifizierung ihrer angeblichen Quelle und auf die Schaffung bürokratischer Berichterstattung und aufdringlicher Erziehung reduziert werden, die uns glauben machen

soll, dass die Trennung zwischen Männern und Frauen grundsätzlich falsch ist. Probleme wie häusliche Gewalt oder Ausgrenzung liegen viel tiefer, sind vielfältiger und nuancierter. Die Quellen von Dysfunktionen in der Familie sind verschiedene Pathologien wie Alkohol- oder Drogenmissbrauch, verschiedene Süchte, zufällige Ereignisse, die durch Arbeitslosigkeit oder Armut verursacht werden, oder unzureichende Bildung, die Chancen auf sozialen Aufstieg blockiert, Sexualisierung von Frauen in den Mainstream-Medien. Unserer Meinung nach ist das in der Istanbul-Konvention vorgeschlagene Menschenbild zu primitiv. Die Welt und ihre Komplexität ist kein Problem einer eng verstandenen menschlichen Sexualität, die heute – unter anderem durch die Medien – unserer Meinung nach übermäßig geschärft oder gar verzerrt wird. Die heutige Welt ist eine Vielzahl komplexer, oft geschichteter und multiplizierter Probleme. Die Aufgabe des Staates ist es, diese geschickt zu entschärfen. Das haben wir zum Beispiel bei der häuslichen Gewalt in Polen getan, die wir nicht durch das Prisma des Geschlechterkampfes sehen. Jede häusliche Gewalt, unabhängig von ihrer primären Quelle, sollte beseitigt oder zumindest minimiert werden. Das hat der polnische Gesetzgeber getan, indem er ein sogenanntes Anti-Gewalt-Gesetz verabschiedet hat, das das Opfer schützt und gleichzeitig eine effektive Trennung des Täters vom Opfer vorsieht, unabhängig davon, wodurch der häusliche Konflikt verursacht wurde. Die Polizei ist berechtigt, einen Haftbefehl zu erlassen, der den Täter verpflichtet, das Haus während der polizeilichen Intervention sofort zu verlassen. Dies ist ein rechtlicher Mechanismus, der dem Opfer realen und faktischen Schutz bietet. Es gibt auch ein spezielles Hilfsnetzwerk, das aus 365 Zentren in ganz Polen besteht, die aus einem vom Justizministerium geschaffenen Fonds – Fundusz Sprawiedliwości (Justizfonds) – finanziert werden, wo Opfer, Angehörige und Zeugen kostenlose und professionelle rechtliche und psychologische Hilfe in Anspruch nehmen können. Das Ergebnis ist, dass der Kampf gegen häusliche Gewalt einen umfassenden Charakter hat und das Niveau der realen häuslichen Gewalt, nicht nur das in der offiziellen Statistik, eines der niedrigsten in Europa ist.

Im Rahmen dieser EU-Gender-Obsession haben Sie an einer Debatte im Europäischen Parlament über die Situation von LGBT-Menschen in Polen teilgenommen. Polen ist ein Rechtsstaat, aber er wird ständig von Brüssel aus in Frage gestellt. Sind all diese Kampagnen nicht ein Weg für die EU, den souveränen Staaten der Union ihre ideologische Agenda aufzudrücken?

Genau hier liegt das Grundproblem. Was wir derzeit in der europäischen Öffentlichkeit erleben, ist eine Verleugnung von Demokratie und Pluralismus. In einer klassischen Demokratie gab es eine Pluralität von Ansichten, Gedanken und Ideen. Jeder hatte das Recht zu sagen, was er dachte, und in der öffentlichen Debatte war die Mehrheitsmeinung eindeutig. Heute haben wir dieses Rudiment der Demokratie vergessen. Stattdessen haben wir einen weitreichenden Relativismus. Die politischen Herolde der Linken definieren autoritär, was eine akzeptable Norm ist, die in der öffentlichen Debatte funktionieren kann, und was als gefährliche „Orthodoxie“, „Faschismus“ oder „religiöser Fanatismus“ definiert wird. Der vom ideologischen Beigeschmack linksliberaler Aktivisten durchdrungene Relativismus wirft alles aus dem öffentlichen Raum, mit dem er nicht einverstanden ist. Der Feind Nummer eins ist der Glaube und die traditionellen Werte, aber auch der Nationalstaat und sein Substrat in Form des Volkes. Stattdessen entwirft die linke Phantasmagorie eine Utopie ohne Religion, ohne Werte und ohne Staat, stattdessen wird mit der Vision eines pseudosozialistischen Internationalismus im neuen Gewand gelockt, der allen Menschen Glück bringen soll. Erreicht werden soll dies durch die Auferlegung eines einheitlichen Narrativs und die Eliminierung von allem, was wir für Aberglauben halten oder was nicht in „unsere“ Vision der Welt passt. Wie weit dieser Prozess fortgeschritten ist, zeigt sich daran, dass alles, was früher die Norm war, wie etwa eine Familie, die aus einem Vater, einer Mutter und einem Kind besteht, heute als Freak angesehen wird, während der Titel einer

Familie von verschiedenen Beziehungen beansprucht wird, in denen das Kind als Objekt behandelt wird. All dies atomisiert die Gesellschaft, untergräbt ihre sozialen, psychologischen und kulturellen Grundlagen und muss am Ende in einer Katastrophe enden.

Diese ideologische Agenda ist totalitär und lässt keine anderen Standpunkte zu. Ein sehr aufschlussreicher Fall ereignete sich vor zwei Jahren in Polen, als ein IKEA-Manager einen Mitarbeiter feuerte, weil er einen Tag der Solidarität mit LGBT-Menschen nicht unterstützte. Der Manager wurde wegen Diskriminierung seines Mitarbeiters strafrechtlich verfolgt. Sie sagten damals, dass Sie die Diktatur des Relativismus oder die Ideologisierung von Arbeitsplätzen nicht zulassen würden.

Wir sind uns alle einig, dass negative Erscheinungen im öffentlichen Raum beseitigt werden sollten. Die Kultur der öffentlichen Debatte ist ein Bereich, der für das Funktionieren der Demokratie entscheidend ist. Jeder Mangel an Respekt vor einem anderen Menschen ist verwerflich und sollte verurteilt werden. Das Problem mit Hassreden ist jedoch ein anderes. Für einige politische Kreise ist sie zu einem Werkzeug der ideologischen Propaganda geworden, das einen „neuen Menschen“ formen soll. Die öffentliche Debatte, insbesondere in einer Demokratie, muss offen und pluralistisch sein. Und mittlerweile ist es die von den linksliberalen Ideologen erfundene Hassrede, die die demokratische Debatte abwürgt. Im Namen des angeblichen Respekts vor dem anderen Menschen unterdrückt sie die Ansichten, mit denen die Linken nicht einverstanden sind, und eliminiert Ansichten, die nicht in die radikal-liberale, selektiv gewählte Vision von Staat, Gesellschaft und Politik passen. Man fragt sich, mit welchem Hass versucht wird, Ansichten in Frage zu stellen und aus dem öffentlichen Raum zu entfernen, die z. B. auf Glauben, traditionellen Werten und assimilierten kulturellen Mustern beruhen. Der Fall des Lehrers aus Island, der es wagte, sich kritisch über die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare zu äußern und dem der EGMR deshalb wegen Hassrede verurteilte, ist geradezu plakativ. Ebenso wie die Stigmatisierung einer finnischen Politikerin, nur weil sie in einer öffentlichen Debatte die Bibel zitierte, was dazu führte, dass sie als religiöse Fanatikerin angesehen wurde, die das Gift des religiösen Hasses verbreitet. Wir beobachten eine äußerst gefährliche Tendenz, dass der Kampf gegen die „Hassrede“ der Stigmatisierung von Ansichten dient, mit denen der linksliberale Mainstream nicht einverstanden ist. Wendet man das gleiche Maß in die andere Richtung an, stößt man auf offene Aggression. Angriffe auf Katholiken, die traditionelle Werte lächerlich machen, werden mit der Freiheit der öffentlichen Debatte, dem Pluralismus usw. erklärt. Das Hauptproblem bei der Hassrede ist also ihre Relativierung. Das Stigma der Hassrede wird in der Regel Ansichten zugeschrieben, die von der linksliberalen Mehrheit nur schwer akzeptiert werden können, während offene Angriffe auf die Kirche, den Glauben, die Familie oder die Verteidiger des Lebens unter dem Schirm der liberalen Redefreiheit geschützt werden.

Die Europäische Kommission sagt, sie sei sehr besorgt über „Hassreden“ und will bis Ende dieses Jahres eine Liste von Hassverbrechen erstellen. In Spanien zum Beispiel will die linke Regierung einige Aktivitäten von Pro-Life-Gruppen kriminalisieren. Ist diese „Hassrede“ nicht ein weiteres Instrument, um Andersdenkende wie Polen und Ungarn zu verfolgen oder christliche Werte zu kriminalisieren?

Ich fürchte ja. Seit langem gibt die Europäische Kommission Anlass zu der Annahme, dass der Kampf gegen die so genannte Hassrede ein weiterer Vorwand sein wird, um politischen Druck auf Länder auszuüben, die die von den Brüsseler Eliten und Neomarxisten auferlegten ideologischen, sozialen und kulturellen Veränderungen nicht unreflektiert akzeptieren. Wir sehen, dass der „Schutz“ vor Hassreden nur radikale Liberale, LGBT-

Menschen oder rassische Minderheiten abdeckt. Obwohl wir zunehmend Angriffe auf Christen erleben, hören wir von europäischen Politikern nicht einmal Worte der Verurteilung, geschweige denn konkrete Taten. Derzeit ist „Hassrede“ ein abstraktes Konzept, und wie bei der „Rechtsstaatlichkeit“ hat die Europäische Union keine konkreten Bedingungen für ihre Bewertung definiert. Ohne präzise Kriterien und objektive Annahmen wird die Europäische Kommission ein weiteres Instrument des politischen Drucks erhalten. Wir werden Zeuge einer ideologischen Zensur all jener, die nicht den Gender-Newspeak verwenden oder einfach nur Ansichten äußern, die mit ihrer Überzeugung oder Religion übereinstimmen.

Strajk Kobiet, die linksextreme Pro-Abtreibungs-Bewegung, wird von den westlichen Medien und dem Europäischen Parlament stark unterstützt und von vielen Organisationen des Soros-Netzwerks finanziert. Diese Gruppe war in Angriffe auf Kirchen und gewalttätige Proteste verwickelt, ist das nicht ein echter Fall von „Hassrede“?

Das ist genau das, worüber wir sprechen. In Polen haben wir es vor allem nach 2015 mit noch nie dagewesenen Angriffen auf die Kirche, Priester, Gläubige oder auch Menschen zu tun, die sich zu einem traditionellen Wertesystem bekennen. Die Manifestation des Patriotismus, des Glaubens, der Verbundenheit mit dem, was unseren kulturell-genetischen Code ausmacht, wird von vielen Teilnehmern des polnischen politischen Lebens durch aggressive linke Kreise stigmatisiert, nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten. Rechtswidrige Manifestationen, Schändungen von Denkmälern und Orten, die für den Staat, die Nation und die Kirche wichtig sind, werden – leider – als eine Erscheinung der normalen öffentlichen Debatte betrachtet. Sogar die öffentliche Paraphrasierung einer heiligen Messe durch Personen, die LGBT-Gruppen angehören, mit stark obszönen Elementen wird als Teil einer solchen „normalen Debatte“ betrachtet. Es sind diese Beispiele von Linksextremismus, Verachtung des nationalen Erbes und elementarer Respektlosigkeit gegenüber anderen, die uns mit echtem Entsetzen erfüllen. Wenn wir ernsthaft über Hassrede sprechen wollen, sollten wir alle diese Aussagen als Beleidigung von Katholiken behandeln. Inzwischen ist das heute propagierte Verbot von Hassrede stark asymmetrisch, sogar so weit, dass die Äußerungen offen konservativer Politiker direkt als hasserfüllt stigmatisiert werden, während die Äußerungen linksliberaler Politiker und Politikerinnen, unabhängig vom Inhalt, als „natürlicher“ Teil der öffentlichen Debatte angesehen werden. Der beste Beweis dafür sind Äußerungen von F. Timmermans, der einerseits die patriotische Kundgebung anlässlich des polnischen Unabhängigkeitstages im Europäischen Parlament als „Marsch von tausend Faschisten“ bezeichnete und andererseits die Straßenschlägereien von LGBT-Aktivistinnen als Stimme der Zivilgesellschaft bezeichnete. Es ist klar, dass die Hauptbefürworter des Kampfes gegen die sogenannte Hassrede willkürliche Zensur und die Einschränkung der Redefreiheit von Menschen mit konservativen Ansichten meinen.

Im Januar kündigte Polen ein Gesetz an, das die Zensur durch große Social-Media-Plattformen bekämpfen soll. Wann wird dieses Gesetz in Kraft treten, und sind finanzielle Sanktionen gegen diese Plattformen oder die sogenannten „Faktenchecker“ geplant?

Das Internet ist heute der Ort, an dem die meisten politischen Diskussionen und Weltanschauungsstreitigkeiten stattfinden. Bürgerinnen und Bürger äußern dort ihre Meinung und sollten das Gefühl haben, dass ihre Rechte im Online-Raum geschützt sind. Immer häufiger kommt es dort zu Zensurmaßnahmen, die sich vor allem gegen religiöse und traditionelle Inhalte oder gegen den weit gefassten rechten Flügel richten. Kürzlich blockierte YouTube Live-Übertragungen von Gottesdiensten in Polen. Dank einer schnellen

Reaktion und des Drucks von Politikern unserer Partei und vieler christlicher Organisationen wurde der Kanal schnell wieder freigeschaltet. Doch das reicht oft nicht aus. Die Zensuraktivitäten der digitalen Giganten widersprechen der Idee der Meinungsfreiheit, weshalb unser Projekt davon ausgeht, dass die Social-Media-Giganten nicht in der Lage sein werden, Beiträge zu entfernen oder Konten polnischer Nutzer zu sperren, wenn die von ihnen geposteten Inhalte nicht gegen polnisches Recht verstoßen. Das Projekt des Justizministeriums sieht die Einrichtung eines Rates für Meinungsfreiheit (CFE) vor, der über das verfassungsmäßige Prinzip der Meinungsfreiheit wachen soll. Wenn der Dienst einen Account sperrt oder einen Eintrag entfernt, dessen Inhalt nicht gegen polnisches Recht verstößt, wird der Nutzer die Möglichkeit haben, eine Beschwerde bei dem Dienst einzureichen. Die Beschwerde muss innerhalb von 48 Stunden bearbeitet werden. Wenn das Unternehmen den Eintrag nicht wiederherstellt oder das Konto weiterhin sperrt, kann der Nutzer eine Beschwerde bei der KSE einreichen. Für die Nichteinhaltung der Entscheidungen der CFE oder des Gerichts wird der Rat in der Lage sein, der Social-Media-Plattform eine Geldstrafe in einer Höhe zwischen 12.000 und 12 Millionen Euro aufzuerlegen. Wir wollen, dass über dieses Gesetz so schnell wie möglich abgestimmt wird, weil sich die digitalen Giganten jeden Tag mehr und mehr in die Grundfreiheiten der Bürger einmischen. Ein spezifischer rechtlicher Rahmen, in dem Online-Plattformen agieren können, und geeignete Maßnahmen zur Begrenzung ihrer Straflosigkeit sind ein Muss. Unser Projekt ist fertig und wurde bereits im Februar dieses Jahres vorgestellt, wir warten noch auf die Entscheidung unseres größeren Koalitionspartners, Recht und Gerechtigkeit, um das Gesetzgebungsverfahren zu diesem Thema einzuleiten.



Justizminister Zbigniew Ziobro und Marcin Romanowski

Sie setzen sich aktiv für die polnische Minderheit in der Ukraine ein, wie ist die Situation der in der Ukraine oder in Litauen lebenden Polen? Schließlich wollte ich Sie noch nach der Integration von Minderheiten wie Ukrainern, Weißrussen oder Deutschen fragen, die in Polen leben.

Seit vielen Jahren organisiere ich Hilfe für die römisch-katholische Gemeinde in Lemberg und Umgebung, in der überwiegend Polen leben, die ein Kinderhospiz, verschiedene Jugendinitiativen und karitative Arbeit organisieren. Neben der materiellen Unterstützung ist dies vor allem ehrenamtliche Arbeit. Im Rahmen des Bildungsprojekts „Legal Leaders Workshop“, an dem jedes Jahr über hundert herausragende Studenten und junge Juristen teilnehmen, ist eines der Elemente des Projekts (neben dem juristischen Unterricht natürlich) eine einwöchige Freiwilligenreise nach Lemberg. Dies ist ein sehr wichtiges Element, um Sensibilität und den Geist des Dienstes an anderen zu entwickeln. Darüber hinaus ist es auch ein Element der Bewusstseinsbildung für die Tatsache, dass diese Gebiete in der Vergangenheit zu Polen gehörten, was ihre grundlegende Bedeutung für die polnische und europäische Kultur und Identität zeigt. Für mich geht es auch darum, die Erinnerung an meine Familie zu pflegen: Einer meiner Verwandten war vor dem Zweiten Weltkrieg Dozent an der Medizinischen Fakultät der Lemberger Universität; er wurde 1941 zusammen mit anderen Universitätsprofessoren von den Deutschen ermordet. Die Erinnerung an die deutsche oder russische Bestialität während des Zweiten Weltkriegs ist praktisch in jeder polnischen Familie präsent; es gibt keine Familie, in der nicht jemand, der ihnen nahe stand, von den Unterdrückern getötet wurde. Für Spanier mag das unverständlich sein, weil sie solche Erfahrungen aus diesem grausamen Krieg nicht gemacht haben. Für die Generation meiner Großeltern, die die Besatzung überlebt hat, löste die deutsche oder russische Sprache lange Zeit Abscheu und Entsetzen aus. Es ist wichtig, diese Bedingungen des heutigen Polens zu verstehen. Aber wenn wir auf die heutige Westukraine oder Teile Litauens zurückkommen, die vor 1945 zu Polen gehörten, dann sind sie besonders gezeichnet vom Trauma des Krieges und der Besatzung, vom Tod und der Vertreibung von Millionen von Menschen. Diejenigen, die geblieben sind, werden aber meiner Meinung nach immer noch nicht ausreichend vom polnischen Staat unterstützt. Ich meine natürlich nicht eine Art territorialen Revisionismus, den es in Polen nicht gibt. Die Polen, die in diesen Gebieten geblieben sind, dürfen nicht zwischen dem Verlust der polnischen Identität oder der Rückkehr nach Polen wählen müssen. Sie sollten eine starke Unterstützung im Bereich der Kultur, der Bildung, des Hochschulwesens und der sozialen Aktivitäten haben. Ungarn, das sich um die ungarische Minderheit außerhalb seiner Grenzen auf äußerst effiziente, effektive und umfassende Weise kümmert, ist für mich ein Vorbild. Auch die Haltung der litauischen Behörden gegenüber den einheimischen Polen lässt viel zu wünschen übrig, sowohl im Bereich der polnischen Bildung als auch bei der Rückgabe des von den Kommunisten nach 1945 beschlagnahmten Eigentums. Die Ukraine ist, wie Litauen, ein sehr wichtiger Partner für uns. Ohne eine stabile Ukraine ist die Sicherheit Polens und ganz Mitteleuropas grundlegend bedroht. Es gibt jedoch immer noch einen wunden Punkt in den polnisch-ukrainischen Beziehungen: der Völkermord, der 1943–1944 von ukrainischen Nationalisten, die mit den Deutschen kollaborierten, an den örtlichen Polen begangen wurde. Die nationalistischen Führer jener Zeit, die direkt für das so genannte „Wolhynische Gemetzel“ verantwortlich waren, bei dem in kurzer Zeit über 100.000 Frauen, Kinder und wehrlose Menschen getötet wurden, werden derzeit in der Ukraine als Helden der antikommunistischen ukrainischen Bewegung behandelt. Es ist daher schwierig, eine echte und dauerhafte polnisch-ukrainische Gemeinschaft aufzubauen, ohne Rechenschaft abzulegen, ohne sich der Wahrheit über die Vergangenheit zu stellen. Und was die ukrainische Minderheit in Polen betrifft: Sie ist jetzt eine Gemeinschaft von mehr als einer Million Menschen, die nach der russischen Aggression im Jahr 2014 in der Ost- und Südukraine Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität in Polen suchen. Als Folge der immer noch andauernden militärischen Krise in der Ukraine hat Polen in der Praxis die größte und quantitativ und proportional größte Anzahl von Flüchtlingen in ganz Europa aufgenommen. Daher sind die Vorwürfe der Europäischen Kommission von vor ein paar Jahren, als Polen sich gegen die Zwangsumsiedlung von sogenannten Flüchtlingen aus dem Nahen Osten und Afrika wehrte, absurd. In der großen Mehrheit waren es keine Kriegsflüchtlinge, sondern Wirtschaftsmigranten. Wir haben nicht

zugestimmt und werden niemals zustimmen, zur Aufnahme von Wirtschaftsmigranten verpflichtet zu werden, die kulturell fremd sind und unsere Traditionen nicht respektieren. Wir haben eine Tradition und können echten Kriegsflüchtlingen helfen, aber wir sind gegen das Social Engineering der Migration, das die Reste der christlichen Kultur des Westens zerstört. Wir haben unsere Grenzen für Ukrainer geöffnet, die sowohl vor Krieg als auch vor Armut fliehen. Das ist natürlich ein sehr wertvoller Zuwachs an Arbeitskräften in Polen, das sich wirtschaftlich dynamisch entwickelt, aber in einer demografischen Krise steckt, aber eine Injektion von Menschen, die uns kulturell, sprachlich und religiös nahe stehen. Genauso wie die Belarussen, die uns in jeder Hinsicht noch näher stehen, und unsere Beziehungen sind nicht mit der oben erwähnten unüberwindbaren schmerzhaften Vergangenheit belastet. Ich denke, man kann diese Situation in gewisser Weise mit dem Zustrom einer großen Zahl von Migranten aus Lateinamerika nach Spanien zu Beginn dieses Jahrhunderts vergleichen. Auch Polen hat eine jahrhundertealte Tradition der Toleranz und des wohlverstandenen Multikulturalismus, denn es bildete fast 400 Jahre lang den größten Flächenstaat Europas, der heute von Ukrainern, Weißrussen, Litauern, Letten und Deutschen bewohnt wird. Es war eine konstitutionelle Monarchie mit breiter Beteiligung der Bürger an der Regierung und religiöser Toleranz, die eine friedliche Koexistenz von Katholiken, Protestanten, Orthodoxen und Juden ermöglichte. Aufbauend auf unseren Traditionen und unserer Kultur können wir eine dauerhafte Gemeinschaft aufbauen.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Barack Obama: Polen und Ungarn sind „autoritäre“ Regime

13. 06. 2021



Barack Obama · *Bildquelle: Visegrád Post*

In einem Interview, das [am Montag, den 7. Juni, vom amerikanischen Sender CNN ausgestrahlt](#) wurde, zeigte der ehemalige US-Präsident Barack Obama einmal mehr die immer größer werdende Kluft zwischen Konservativen und „Liberalen“ auf, und zwar bis zu dem Punkt, an dem die Worte für beide Seiten nicht mehr die gleiche Bedeutung zu haben scheinen.

„Ungarn und Polen haben offensichtlich nicht die gleichen demokratischen Traditionen wie wir...“

So warnte Barack Obama vor der Schnelligkeit, mit der Demokratie in Autoritarismus umschlagen kann – was wir in Westeuropa zwar in gewisser Weise sehen... aber eher

wegen der Liberalen – und griff damit ein Argument auf, [das der jetzige US-Präsident Joe Biden schon im Wahlkampf genannt hatte](#): „Das undemokratische Amerika wird nicht auf einen Schlag aufkommen, sondern in mehreren Schritten.“

Wenn man sich anschaut, was in Ländern wie Ungarn und Polen passiert, die offensichtlich nicht die gleichen demokratischen Traditionen hatten wie wir, und wo diese Traditionen nicht so tief verwurzelt waren. Und doch waren sie noch vor zehn Jahren funktionierende Demokratien, und jetzt sind sie im Wesentlichen autoritäre Regimes geworden...“

Ferner erklärte er, dass „die Demokratie an der Wahlurne sterben kann“, sprich, wenn das Volk nicht „richtig“ wählt.

„Mangelndes Wissen führt oft zu falschen Schlussfolgerungen“

Nicht unbedingt sehr überrascht, da Ungarn und Polen von ihren westlichen Gesprächspartnern – denen ein Teil der ungarischen und polnischen Opposition durchaus zuzuordnen ist – sich schon einiges anhören müssen, reagierte der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki jedoch, indem er durch die Blumen meinte, in den Äußerungen von Barack Obama nicht das Land erkennen zu können, in dem er täglich lebt: „Es wäre besser, Barack Obama nach Polen einzuladen, was ich auch tue, [damit er sehen kann], wie prächtig sich Polen heute entwickelt [...] Als ein anderer Politiker der Demokratischen Partei, Bill Clinton, vor ein paar Jahren nach Polen kam, sparte er nicht mit Lob.“

Man muss nur hierher kommen, statt irgendwelche Berichte zu lesen, die meiner Meinung nach das Bild von Polen stark verzerren.

Andere Beobachter, die weniger zurückhaltend in ihren Kommentaren sind, weil sie keine Regierungspositionen innehaben, waren in ihrer Reaktion weniger nuanciert, so der Journalist [Tomasz Grzywaczewski](#) auf Twitter:

„Durch seine katastrophale internationale Politik hat Präsident Obama immer wieder gezeigt, dass er nichts über die Welt weiß. Wie wir sehen können, hat sich seitdem wenig geändert,

während sogar der stellvertretende polnische Außenminister Szymon Szykowski vel Sęk seinerseits der Meinung war, dass ein „Mangel an Wissen oft zu falschen Schlussfolgerungen führt und in diesem Fall ist es nicht das erste Mal“, in Anspielung auf das, was der Journalist Grzegorz Kuczyński und der Sejm-Vizepräsident Marek Kuchciński (PiS) unverblümt erklärten:

„Wie wir wissen, ist Obama ein prominenter Experte für Polen...“,

und erinnerten daran, dass er 2012 von angeblichen „polnischen Todeslagern“ gesprochen hatte.

Eine „ernste Warnung vor einer Schwächung der Allianz zwischen Polen und den Vereinigten Staaten“

Der ehemalige polnische Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak (PO) sagte seinerseits, er teile die Ansicht des ehemaligen US-Präsidenten, die er als „ernsthafte Warnung vor einer Schwächung der Allianz zwischen Polen und den Vereinigten Staaten“ betrachte, zeigte dadurch wieder einmal die Homogenität der Meinungen zwischen der polnischen Opposition

und den westlichen Liberalen und hob somit unbewusst den Widerspruch hervor, sich zu sehr auf das Bündnis mit Leuten zu verlassen, die an liberal-libertären Werten festhalten und ihre progressive Ideologie der ganzen Welt aufzwingen möchten. Erinnern wir uns daran, dass Präsident Obama im Jahr 2011 die Förderung der der LGBT-Forderungen in der Welt zu einer der Achsen der amerikanischen Außenpolitik gemacht hatte und dass er immer abscheuliche Beziehungen zu Ungarn unterhielt, seitdem das ungarische Volk den Fidesz gewählt hatte, um das Land zu regieren.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Der Blick der Linken in die Zukunft ist ein Blick nach hinten

Von Davorin Kopše

12. 06. 2021



Die Ereignisse aus der jüngsten Vergangenheit sollten nach dem Diktat der von dort kommenden Kräfte vergessen und nur noch nach vorne geblickt werden. Aus denselben Protokollen teilen sie uns mit, dass in eben dieser Vergangenheit die Grundlage unserer Existenz und die Erhaltung des Rechts auf den Gebrauch der slowenischen Sprache liegt. Wir hören, dass es ohne den Nationalen Befreiungskrieg, der zur Durchführung der Revolution missbraucht wurde, keine Unabhängigkeit geben würde. Die falsche Geschichte darf nicht revidiert werden, die Opfer entsetzlicher Massaker dürfen nicht begraben und ihre Mörder nicht verurteilt werden. Wollen wir das?

Im Namen des Volkes

Richter werden indirekt vom Volk durch die repräsentative Demokratie gewählt. Dies sind die Menschen, die in den Jahren vor der Unabhängigkeit massiv ihrer Rechte, ihrer Würde, ihres Wohlstands, ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit und viele sogar ihres Lebens beraubt wurden. In all den Jahren hat das System jedoch nicht in ausreichendem Maße mit der Mentalität der Richterschaft gerechnet, um eine bessere Justiz zu etablieren, die das Vertrauen der Menschen verdient. Ich lasse hier die ehrlichen und gewissenhaften Richter weg, die sich von den alten Praktiken gelöst haben.

Kriminelle wie Ivan Maček („Matija“), Mitja Ribičič („Major“) und viele andere und schließlich Franc Sever („Franta“) haben nie den Hammerschlag eines Richters gehört. Sie mussten sich nie vor dem Volk verteidigen und wurden nicht im Namen des Volkes verurteilt. Sie starben, zumindest formell, rechtlich unschuldig. So unschuldig wie ihre Opfer, aber sie starben nicht auf die gleiche Weise. Ich sage nicht, dass sie das hätten tun sollen, natürlich nicht, aber sie hätten sich verteidigen müssen und sie hätten verurteilt werden müssen, damit der Gerechtigkeit zumindest teilweise Genüge getan wurde. Es stimmt nicht nur, dass sie nicht im Namen des Volkes gerichtet wurden, sondern es ist auch eine Tatsache, dass der Wille des Volkes ein anderer ist. Weil es keine Genugtuung gibt, statt innerer Ruhe und Entspannung, bleiben Bitterkeit und Angst in der Nation, dass sich die Zeit der Verbrechen wiederholen könnte. Wie wahr diese Aussage ist, werden wir weiter unten sehen, wo wir über die Einstellung zur Verfassung sprechen.



Ivan Maček

Nicht nur politisch und materiell, sondern auch seelisch sind die Menschen fragil, weil ihnen seit Jahrzehnten ein Bindemittel vorenthalten wurde. Selbst viele, die das vergangene System nicht mehr wollen, gehen nicht zu den Urnen oder wählen die Nachfolger derer, die diese Nation aufgrund erlernter Gier in eine Art willenlose Verwirrung gestürzt haben. Eine Handvoll, die noch über die Mehrheit der Medien verfügt und diese lenkt, kümmert sich täglich um die entsprechende Dosis an Fehlinformationen. Sie manipulieren ständig, dass Slowenien eine Regierung braucht, die Nichtregierungsorganisationen, Quasi-Kulturalisten

und nicht zuletzt die Medien selbst blind finanziert. Ein entscheidender Wandel hat auf diese Weise seit dreißig Jahren nicht mehr stattgefunden. Unglaublicherweise werden die Menschen durch Manipulationen in eine absurde Spirale gedrängt, die dafür sorgt, dass sie immer gegen sich selbst sind. Alles geschieht im Namen oder im Willen des Volkes, auch wenn das Volk dagegen ist. Wenn es zu einer Verschiebung kommt, schalten sie die Lautsprecher ein und beeilen sich zu erklären, wie die Demokratie angegriffen wird. Schauen wir uns diese Demokratie an.

Sieben Jahre Linke

Die mangelnde Wahlbeteiligung gibt im Verhältniswahlrecht Parteien Raum, die die Nation als Ganzes nicht wirklich billigt und akzeptiert. Auf diese Weise haben wir in Slowenien, das sich vor kurzem dem Sozialismus widersetzt und ihn mit Abscheu abgelehnt hat, weil er Armut produziert, die Sozialistische Linkspartei, eine Partei, die den Mund voll hat von der Befürwortung sozialer Gerechtigkeit, von Arbeiterrechten und, in jüngerer Zeit, von Klimagerechtigkeit und Sorge um die Umwelt. Letzteres nennen sie Ökosozialismus, was ebenso ein Oxymoron ist wie eine intelligente Retardierung.

Gregor Čušin: „Ich bin Slowene und katholisch. Ich gehöre einer fremden Nation an, einer verrückten Nation. Ich gehöre einer Nation an, die vierzig Jahre lang unter dem Kommunismus gelitten hat, für die Demokratie gekämpft und einen Kommunisten zu ihrem ersten demokratisch gewählten Präsidenten gemacht hat.“ Jeder möge seine eigene Parallele zu den Linken ziehen.



Luka Mesec · Foto: STA

Wer ist hier also verrückt? Es ist empirisch erwiesen, dass der Sozialismus keine soziale Gerechtigkeit kennt, sondern nur die Gleichheit der Massen in Armut. Es ist bekannt, dass es weder reiche sozialistische Länder noch arme Sozialisten gibt. Daraus sehen wir, wovon die Sozialisten reden. Sie reden für sich selbst! Wie kann man die Arbeitnehmerrechte in

einem Unternehmen gewährleisten, in dem nichts von niemandem und alles von allen kommt? Das haben wir schon probiert und es hat nicht funktioniert, denn in der Masse geht aus Interessenvermischung und Verantwortungsflucht die Konsistenz von Systempflege und -entwicklung verloren. Die Linke befürwortet dies, während sie den Nebel senkt. All dies führt auch zu einem unbeschwerten Umgang mit der Umwelt. Der Beweis dafür liegt in der Erinnerung an vergangene Zeiten des Sozialismus und der vergifteten toten Flüsse. In den 1930er Jahren war die Sava in Tacen bei Ljubljana trinkbar. Die Folgen des sozialistischen kollektiven Umgangs mit der Umwelt auf dem Gelände des Stahlwerks Celje werden noch jahrzehntelang beseitigt werden...

Nach sagenhaften sieben Jahren Paradies für die aggressiven Abgeordneten der Linken in der Nationalversammlung ist es an der Zeit, sie mit sich selbst zu konfrontieren. Lassen wir sie ihre Programmplattform erklären, wo geschrieben steht, dass sie Privateigentum abschaffen werden, dass sie dafür sorgen werden, dass das Eigentum an Unternehmen von privatem auf staatliches Eigentum übertragen wird. Sie sollen erklären, wie sie beabsichtigen, gegen den Kapitalismus zu kämpfen, wie er in der Verfassung definiert ist, und wie sie stattdessen sozialistische Prinzipien etablieren werden. Diese sozialistischen Prinzipien diktieren ihnen die Abschaffung der Marktwirtschaft und die Einführung einer Planwirtschaft. Aus ökonomischer Sicht ist dies nichts anderes als die Abschaffung des Wettbewerbs und des Marktes.

In der heutigen Situation wäre die Einführung dieser Absurditäten schlimmer als damals, als wir mit der Sowjetunion über den internationalen Warenverkehr verhandelten. Das ist nicht mehr so und Lichtungen gehören der Vergangenheit an. Werden wir mit Venezuela und Nordkorea Handel treiben? Das ist jetzt nicht mehr der Fall, und das Clearing gehört der Vergangenheit an. Werden wir mit Venezuela und Nordkorea Handel treiben? Ein Land ohne Marktgesetze kann sich nicht an den internationalen Wirtschaftsströmen beteiligen und daher auch nicht im heimischen Umfeld überleben, wie wir es in diesen Ländern sehen. Die Linke bietet uns also eine Rückkehr in eine noch schlimmere Vergangenheit an, als wir sie aus Erfahrung kennen.

Ich gehe nicht zu den Wahlen

In einer Zeit, in der wir den dreißigsten Jahrestag der Unabhängigkeit feiern, hören wir Aussagen von einzelnen Teilnehmern des Krieges um Slowenien, dass sie nicht für das Slowenien gekämpft haben, das wir heute haben. Da ich jeden Tag sehe, was wir in all dieser Zeit erreicht haben, kann ich der Propagandathese, dass es früher besser war, nicht zustimmen. Wir kämpften und waren erfolgreich gegen ein System und eine Situation, in dem wir gerade überleben, aber nicht wirklich leben durften. Später lief nicht alles so, wie wir es uns gewünscht hätten, aber es läuft eben nie alles glatt. Wer hat also einige Leute davon überzeugt, dass es uns heute schlecht geht? Wer hat ein Interesse daran, uns unzufrieden zu machen, obwohl wir im Allgemeinen nie besser gelebt haben? Sicherlich diejenigen, die nicht wollen, dass wir besser leben, damit sie uns ein besseres Leben versprechen können, das aber unter ihrer Herrschaft nie zustande kommt. Mir ist schon klar, dass viele Menschen immer noch nicht in Wohlstand leben, aber es gibt keinen Ausweg aus der Armut, den uns die Linke und die Linken im Allgemeinen zeigen könnten. Sie wollen uns unter dem Motto der Armut für alle führen, nicht nur Armut einiger weniger.

Der Blick der Linken in die Zukunft ist ihr Programm, über das sowohl die Mainstream-Medien als auch die Genossen von der „Verfassungsbogen“-Koalition schweigen. Sie versprechen uns eine Zukunft, die wir aus sehr dunkler Vergangenheit kennen, auf die wir nicht schauen dürfen, um nicht zu sehen, was uns mit ihnen an der Macht in noch

schlimmerer Form passieren kann. Nach dieser Semantik ist der Blick in die Zukunft gleich oder schlechter als der Blick in die Vergangenheit. Wenn wir diese Täuschung akzeptieren, graben wir uns neue Abgründe, in die wir gestoßen werden – lebendig oder tot.



Igor Zorčič · Foto: STA

Es ist unwahrscheinlich, dass die extrem linke Linkspartei mehr Anhänger haben wird als bei den letzten Parlamentswahlen. Daraus folgt, dass eine höhere Wahlbeteiligung die Zahl ihrer Abgeordneten in der Nationalversammlung deutlich reduzieren würde, oder sie würden gar aus dem Parlament ausscheiden. Wer also für die Nichtteilnahme an den Wahlen plädiert und mit dem Programm und den Aktivitäten der Linkspartei nicht einverstanden ist, wird am Wahlsonntag auf dem heimischen Sofa sitzend dennoch diese Partei unterstützen. Stattdessen wird die Wahl dann von jenem Teil der Bevölkerung entschieden, der gerne auf den Straßen in Ljubljana flaniert, wo er hauptsächlich nicht nach Arbeit, sondern nach den Privilegien sucht, die die Linken, wenn sie erst einmal an der Macht sind, großzügig aus dem gemeinsamen Topf an sie verteilen.

Zorčič hat Bedenken

Die Parlamentsparteien Slowenische Demokratische Partei und Nova Slovenija haben die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der Nationalversammlung der Republik Slowenien beantragt, in der sie von der Linkspartei Antworten auf ihre programmatischen Positionen und Aussagen sowie die Aktivitäten ihrer Partei und ihrer Abgeordneten einfordern. Dies betrifft speziell diejenigen Teile ihrer Tätigkeit, in denen sie von den Bestimmungen der Verfassung abweichen oder direkt gegen diese verstoßen. Bei der Einreichung des Antrags äußerte der Präsident der Nationalversammlung Igor Zorčič Bedenken hinsichtlich der Zulässigkeit, dieses Thema im Tempel der Demokratie zu diskutieren.

Igor Zorčič ist der Abgeordnete und Präsident der Nationalversammlung, der aus der Koalitionspartei des Zentrums der Moderne und ihrer Gruppe von Abgeordneten ausgetreten ist. Er hat sich der Gruppe der fraktionslosen Abgeordneten in der Opposition angeschlossen, aber er ist nicht als Präsident der Nationalversammlung zurückgetreten, was aus Gründen der politischen Hygiene das Richtige gewesen wäre. Es ist unverständlich, dass er nicht von diesem Posten entfernt werden kann, weil sich einige politische Parteien und ihre Mitglieder dagegen wehren. Und es ist geradezu lächerlich, dass politische Parteien einen Abgeordneten einer Fraktion in Schutz nehmen, obwohl es in dieser Fraktion keine Mitglieder mit Unterstützung einer Partei gibt. Dies ist ein weiterer Beweis dafür, wie gering die Entwicklung von Parteipolitik und parlamentarischer Demokratie in Slowenien ist.

Zorčič und seine Mitstreiter haben also Bedenken gegen die vorgeschlagene Entschließung der Nationalversammlung, die die Regierung der Republik Slowenien und alle zuständigen staatlichen Organe auffordern würde, ihre Überwachung von Versuchen, die parlamentarische Demokratie und andere verfassungsrechtliche Grundlagen der Republik Slowenien zu untergraben, zu intensivieren und solche Phänomene anzugehen und zu verhindern. Die Parlamentsparteien werden sich zu diesem Thema äußern und wir werden sehen, wer für und wer gegen die Verfassungsordnung in der Republik Slowenien ist. Ein deklarativer Verweis auf die Verfassung reicht nämlich nicht aus; was zählt, sind Taten zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung.



Davorin Kopše ist ein Kriegsveteran im Kampf für ein unabhängiges Slowenien, Kandidat für das Europäische Parlament und Bürgeraktivist.

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) David Engels: Politische Korrektheit ist zur Leitideologie der Europäischen Union geworden

11. 06. 2021



David Engels ist ein belgischer Historiker, der derzeit am Zachodni-Institut in Poznan (Posen) arbeitet. Er ist Spezialist für Alte Geschichte, insbesondere für die römische und seleukidische, und ist auch ein führender Denker des europäischen Konservatismus, der sich seit mehr als einem Jahrzehnt mit Fragen der Identität beschäftigt. Bekannt wurde Engels durch sein Buch „Auf dem Weg zum Imperium“, das die Krisensituation der EU mit dem Untergang der römischen Republik im ersten Jahrhundert v. Chr. vergleicht.

Die westlichen Gesellschaften haben sich mit Begeisterung dem moralischen Relativismus und der Kultur des Todes (Abtreibung, Euthanasie usw.) verschrieben, was neben der niedrigen Geburtenrate nur zum kollektiven Selbstmord führen kann. Wie ist diese Blindheit möglich? Warum hat die europäische liberale Rechte diese Agenda akzeptiert und sogar gefördert?

Die Antwort findet sich bereits bei Chesterton, der die meisten „Werte“ der modernen liberalen Gesellschaften als „aus den Angeln gehobene“ christliche Werte betrachtete. In der Tat hat der langsame Tod des Christentums seine Werte nicht völlig ausgelöscht, aber er hat sie ihrer transzendenten Verankerung beraubt, so dass Werte wie „Barmherzigkeit“, „Toleranz“, „Gerechtigkeit“ oder „Gleichheit“ aufgehört haben, kohärente Bausteine einer größeren Konstruktion zu sein, sondern begonnen haben, miteinander zu konkurrieren, während sie sich als „absolut“ ausgeben. Das konnte nur zu Absurditäten und Katastrophen führen, erst recht nach dem großen Trauma des Totalitarismus. So hat sich der Westen aus guten Absichten heraus eine Kultur des Todes zu eigen gemacht, während er sich einredet, ein Verfechter des moralisch „Guten“ geworden zu sein, da alle Tugenden, ihrer wahren Bedeutung entleert, zu Synonymen ihres genauen Gegenteils geworden sind. Toleranz hat zu Ausgrenzung geführt, Gesundheitsfürsorge zu Abtreibung, Würde zu Euthanasie,

Selbstverwirklichung zu kulturell-demografischem Selbstmord, Antifaschismus zu einem neuen Totalitarismus, Gleichheit zu exklusiven Quoten, Antirassismus zu eklatant rassistischer Identitätspolitik, usw.

Sie schreiben, dass „die Europäische Union Europa geeint, aber den Westen abgeschafft hat“. Sind wir auf Kosten unserer Seelen materiell geeint worden?

Auf jeden Fall. Schon zu Beginn bevorzugten die europäischen Institutionen die wirtschaftliche vor der politischen oder kulturellen Zusammenarbeit: Einige Gründungsväter waren wohl überzeugt, dass die christlichen Wurzeln des Abendlandes stark und dauerhaft genug seien, um als zivilisatorisches Fundament eines vereinten Europas zu dienen, auch ohne explizit vorgeschrieben zu sein, andere dachten, dass die Einigung nach der Katastrophe des Nationalismus indirekt, durch die langsamen wirtschaftlichen und institutionellen Notwendigkeiten der „méthode Monnet“, realisiert werden müsse. Leider wurde, wenn auch sehr allmählich, offensichtlich, dass dieses kulturelle Vakuum, das vielleicht als eine Form der freiwilligen Neutralität gedacht war, langsam von einem anderen Geist, nämlich dem Universalismus, ausgefüllt wurde. Die europäischen Institutionen wurden von Jahr zu Jahr mehr von einer Ideologie beeinflusst und dominiert, die die typische Identität des Westens durch einen multikulturellen Mischmasch ersetzen will, der sich ausschließlich an menschlichen Werten orientiert, ohne die spezifische Bedeutung der westlichen Traditionen zu berücksichtigen, eine Ideologie, die nur die angeblichen Interessen der „Menschheit“ im Auge hat und zum Schaden Europas handelt. Schritt für Schritt ist die „politische Korrektheit“ zur Leitideologie der Europäischen Union geworden, und je stärker sie wird, desto mehr zeigt sie ihr wahres Gesicht: Die EU steht heute nicht für die mutige Verteidigung der europäischen Zivilisation, sondern für Werte wie antichristliche Laizität, LGBTQ-Rechte, Feminismus, Antifaschismus, Gender-Theorie, Klimaparanoia, Technokratie, Social Engineering, Transhumanismus, digitalen Totalitarismus usw.

Ist das Bild von Notre Dame in Flammen das Symbol für das, was Europa erwartet?

Ich fürchte ja, obwohl es schwer zu sagen ist, inwieweit der gegenwärtige kulturelle Niedergang und die ideologische Radikalisierung Europas zu einer vollwertigen Krise oder zu einer langsamen, jahrzehntelangen Abwärtsspirale führen werden. Sicher ist jedoch, dass die materiellen wie immateriellen Symbole des alten Europa im Namen des „Fortschritts“, der „Toleranz“, der „historischen Verantwortung“ oder des „Kampfes gegen den Radikalismus“ zunehmend angegriffen werden, und wir müssen nicht nur mit einer fortgesetzten Demontage unseres patrimoniales, vor allem geistigen Erbes rechnen, sondern auch mit einem immer stärkeren Angriff auf Tradition und Geschichtsstolz. Spengler, einer meiner wichtigsten historischen Mentoren, hat klar gezeigt, dass alle Zivilisationen, auch die westliche, sterblich sind und früher oder später untergehen und sterben werden. Aber er hätte sich nie vorstellen können, dass dieser Niedergang viel mehr durch inneren Verrat und Selbsthass als durch äußeren Druck herbeigeführt werden würde.

In Frankreich warnen das Militär und sogar einige Politiker vor der Gefahr eines ethnischen Krieges, eine Möglichkeit, auf die Sie in Ihren Büchern hingewiesen haben. Haben wir diesen Punkt der Zersetzung in den westlichen Gesellschaften bereits erreicht?

Ja, das haben wir. Frankreich steht seit Jahren am Rande der Katastrophe, jeder spricht von der drohenden institutionellen Spaltung des Landes entlang ethnischer Linien, und früher oder später wird es tatsächlich zu großen Unruhen kommen: Die Gelbwesten-Bewegung sowie die fast täglichen Brandstiftungen in den wichtigen französischen Metropolen zeigen, wie kritisch die Situation ist. Leider ist der Staat auf einen solchen zivilen

Großkonflikt nicht vorbereitet: Einerseits verteidigt die Regierung von Emmanuel Macron entschieden Multikulturalismus, Toleranz und Laizität, andererseits sind große Teile der französischen Armee und Polizei bereits islamisiert und müssen im Falle eines ethnischen Konflikts als unzuverlässig gelten. Und wenn Frankreich erst einmal im Chaos versinkt, werden die Auswirkungen auf die wirtschaftliche und damit auch politische Stabilität der gesamten Europäischen Union immens sein, wie ich in vielen der vor einigen Wochen in meiner spanischen Aufsatzsammlung „El ultimo occidental“ veröffentlichten Beiträge zu zeigen versucht habe.

Houellebecq sieht in seinem Roman „Unterwerfung“ eine Zukunft, in der Frankreich ein islamisches Land wird. Glauben Sie, dass so etwas passieren könnte? Dass es angesichts des Werteverlustes im Westen Europäer gibt, die Werte vertreten, die so ganz anders sind als die unserer eigenen Identität.

Die größte Stärke der islamischen Minderheiten ist nicht (nur) ihre wachsende Zahl, sondern auch ihr kultureller Zusammenhalt und ihr Stolz auf ihre Identität, während die meisten autochthonen Europäer durch die jahrzehntelange ideologische Formatierung zutiefst destabilisiert sind und ihre eigene Kultur wegen ihrer (angeblich) zahlreichen Verbrechen als etwas betrachten, für das sie sich kollektiv schämen müssen. Im Moment ist die Konversion zum Islam noch ein Randphänomen, aber sobald der Staat die Kontrolle über die Situation verliert, könnte sie schnell zu einer viel größeren Entwicklung werden, da zu erwarten ist, dass islamische Parallelgesellschaften und -institutionen den versagenden französischen Staat ersetzen und zu einer Autoritätsfigur für ganze geografische Segmente der Bevölkerung werden. Außerdem ist es wichtig zu beachten, dass wir keine muslimische „Mehrheit“ brauchen, damit Frankreich oder Belgien zu muslimischen Ländern werden: Die Geschichte hat gezeigt, wie selbst winzige muslimische Minderheiten ganze Gesellschaften beeinflussen und dominieren können, wenn sie sich in einer Situation der Macht und Initiative befinden. Und angesichts des Ausmaßes an Selbsthass, das dem Westen von seinen gegenwärtigen wachen Eliten auferlegt wird, sowie der Selbstzerstörung der christlichen Kirchen, die immer mehr bestrebt sind, der Doktrin der politischen Korrektheit zu gefallen, ist zu erwarten, dass viele autochthone Europäer ein politisches und kulturelles System nicht verteidigen wollen, das seine Attraktivität wie auch seine Glaubwürdigkeit verloren hat.

Polen, Ungarn und andere mittel- und osteuropäische Länder leisten Widerstand gegen diesen progressiven Totalitarismus. Glauben Sie, dass ihr Beispiel als moralisches Leuchtfieber für Westeuropa dienen kann?

Zumindest hoffe ich das. Das ist ein großes Problem, denn einerseits sind die meisten Menschen im Westen auf politisch korrekte Medien angewiesen, um sich zu informieren, andererseits zögern die Visegrád-Staaten noch, eine große Medienoffensive zu starten, da sie mögliche Vergeltungsmaßnahmen der jeweiligen Behörden, vor allem in Brüssel und Berlin, fürchten. Sollte es ihnen jedoch gelingen, direkt mit den Bürgern zu kommunizieren, könnten sie zu einem wichtigen Aktivposten im Kampf für einen neuen Konservatismus werden, der die bloßen nationalen Grenzen überwinden und für eine neue Form der europäischen Einigung kämpfen möchte, die unsere Identität und unsere Interessen verteidigt, anstatt sie zu verwässern und zu verkaufen.

Die Gewalt der Strajk Kobiet (polnische Pro-Abtreibungsbewegung), ihre Angriffe auf Kirchen und die große Zahl junger Frauen bei ihren Aktionen haben viele innerhalb und außerhalb Polens überrascht. Sind sich die Polen darüber im Klaren, womit sie konfrontiert sind, wie viel Wille, Mittel und Geld im Dienst dieses Totalitarismus stehen?

Die polnische Gesellschaft ist in der Tat sehr gespalten zwischen den Universalisten und den Traditionalisten, oder den „Nirgendwo“ und den „Irgendwo“. Natürlich war das schon seit vielen Jahren bekannt, aber die Gewalt der „Strajk Kobiet“ und vor allem die Aggression gegen Kirchen und öffentliche Denkmäler wie Statuen von Johannes Paul II. hat viele Menschen schockiert. Daraus sind zwei Lehren zu ziehen: Zum einen zeigt es, dass die Gefahr, den Konservatismus auch in Polen unterwandert zu sehen, größer ist als erwartet; zum anderen hat der Vandalismus dieser meist jungen Leute viele Bürger schockiert und ihnen gezeigt, dass ihre Identität und ihre Traditionen tatsächlich in großer Gefahr sind, wenn sie sie nicht schützen und diesen aufkommenden Totalitarismus bekämpfen. Natürlich haben zumindest die konservativen Medien die Menschen schon seit vielen Jahren davor gewarnt und aufgezeigt, wie diese Gruppen von Berlin und Brüssel aus finanziert und organisiert werden, aber da Polen ein so ruhiges, homogenes und zumindest oberflächlich solidarischeres Land ist, haben viele Bürger geglaubt, dass diese Warnungen übertrieben sein könnten. Das ändert sich jetzt.

Ist es möglich, Rom zu retten?

Wie Sie wissen, habe ich in meinem Buch „Auf dem Weg zum Imperium“ zu zeigen versucht, dass sich die heutige westliche Zivilisation in einer ähnlichen Situation befindet wie die späte römische Republik im ersten Jahrhundert v. Chr.: Masseneinwanderung, demographischer Niedergang, religiöse Krise, Zersplitterung der traditionellen Familie, Globalisierung, Plutokratie, Schuldenkrise, eine Politik von Brot und Spielen, soziale Polarisierung – all das gab es auch vor 2000 Jahren. Und die römischen Eliten, genau wie unsere heutigen Regierungen, sind nicht nur unfähig, sondern auch unwillig, den Lauf der Dinge zu ändern: In ihrem kurzfristigen Denken versuchen sie, so viel wie möglich von den nächsten Monaten und Jahren zu profitieren und schieben die Lösung der immer größer werdenden sozialen, wirtschaftlichen und ethnischen Probleme einfach in die Verantwortung der nächsten Generation – bis das System einfach zusammenbricht. So wurde die Römische Republik zum Opfer eines Bürgerkriegs, des Aufstiegs der Armee, des kurzzeitigen Triumphs der Demagogie Cäsars und schließlich des Aufkommens der konservativen Restauration des ersten Kaisers, Augustus. Manchmal glaube ich, dass in Europa in den nächsten 20 Jahren oder so etwas Ähnliches passieren wird. Natürlich wäre es gut, wenn wir aus der Geschichte lernen könnten, und deshalb habe ich in meinem Buch „Renovatio Europae“ einige alternative Lösungen skizziert. Aber ich befürchte, dass ein solcher friedlicherer Übergang nur in den osteuropäischen Ländern erreicht werden wird, während der Westen die Notwendigkeit von Identität und historischem Patriotismus durch eine lange Periode von Unruhen und Gewalt lernen muss.



David Engels bei der Eröffnung des Intermarium-Kollegs

Eine gute Nachricht inmitten dieses Niedergangs war die Eröffnung des Intermarium-Kollegs am 28. Mai, bei der Sie anwesend waren, zusammen mit anderen Persönlichkeiten und Organisationen wie dem polnischen Ordo Iuris und dem ungarischen Zentrum für Grundrechte. Was ist der Zweck des Intermarium-Kollegs?

Das Intermarium-Kolleg soll eine vollwertige neue Universität sein, die sich der Überwindung der gegenwärtigen linksliberalen Vorherrschaft widmet und zur ursprünglichen Idee der „universitas“ zurückkehrt, einem Ort, an dem sich Menschen aus allen Schichten im Streben nach Schönheit, Wahrheit und dem Guten versammeln können und an dem die westliche Zivilisation als positives Erbe und nicht als Feind gesehen wird, den es zu überwinden gilt. Da die Kurse erst im Oktober 2021 beginnen werden, ist es natürlich schwierig, genau vorherzusagen, wie sich diese neue Universität entwickeln wird; dennoch bin ich überzeugt, dass wir genau diesen Ansatz brauchen, wenn wir unser Bildungssystem retten wollen: Neue Institutionen zu gründen, um die Dekadenz der bisherigen zu überwinden, genau wie es die mittelalterlichen Mönchsorden vor vielen Jahrhunderten immer wieder getan haben.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Cancel Culture jetzt auch in Europa: Lissabon und Genua im Fadenkreuz

Von Emanuele Mastrangelo

11. 06. 2021



Bildquelle: Centro Machiavelli

Der offenbar ansteckende Wahnsinn der Cancel Culture ist in Europa gelandet und beginnt hier Schaden anzurichten. Bei allem Respekt vor den Leugnern und dem „Es ist alles in Ordnung, Frau Marchioness“, die nur Einzelfälle und nicht eine steigende Flut sehen, ist es nun Portugal, das ins Rampenlicht gerät, mit dem gleichen symptomatischen Muster: ein Vertreter der liberalen Linken, der das Niederreißen von Denkmälern fordert, weil diese „faschistisch“ und „kolonialistisch“ seien und nicht mehr im Einklang mit den Bedürfnissen einer Gesellschaft, die „inklusiv“ sein will.

Die Axt der Cancel Culture soll für den kolossalen Platz des Imperiums und das Denkmal der Entdeckungen (Padrão dos Descobrimentos) herangezogen werden, beides Werke, die während des Regimes des Estado Novo von Salazar in den vierziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts gebaut wurden. Diesen x-ten Kampf um die Cancel Culture führt der sozialistische Abgeordnete Ascenso Simões an, der diese Stätten als eine „vom Estado Novo fabrizierte Wahl der Privatgeschichte“ definierte und die deshalb „in der heutigen Zeit keine Bedeutung“ hätten. Zunächst aus ästhetischen Gründen (nach Simões‘ persönlichem Geschmack, der zu einem universellen Kriterium erhoben wird) und dann, weil sie in „einer Stadt, die innovativ und offen für alle Gesellschaften und Herkünfte sein will“, aus dem Rahmen fallen würden. Die Schlussfolgerung aus diesem Delirium ist, dass „ein respektables Land“ diese Werke zerstören solle. So wie die Statuen von Salazar und seine Namen von den Brücken und Plätzen Lissabons entfernt wurden, sollte nach Ansicht des sozialistischen Abgeordneten auch das Denkmal der Entdeckungen entfernt oder sogar zerstört werden.

Im Moment scheint Simões sogar innerhalb seiner eigenen Partei isoliert zu sein: Der ehemalige Bürgermeister von Lissabon, João Soares, erklärte, dass „es mich traurig macht, wenn ich sehe, dass die Sozialisten den Padrão dos Descobrimentos abreißen wollen, und zwar weil ich ein eingefleischter Sozialist bin. Die hier kursierende Perfidie und Dummheit ist maßlos“. Doch der Weg der Cancel Culture geht trotz alledem weiter, oder vielleicht sogar dank der Tatsache, dass ihre Befürworter wie isolierte Irre erscheinen, die den Mond anheulen. Sie öffnen Overton Windows, die langsam und unmerklich zur Verwirklichung der Agenda führen, der sie gehorchen. Und so wird das Denkmal, das die Dutzenden von heldenhaften portugiesischen Seefahrern und Entdeckern – darunter Magellan, Da Gama, Diaz und Cabral – ehrt, wahrscheinlich bald mit einer ziemlich vorhersehbaren Strategie angegriffen werden: Es wird mit Studentendemonstrationen und Sit-ins beginnen. Dann

einige kleine Akte von Vandalismus. Dann werden sie versuchen, es zu „rekontextualisieren“ oder zu „re-signifizieren“, in dem Versuch, eine Übereinkunft mit denen zu finden, die es gerne dem Erdboden gleichmachen würden, und mit jenen Aktivisten (Krieger der sozialen Gerechtigkeit, „neue Portugiesen“ usw.), die sich durch dieses Denkmal „beleidigt“ fühlen. Das wird die Cancel-Culture-Fanatiker aber keineswegs beruhigen, sondern ihnen nur ein weiteres Argument liefern: „Habt ihr das gesehen? Wenn das Denkmal rekontextualisiert werden muss, dann ist es so, wie wir gesagt haben: Es ist ein faschistisches und kolonialistisches Denkmal“. Es folgte eine neue Welle des Vandalismus, verbunden mit einer permanenten Mobilisierung gegen das Denkmal. Am Ende wird unaufhaltsam der Bulldozer kommen.

Auch in Italien schreitet derweil der ikonoklastische Fanatismus sprunghaft voran. In Anlehnung an die „Heldentaten“ der Sympathisanten von Black Lives Matter in England gehen die Italiener ebenfalls von der „kolonialen Vergangenheit“ aus. Jene Vergangenheit, die – nach Jahrzehnten der kapillaren und gefälschten Propaganda über den italienischen „Wischmopp-Kolonialismus“ – nur wenige bereit sind zu verteidigen. So forderten in Genua das Studentenkollektiv „Edera“ und andere liberale, kulturmarxistische, feministische und einwanderungsfreundliche Vereinigungen, deren Namen es wert sind, aufgeschrieben zu werden (ARCI Genova, Comunità San Benedetto al Porto, La Comune, Non una di meno, Ora in silenzio per la pace, Rete studenti medi, Associazione 3 febbraio, Better Together und Be Woke) die Entfernung der Statue des Reeders und Patrioten Raffaele Rubattino.

Rubattino (1810–1881) war der Mann, der die Schiffe zuerst für das unglückliche Unternehmen von Pisacane und dann für die Expedition der Tausend von Garibaldi zur Verfügung gestellt hatte und der die Bucht von Assab am Roten Meer kaufte, die erste Keimzelle der zukünftigen Kolonie Eritrea. Er war also ein „Kolonialist“. Und selbst wenn er sein „koloniales Unternehmen“ darauf beschränkte, als Frontmann für eine Regierungsaktion zu fungieren und es nicht als persönliche Initiative betrachtete, so reicht das den Demonstranten der Cancel Culture *al pesto*, um den Abriss seines Denkmals zu fordern. Hier sind wir also bereits in Phase 2. Das Overton-Fenster in Genua ist noch weiter geöffnet. Erwarten Sie in den kommenden Monaten Vandalismus gegen dieses Denkmal. Auf sein mittelfristiges Überleben ist nicht eine Lira zu wetten.

Es sei denn, wir haben den Mut, endlich eine [revolutionäre Reaktion](#) zu setzern, die der Cancel Culture endgültig ihre Krallen zieht.



Emanuele Mastrangelo ist seit 2006 Chefredakteur von „Storia in Rete“. Er ist militärhistorischer Kartograph, Autor mehrerer Bücher (u.a. [Wikipedia. L'enciclopedia libera e l'egemonia dell'informazione](#), mit Enrico Petrucci) und hat Herausgeber von [Eroi. 22 storie dalla Grande Guerra](#) und [Terra benedetta. Storie d'Italia e di italiani](#).



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Die Cancel Culture wütet in Oxford

Von Zoltán Wittich

11. 06. 2021



Magdalen College, Oxford · Fotoquelle: Magayr Nemzet

Ein Gemälde von Königin Elizabeth II. zieht die Aufmerksamkeit einiger Studenten auf sich

Von Zoltán Wittich

Studenten der Universität Oxford entfernten kürzlich ein Porträt von Königin Elisabeth II. von den Wänden der Universität, während 150 Dozenten sagten, sie würden sich weigern zu unterrichten, bis die Universität eine Statue von Cecil Rhodes von einem Gebäude neben dem Campus entfernt.

Die Entfernung des Porträts von Königin Elisabeth II. von England wurde am Dienstag von der Studentenvertretung am Magdalen College, das zur Universität Oxford gehört, beschlossen. Dem Antrag zufolge war die Entfernung des Gemäldes notwendig, um den Raum „inklusive“ zu gestalten, insbesondere um den Empfindlichkeiten ausländischer Studenten gerecht zu werden, die durch Kunstwerke, die sich auf die britische Monarchie beziehen, an die Kolonialzeit erinnert werden.

In der Ausschusssitzung stimmten zehn der Teilnehmer für die Entfernung des Porträts, zwei stimmten dagegen und fünf enthielten sich. Das Protokoll enthält Aussagen wie: „Die Entfernung der Königin (im Zusammenhang mit der sogenannten Cancel Culture) sendet eine schreckliche Botschaft, die viele verärgern wird.“ Ein anderer Sprecher sagte jedoch: „Wir haben keine Befugnis, die Königin zu entfernen, aber es geht nur um unseren Gemeinschaftsraum, der inklusiv sein sollte“.

Für weitere Empörung unter den Briten, die die Monarchie hoch schätzen, sorgte die Tatsache, dass der Vorschlag von einem amerikanischen Gaststudenten, einem gewissen Matthew Katzman, eingebracht wurde. Katzman ist Präsident der Studentenorganisation Magdalen Middle Common Room, die für die Entfernung des Porträts stimmte. Laut Katzman wird das Gemälde künftig zwischen anderen Kunstgegenständen aufbewahrt werden. Er fügte hinzu: „Darstellungen der königlichen Familie sind an vielen Orten auf dem Campus zu finden, daher war man sich einig, dass das fragliche Gemälde eine unnötige Ergänzung des Gemeinschaftsraums darstellt.“

Seit seiner Gründung im Jahr 1458 hat das Magdalen College eine Reihe berühmter Absolventen hervorgebracht, darunter König Edward VIII., der ehemalige britische Schatzkanzler George Osborne, der ehemalige kanadische Premierminister John Turner und der österreichische Physik-Nobelpreisträger Erwin Schrödinger, der insgesamt zehn Nobelpreise erhalten hat. Die Präsidentin des Magdalen College, Dinah Rose, die letztes Jahr ernannt wurde, sagte, dass „die Universität Redefreiheit und politische Debatte unterstützt, obwohl die Studenten nicht im Namen der Institution gesprochen haben“. Rose ferner: „Ein Student zu sein bedeutet mehr als nur zu lernen, es geht um Entdeckungen und Diskussionen. Und es ist manchmal provokativ gegenüber älteren Generationen.“

Bildungsminister Gavin Williamson reagierte auf Twitter auf die Angelegenheit mit den Worten:

Dass Studenten der Universität Oxford ein Porträt der Queen entfernen, ist einfach absurd. Sie ist das Staatsoberhaupt und ein Symbol für das Beste, was Großbritannien zu bieten hat. Während ihrer langen Regierungszeit hat sie unermüdlich daran gearbeitet, die britischen Werte von Toleranz, Inklusivität und Respekt in der ganzen Welt zu fördern

- Gavin Williamson (@GavinWilliamson) 8. Juni 2021

Premierminister Boris Johnson bestätigte durch seinen Sprecher, dass er mit Williamsons Position übereinstimmt.

An einer anderen Einrichtung der Universität Oxford, dem Oriel College, haben 150 Dozenten erklärt, sie würden keine Studenten unterrichten oder andere Tätigkeiten ausüben, einschließlich Interviews, Konferenzen und Seminaren, bis die Universität „die Statue des Imperialisten Cecil Rhodes entfernt“.

Die Institution wurde letzten Monat des Rassismus beschuldigt, weil sie sich weigerte, die Statue aus einem ihrer Gebäude zu entfernen. Rassismus und die anhaltenden Auswirkungen des Kolonialismus“, so die Wissenschaftler, „können nur unter Beteiligung aller Institutionen der Universität wirksam bekämpft werden. Die Entscheidung von Oriel untergräbt diese Bemühungen.“ Nachdem eine unabhängige Untersuchungskommission im vergangenen Juni die Entfernung der Statue von Cecil Rhodes gefordert hatte, stimmte das Oriel College zu, entschied sich aber, die Entfernung unter Hinweis auf die Kosten zu verschieben.



Cecil Rhodes hinterließ dem Oriel College vergeblich Millionen von Pfund

Cecil Rhodes war ein in England geborener Wirtschaftswissenschaftler, Geschäftsmann, Politiker und Bergbaumagnat, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hauptsächlich in Südafrika tätig war. Als überzeugter Anhänger des britischen Empire unterstützte Rhodes die koloniale Expansion der Inselnation im südlichen Afrika und wurde 1890 Regierungschef der britischen Kolonie Kapstadt. Nach ihm wurde die Kolonie Rhodesien (heute Simbabwe und Sambia) benannt. Obwohl er dem Oriel College Millionen von Pfund vermacht hat, sind seine Werte mit der Weltanschauung einer modernen Universität unvereinbar. Rhodes wird als imperialistisch und rassistisch angesehen. Deshalb wurde zum Beispiel das Cecil Rhodes House in London im März auf Wunsch seiner Bewohner in Park View House umbenannt.

Proteste von Black Lives Matter, einer Bewegung, die sich selbst als antirassistisch definiert, haben seit letztem Sommer zur Umbenennung von 39 Straßen, Häusern und Schulen und zur Demolierung von 30 Statuen und Denkmälern britischer historischer Persönlichkeiten in ganz Großbritannien geführt.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Dänemark stoppt die Immigranteninvasion

05. 06. 2021



Bildquelle: MPI

Die Mitte-Links-Regierung in Kopenhagen hat Maßnahmen ergriffen, um eine der restriktivsten Migrationspolitiken in Europa umzusetzen.

Nach Jahrzehnten selbstgerechter Einwanderungspolitik hat sich Dänemark entschlossen, dem einen Riegel vorzuschieben. Das Land will keine weiteren Immigranten mehr, es gibt zu viele Schwierigkeiten. Deshalb wurde am 3. Juni ein Gesetz verabschiedet, das es ermöglicht, Zentren für Asylbewerber in Ländern außerhalb der EU zu eröffnen. Das Gesetz wurde mit 70 zu 24 Stimmen verabschiedet.

Diese Entscheidung wurde vom Minister für Einwanderung und Integration, Mattias Tesfaye, getragen, unterstützt von der Rechten und den Parteien, welche die Medien als „die extreme Rechte“ bezeichnen. In seinen Grundzügen sieht das Gesetz vor, dass alle Asylbewerber bis zur Genehmigung in ein Aufnahmезentrum außerhalb der Europäischen Union geschickt werden. Ferner muss der Asylsuchende im Aufnahmeland bleiben, nachdem ihm der Flüchtlingsstatus zuerkannt wird.

Das Gesetz sieht ferner vor, dass syrische Flüchtlinge in ihre Herkunftsregion zurückgeschickt werden können, da diese als „sicher“ gilt.

Der Gesetzestext stipuliert, dass „Dänemark nicht verpflichtet ist, Schutz zu gewähren, wenn dem Ausländer Asyl gewährt wird, nachdem die eigentliche Bearbeitung des Asylantrags in dem Drittland abgeschlossen ist. Stattdessen muss der Schutz von dem betreffenden Drittland gewährt werden. Wird dem Ausländer das Asyl verweigert, muss auch der betreffende Drittstaat die Verantwortung für die Ausweisung der betreffenden Person übernehmen“.

Diese neue, höchst umstrittene Maßnahme ist eine der jüngsten, die das nordische Königreich ergreift, das seine Migrationspolitik ständig verschärft. Im Moment ist Kopenhagen in Gesprächen mit fünf bis zehn Ländern, aber keines von ihnen hat diese Vereinbarung bisher offiziell akzeptiert. Die dänische Presse spricht von mehreren afrikanischen Ländern, darunter Ägypten, Äthiopien und Eritrea.

Es scheint jedoch, dass Ruanda das von der dänischen Regierung favorisierte Land ist; Minister Tesfaye stattete Ruanda im April einen offiziellen Besuch ab.

„Jeder Versuch, Asylsuchende zur Prüfung ihrer Asylanträge nach Ruanda zu überstellen, wäre nicht nur unvernünftig, sondern auch potenziell illegal. Dänemark kann Menschen, die auf seinem Territorium ankommen, nicht das Recht vorenthalten, Asyl zu beantragen und sie ohne die erforderlichen Garantien in ein Drittland überführen“, erklärte dazu Amnesty International am 5. Mai.

Im Januar hatte Ministerpräsidentin Mette Frederiksen ihr Ziel bekräftigt, die Zahl der Asylbewerber in Dänemark „auf Null zu reduzieren“ und die Zahl der „nicht-westlichen“ Bewohner in bestimmten Vierteln zu begrenzen.

Die Internationale Flüchtlingsagentur der Vereinten Nationen, immer noch in ihrer multikulturellen Ideologie verankert, distanziert sich von Dänemark: man befürchtet eine „Erosion des internationalen Schutzsystems“, wenn weitere Länder dem Beispiel Dänemarks folgen.

Angesichts der Verabschiedung dieses Gesetzes hat auch die Europäische Kommission ihre „Besorgnis“ zum Ausdruck gebracht. Der Entwurf „wirft grundlegende Fragen auf, die sowohl den Zugang zu Asylverfahren als auch den effektiven Zugang zu Schutz betreffen“, sagte Kommissionssprecher Adalbert Jahz. „Eine solche Externalisierungsprozedur sei nach den EU-Regeln nicht möglich“, fügte er hinzu, merkte aber an, dass die dänische Entscheidung im Lichte der Ausnahmen – oder Opt-outs -, die das Land in Migrationsfragen genießt, genauer analysiert werden müsse.

Quelle: [MPI](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Bau der Baltic Pipe unterbrochen: ein harter Schlag für Polen?

06. 06. 2021



Bildquelle: Visegrád Post

Dies ist ein unerwarteter Schlag für Polen, das [auf die Alternative der Baltic Pipe setzte](#), die norwegisches Gas aus der Nordsee zum pommerschen Terminal in Swinemünde (*Świnoujście*) transportieren sollte, um seine Abhängigkeit von russischem Gas ab 2022 zu verringern. Der dänische Betreiber Energinet gab jedoch am Donnerstag (3. Juni) bekannt, dass der dänische Berufungsausschuss für Umweltfragen am 31. Mai die Umweltgenehmigung für die Baltic Pipe widerrufen hat, was das Projekt verzögern könnte.

Werden durch das Projekt Fledermausbrutplätze beschädigt?

Der Widerruf der am 12. Juli 2019 von der dänischen Umweltschutzbehörde erteilten Genehmigung bedeutet konkret, dass besagte Behörde nun verpflichtet ist, zusätzliche Studien durchzuführen, um zu beurteilen, ob das Projekt wahrscheinlich Brut- oder Rastplätze bestimmter Arten zerstört oder beschädigt – darunter Mäuse und Fledermäuse in dem Teil der Pipeline, der durch Jütland sowie durch die Inseln Fünen und Seeland verlaufen soll.

„Wir bedauern diese Entscheidung sehr. Als wir von den Behörden eine Genehmigung für die Baltic Pipe 2019 erhielten, hieß es, dass wir an einer Reihe von Maßnahmen weiterarbeiten müssen, die gute Lebensbedingungen für bestimmte Tierarten gewährleisten.“

Seitdem haben wir unsere Bemühungen zu ihrem Schutz fortgesetzt. Der Berufungsausschuss argumentiert jedoch, dass alle Maßnahmen vor der Erteilung der Genehmigung festgelegt werden sollten,“

erklärte die für das Projekt zuständige stellvertretende Direktorin von Energinet, Marian Kaagh.

„Energinet klärt mit den Behörden die Konsequenzen der Entscheidung, die Umweltgenehmigung zu widerrufen, und bereitet sich darauf vor, den Bau auszusetzen, bis die notwendigen Genehmigungen vorliegen.

[...] Wir müssen sorgfältig abwägen, was genau der Widerruf der Genehmigung für das Baltic-Pipe-Projekt bedeutet, insbesondere für die Bauarbeiten in Gebieten mit geschützten Arten“, fuhr sie fort.

„In den anderen Abschnitten gehen die Arbeiten ohne Unterbrechung weiter“

Der stellvertretende polnische Außenminister Paweł Jabłoński kommentierte seinerseits die Entscheidung und versuchte, hinsichtlich der endgültigen Auswirkungen auf die Ostseepipeline zu beruhigen: *„In den anderen Abschnitten gehen die Arbeiten ohne Unterbrechung weiter. Vieles deutet darauf hin, dass die Arbeiten an dem dänischen Abschnitt, der von der heutigen Entscheidung betroffen ist, nur vorübergehend eingestellt werden, bis der dänische Investor die umweltrechtlichen und gesetzlichen Auflagen erfüllt. [...]*

Wir haben keine rechtliche Möglichkeit, diese Entscheidung anzufechten. Wir ergreifen die entsprechenden Maßnahmen auf diplomatischem Weg. Wir dürfen nicht vergessen, dass das Baltic-Pipe-Projekt von strategischer Bedeutung für Europa ist, und niemand sollte diese Tatsache aus den Augen verlieren.“

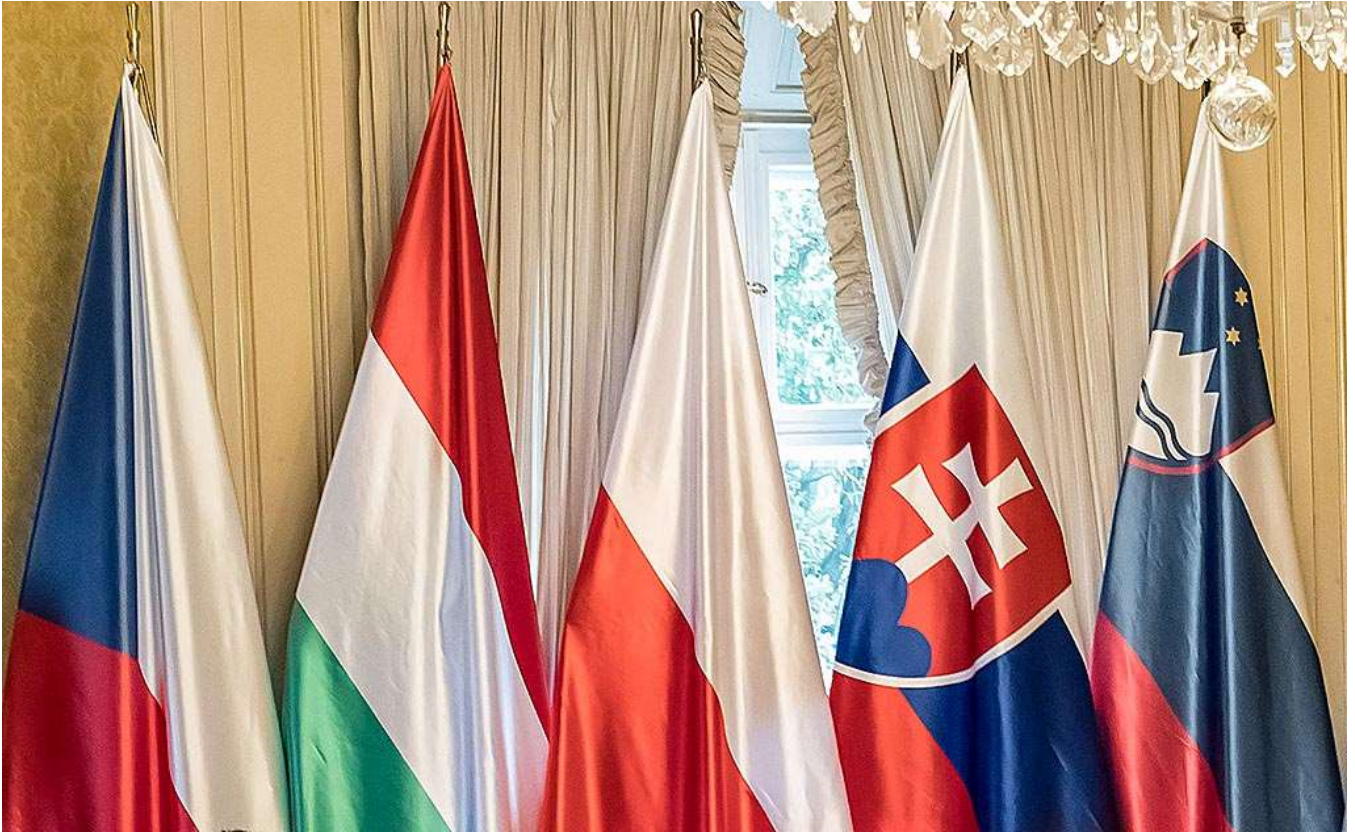


Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 7. bis 13. Juni 2021

14. 06. 2021



Bildquelle: Demokracija

V4

- Die Europäische Kommission hat eine neue Klage gegen Polen und die Tschechische Republik angestrengt, da diese beiden Länder nun die einzigen EU-Mitgliedstaaten sind, die es nicht-polnischen oder nicht-tschechischen EU-Bürgern immer noch nicht erlauben, nationalen politischen Parteien beizutreten, was sie in Bezug auf ihre Wahlchancen bei Kommunal- oder Europawahlen benachteiligen würde. „In der Tat können Bürger anderer EU-Mitgliedstaaten mit Wohnsitz in der Tschechischen Republik oder in Polen ihr passives Wahlrecht bei Kommunalwahlen und Wahlen zum Europäischen Parlament nicht in vollem Umfang und unter den gleichen Bedingungen ausüben wie Staatsangehörige dieser Staaten. Die Tschechische Republik und Polen sind die einzigen beiden Mitgliedstaaten, in denen ein solches Verbot noch in Kraft ist“, heißt es in einer Pressemitteilung der Kommission vom 9. Juni. „EU-Bürger, die ihre politischen Rechte in anderen EU-Mitgliedstaaten ausüben wollen, sollten dies ohne Einschränkungen tun können. Insbesondere sollten sie bei Kommunal- und Europawahlen in dem Mitgliedstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, unter denselben Bedingungen wie die Staatsangehörigen dieses Mitgliedstaats kandidieren können. Die Kommission fördert die aktive Beteiligung aller EU-Bürger am demokratischen Prozess, indem sie insbesondere sicherstellt, dass Bürger eines anderen EU-Mitgliedstaats im Einklang mit ihren im Vertrag verankerten Rechten einer politischen Partei in ihrem Wohnsitzmitgliedstaat beitreten können.“
- Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Katarina Barley (SPD), warf der ungarischen und der polnischen Regierung in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* vor, „den Rechtsstaat schwächen“ zu wollen: Die

polnische PiS und der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán „versuchen, den Rechtsstaat nicht nur in ihrem Land, sondern in ganz Europa zu schwächen [...] Die Europäische Union wehrt sich nicht entschieden genug. Das wollen wir nicht länger hinnehmen. [...] Nur weil sich jemand über ein Gesetz beschwert, heißt das nicht, dass es nicht durchgesetzt werden kann. Ich verstehe, dass die Kommission vorsichtig sein will. Deshalb haben wir im Januar nicht sofort gepusht. Aber es gibt keinen Grund, das bestehende Recht nicht anzuwenden und weiteren Schaden für Europa zu riskieren [...] Es ist nicht hinnehmbar, dass die Staats- und Regierungschefs so stark in Entscheidungen eingreifen, die der Rat und das Parlament mit großer Mehrheit getroffen haben. Offenbar haben sie Angst, dass Polen und Ungarn wichtige Entscheidungen blockieren werden. [...] Es wird sehr schwierig sein, PiS oder Viktor Orbán zu überzeugen, ihr Verhalten zu ändern. Natürlich benutzen sie das Narrativ, dass der demoralisierte Westen ihnen seine Werte aufzwingen will. Aber die Fragen der Gewaltenteilung und der Unabhängigkeit der Justiz sind keine Frage nationaler Überzeugungen oder Eigenschaften, sondern die Grundlagen unserer europäischen Gemeinschaft.“

Ungarn

- In einer am Dienstag, den 8. Juni, veröffentlichten Erklärung erklärte der Ungarische Fußballverband (MLSZ), dass die Spieler der ungarischen Nationalmannschaft sich nicht an der Scharade beteiligen werden, auf Geheiß der „antirassistischen“ Black Lives Matter (BLM)-Bewegung zu Beginn des Spiels zu knien – eine Praxis, die in einigen westlichen Ländern alltäglich geworden ist.
- Am selben Abend spielte die ungarische Nationalmannschaft in einem Freundschaftsspiel gegen Irland in Budapest. Zu Beginn des Spiels – während der Hymnen – knieten die irischen Spieler alle nieder, während die Ungarn dies nicht taten. In diesem Moment begann die Menge, die kniende irische Mannschaft auszupfeifen, deren Mitglieder – laut Irish Times – sagten, sie seien schockiert, weil es für sie „unverständlich [ist], ausgepiffen zu werden“. „Das kann für Ungarn sicherlich auch wegen der Europameisterschaft nachteilig sein. (...) Das wirft kein gutes Licht auf Ungarn und die ungarischen Fans“, sagte Irlands Kapitän Stephen Kenny. Der ehemalige Europaabgeordnete Péter Niedermüller, derzeit Bürgermeister des 7. Bezirks von Budapest (Opposition – Demokratische Koalition), stimmte dem zu: „Genau aus diesem Grund interessiere ich mich nicht für die ungarische Nationalmannschaft, wir können uns schämen. Es war besser, heute in Budapest irisch zu sein.“
- Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sagte seinerseits, er verstehe die Reaktion der ungarischen Fans voll und ganz: „Ich bin überhaupt nicht für das Niederknien, beim Sport geht es um etwas anderes und dafür ist auf dem Spielfeld kein Platz. [...] Wir erwarten von der ungarischen Nationalmannschaft nicht, dass sie kniet, sondern dass sie um den Sieg kämpft ... Dieses System von Gesten kann nur als etwas Unverständliches interpretiert werden, das eine Provokation ist ... Die Ungarn knien nur vor Gott, ihrem Land oder wenn sie um die Hand ihrer Liebsten bitten.“
- Die Details der Organisation des Besuchs des Papstes in Budapest am 12. September, wo er anlässlich der Abschlussfeier des Internationalen Eucharistischen Kongresses eine Messe auf dem Heldenplatz feiern wird, hat offensichtlich zu einigen Spannungen zwischen der ungarischen Regierung und dem Vatikan geführt. Nach Informationen, die der Presse zugespielt wurden, wollte Papst Franziskus nur drei Stunden in Ungarn bleiben, bevor er zu einer offiziellen dreitägigen Reise in die benachbarte Slowakei aufbrach. Er erklärte, sein Besuch in Budapest sei „kein Besuch im Land, sondern [nur] für diese Messe“, was Beobachtern implizierte, dass

der Nachfolger des heiligen Petrus weder Ministerpräsident Viktor Orbán noch Präsident János Áder treffen würde. Damit setzte er ein klares Zeichen gegen die ungarische Einwanderungspolitik, ein Bereich, in dem Papst Franziskus eher linke Positionen vertritt. Inzwischen scheinen die guten Dienste des ungarischen Kardinals Péter Erdő, Primas von Ungarn und Erzbischof von Esztergom, begleitet von denen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Zsolt Semlyén (KDNP), den Papst überzeugt zu haben, das übliche Protokoll zu respektieren.

Polen

- Am Montag, dem 7. Juni, unterzeichnete der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko ein Dekret, mit dem der 17. September zum Nationalfeiertag von Belarus, dem „Tag der nationalen Einheit“, erklärt wurde, in Erinnerung an das Datum des Einmarsches in Ostpolen am 17. September 1939, nach dem Molotow-Ribbentrop-Pakt.
- Umfrage um Umfrage bestätigt den Niedergang der Bürgerlichen Koalition (KO) und ihrer Hauptkomponente, der Bürgerplattform (PO) des ehemaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk. So würde laut einer aktuellen Meinungsumfrage des Meinungsforschungsinstituts United Survey, die am 8. Juni von Wirtualna Polska veröffentlicht wurde, bei einer Parlamentswahl an diesem Sonntag in Polen die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Jarosław Kaczyński, die seit 2015 an der Macht ist, gewinnen, würde 34,4 % der Stimmen erhalten, verglichen mit 23 % für Szymon Hołownias Bewegung Polska 2050, 14 % für die Bürgerliche Koalition, 8,1 % für die linke Lewica-Koalition, 7,6 % für Konfederacja, ein Bündnis aus Populisten und Libertären und 4,7 % für die Agrarpartei (PSL).
- Die PiS unterstützt die weißrussische Opposition gegen Präsident Lukaschenko, was jedoch Grenzen hat, woran der stellvertretende Sejm-Vorsitzende und PiS-Fraktionsvorsitzende Ryszard Terlecki kürzlich erinnerte, nachdem Swetlana Tichanowskaja sich mit dem Warschauer Bürgermeister Rafał Trzaskowski getroffen hatte: „Wenn Tichanowskaja für die antidemokratische Opposition in Polen werben und auf dem Treffen von Trzaskowski sprechen will, soll sie in Moskau Hilfe suchen [...] wir unterstützen die belarussische Opposition, die nicht auf der Seite unserer Gegner steht“, Worte, die, wie man sich vorstellen kann, einen wahren Aufschrei innerhalb der polnischen liberalen Opposition hervorriefen, die unter anderem die Absetzung von Herrn Terlecki von seiner Position als Vizepräsident des Parlaments.
- Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki hatte in der Nacht vom 24. auf den 25. Mai verkündet, dass der tschechisch-polnische Streit um den Braunkohletagebau Turów (an der Grenze zwischen beiden Ländern) vor einer gütlichen Einigung stehe. Die Tschechische Republik fordert nach wie vor die sofortige Schließung der Mine und verlangt sogar eine Strafzahlung von fünf Millionen Euro pro Tag.
- Pfizer Inc. gab am Dienstag, den 8. Juni, den Beginn der Tests des Pfizer-BioNTech Impfstoffs gegen Covidose an einer Stichprobe von 4.500 Kindern unter dem Alter von Zweifeln an mehr als 90 klinischen Standorten in den Vereinigten Staaten, Spanien, Finnland und Polen bekannt.
- In einer historischen Geste, die auf Versöhnung und Normalisierung der polnisch-weißrussischen Beziehungen abzielt, legte der polnische Präsident Andrzej Duda am Dienstag, dem 8. Juni, einen Kranz vor einem Denkmal für 79 weißrussische Zivilisten nieder, die am Ende des Zweiten Weltkriegs von polnischen nationalistischen Partisanen getötet wurden.
- Die regionalen Behörden der Woiwodschaft Łódź (Westpolen) kündigten am Dienstag (8. Juni) ihre Absicht an, das Braunkohlekraftwerk Bełchatów – das

- umweltschädlichste Kohlekraftwerk Europas: Allein es stößt mehr als 30 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr aus – bis 2036 zu schließen.
- Der polnische Bildungsminister Przemysław Czarnek sagte am Mittwoch, dem 9. Juni, vor dem „Kongress der christlichen Pädagogik“, der vom Jagiellonen-Kolleg (Kolegium Jagiellońskie Toruńska Szkoła Wyższ) organisiert wurde, dass die christliche Erziehung notwendig sei, um „die lateinische Zivilisation in Europa und in der Welt zu retten.“ „Danke, dass Sie diesen Kongress organisiert haben [...] angesichts eines großen Angriffs auf das Christentum“, fuhr er fort. „Europa ist heute ein Ort, an dem das Christentum mit noch nie dagewesener Macht bekämpft wird. [...] Diese Entchristlichung schreitet vor unseren Augen voran [...] Die Christenfeindlichkeit breitet sich in den Ländern Westeuropas in einem noch nie dagewesenen Ausmaß aus und Polen ist, wie Erzbischof [von Krakau] Marek Jędraszewski feststellt, das letzte Land, in dem die christliche Kirche nicht die weiße Fahne schwenkt. [...] Die westliche Kirche ist leer [...], weil sie sich von der Weitergabe der christlichen Werte entfernt hat [...] Die Erziehung der künftigen Generationen ist notwendig, um die lateinische und christliche Zivilisation in [...] Europa und der Welt zu retten. [...] Auf unseren Schultern – den christlichen Erziehern – ruht heute diese Verantwortung [...] Wir werden diese Prüfung unter der Bedingung bestehen können, dass wir keine Angst mehr haben, christlich zu sein, christlich zu denken, den jüngeren Generationen christliche Werte zu vermitteln.“
 - Der Europäische Kommissar für Justiz, Didier Reynders, schrieb kürzlich an den polnischen Justizminister, Zbigniew Ziobro, und forderte die polnische Regierung auf, ihre Klage vor dem Verfassungsgericht wegen des Konflikts zwischen den Normen des europäischen Rechts und der polnischen Verfassung zurückzuziehen. Der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki reagierte auf einer Pressekonferenz am Donnerstag, den 10. Juni, sehr deutlich: „Der Vorschlag der Europäischen Kommission ist sachlich nicht relevant. Ich habe nicht die Absicht, meinen Antrag an das Verfassungsgericht zurückzuziehen [...] Ein Antrag an das Verfassungsgericht wurde anlässlich des Beitritts Polens zur Europäischen Union und dann bei der Verabschiedung des Vertrags von Lissabon gestellt. Jedes Mal bestätigte das Verfassungsgericht, dass im Falle einer Gesetzeskollision diese Bestimmungen geändert werden müssen oder das Grundgesetz geändert werden muss. Das ist die Logik der EU-Mitgliedschaft“, sagte er und wies darauf hin, dass es für die polnische Regierung „keinen Zweifel gibt, dass die polnischen Verfassungsnormen Vorrang vor anderen Rechtsnormen haben.“
 - In einem am Donnerstag, 10. Juni, in der Tageszeitung Rzeczpospolita veröffentlichten Interview reagierte der polnische Außenminister Zbigniew Rau auf die Entscheidung der US-Regierung, die Sanktionen gegen das Gaspipeline-Projekt Nord Stream 2 aufzuheben: „Im Januar habe ich zum ersten Mal mit Außenminister Antony Blinken gesprochen [...] Wir waren uns einig, dass es dringend notwendig ist, den polnisch-amerikanischen strategischen Dialog wieder aufzunehmen. Im Februar und März, als es Gerüchte über vertrauliche amerikanisch-deutsche Gespräche über NS 2 gab, hörten wir die Zusicherung, dass keine solchen Gespräche im Gange seien. Wir haben diese Aussagen akzeptiert, obwohl sie unserem Wissen aus anderen Quellen widersprechen. Inzwischen lese ich Agenturmeldungen, dass in dieser Woche in Washington Gespräche zwischen engen Vertrauten von Bundeskanzlerin Merkel und Beratern von Präsident Biden über die Fertigstellung von Nord Stream 2 stattfinden. Diese Formel für den amerikanisch-russisch-deutschen Dialog kann nicht die Gespräche zwischen Amerika und den NATO-Verbündeten an der Ostflanke ersetzen, die die Auswirkungen dieser Entscheidungen in besonderer Weise spüren werden. Denn diese Pipeline wird die gemeinsamen Interessen Deutschlands und Russlands radikal stärken und eine direkte Bedrohung für den Frieden in Europa darstellen. Die militärische Bedrohung

- für die Ukraine, aber auch für Polen und andere mitteleuropäische NATO-Staaten, wird zunehmen.
- Der nationalistische Abgeordnete Robert Winnicki (Konfederacja) erklärte via Twitter: „Die USA verhandeln mit Russland und Deutschland und ignorieren die Interessen der mitteleuropäischen Länder. Polen muss endlich die Konsequenzen ziehen und anfangen, eine ausgewogenere Politik gegenüber Washington, Peking, Berlin und Moskau zu verfolgen“, eine Ansicht, die der geopolitische Experte Jacek Bartosiak weitgehend teilt, der in einem Interview mit der konservativen Zeitschrift Do Rzeczy, das am 31. Mai veröffentlicht wurde, bereits sagte: „Unsere Interessen sind für die USA weniger wichtig und das ist ein sehr gefährlicher Prozess. Es ist deutlich zu erkennen, dass die Pläne für die Entwicklung Mittel- und Osteuropas von den Deutschen zusammen mit den Amerikanern und zunehmend von den Russen durch ihren Krieg der neuen Generation bestimmt werden.“
 - Das polnische konservative Magazin wPolityce machte in dieser Woche auf fünf vor dem polnischen Verfassungsgericht anhängige Verfahren aufmerksam, in denen die Kläger versuchen, in einseitiger Weise zu argumentieren, dass Art. 1 des polnischen Familiengesetzbuchs – „eindeutig festlegt, dass nur eine Frau und ein Mann heiraten können“ – wäre verfassungswidrig, da dies „gleichgeschlechtliche Paare“ diskriminieren würde, sozusagen ein Versuch, die „gleichgeschlechtliche Ehe“ durch die Hintertür einzuführen... Von wPolityce dazu befragt, erklärt der Juraprofessor Jarosław Szymanek: „Die Kläger weisen darauf hin, dass die Verletzung der Verfassung in dem liegt, was nicht in Art. 1 – d.h., dass es auch keine anderen angegebenen Alternativen zum Heiraten gibt. Die Petenten argumentieren, dass das, was nicht existiert, verfassungswidrig ist“, und sind der Ansicht, dass „das Verfassungsgericht nicht nur erklären sollte, dass Art. 1 des Familien- und Vormundschaftsgesetzes eindeutig mit der Verfassung übereinstimmt, sondern es sollte auch weiter gehen, d.h. erklären, dass nur und ausschließlich der bestehende Inhalt von Art. 1 im Einklang mit der Verfassung steht, [weil] der Sejm mit einer anderen Mehrheit eine Bestimmung einführen könnte, wonach auch gleichgeschlechtliche Ehen im polnischen Recht zugelassen werden können, und es wird sich wieder die Frage stellen, ob dieser neue Inhalt, der gleichgeschlechtliche Ehen zulässt, im Einklang mit der Verfassung steht. Deshalb ist es so wichtig, dass das Verfassungsgericht nicht nur feststellt, dass der derzeitige Inhalt von Artikel 1 verfassungsgemäß ist, denn daran zweifelt niemand, sondern auch, dass nur die aktuelle Fassung verfassungsgemäß ist, um alle möglichen juristischen Tricks und gesetzgeberischen Eingriffe für die Zukunft auszuschließen.“

Tschechische Republik

- Der Prager Stadtrat hat am Dienstag die endgültige Genehmigung für das U-Bahn-Projekt der Linie D erteilt, dessen Bau ursprünglich 2010 beginnen sollte, aber wegen des Widerstands gegen die Pläne für die Stationen Pankrác und Písnice verschoben wurde. Die neue fahrerlose U-Bahn-Linie, die das Stadtzentrum mit den südlichen Teilen der Stadt verbinden wird und deren Bau 52 Milliarden Kronen (zwei Milliarden Euro) gekostet hat, soll bis 2029/2030 in Betrieb gehen.
- Während der Mechanismus zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union, der auf der angeblichen Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit beruht, von Ungarn und Polen vor dem EuGH angefochten wird, ist es schließlich die Tschechische Republik, die Gegenstand eines Versuchsballons in diesem Bereich zu sein scheint. In Anbetracht der Vorwürfe von Interessenkonflikten gegen den tschechischen Ministerpräsidenten Andrej Babiš im Rahmen der berühmten Storchennest-Affäre sieht das Europäische Parlament eine gute Gelegenheit, diesen Mechanismus erstmals zu aktivieren. Am Mittwoch, den 9. Juni, haben die

Abgeordneten einen Antrag angenommen, in dem die Europäische Kommission aufgefordert wird, „den Einfluss von Premierminister Babiš auf die tschechischen Medien und die Justiz zu bewerten, Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit zu identifizieren und, falls ihre Erkenntnisse dies bestätigen, zu gegebener Zeit den Konditionalitätsmechanismus zum Schutz des EU-Haushalts zu aktivieren.

Slowenien

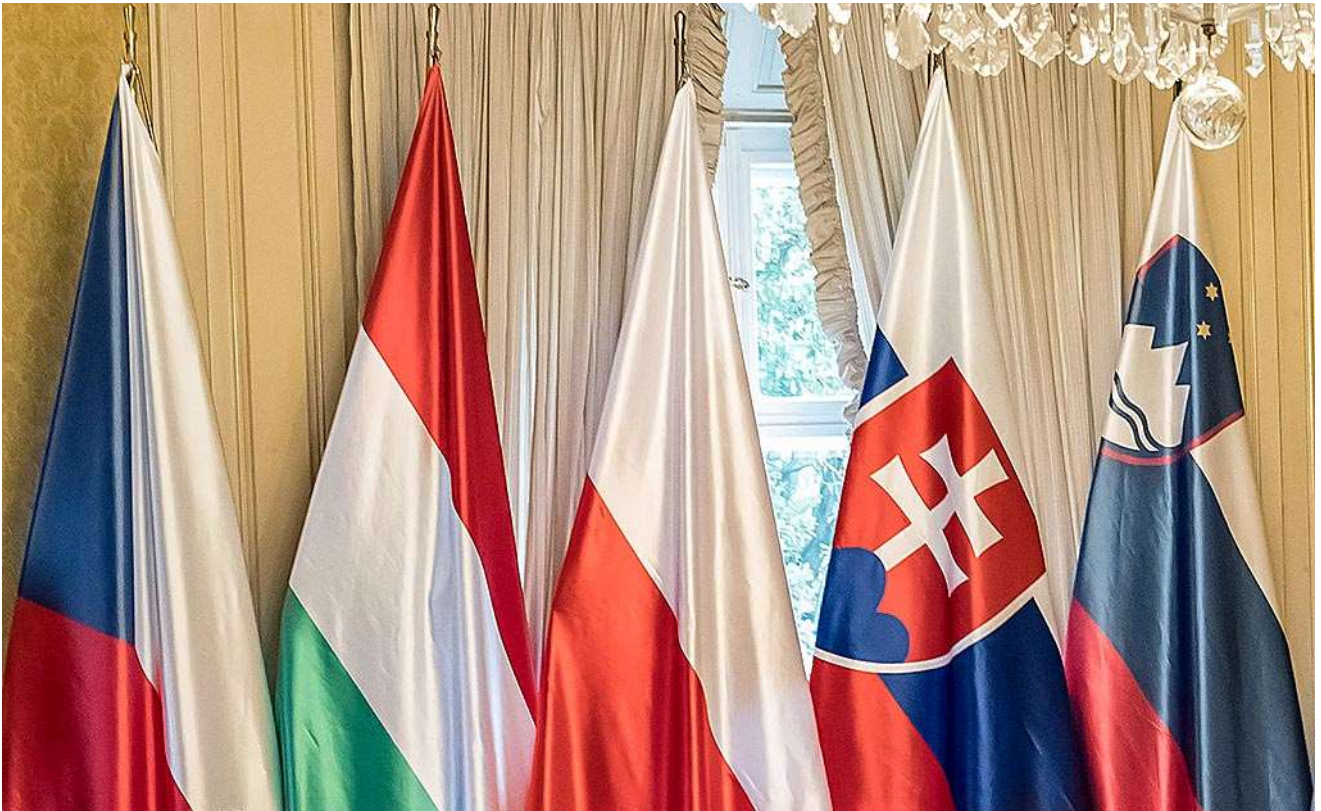
- 11.6. Marko Kremžar, Gründungsmitglied der NSi (Neues Slowenien – Christliche Volkspartei, slow. Nova Slovenija Krščanska ljudska stranka) und letzter Präsident der SLS (Slowenische Volkspartei, slow. Slovenska Ljudska Stranka) in der Emigration, ist im Alter von 93 Jahren gestorben, teilten der NSi und die SLS mit. Er war Ökonom, Politiker, Pädagoge und Schriftsteller und vor allem im Bereich Journalismus und Bildung in Slowenien und für Slowenen im Ausland und in der Welt tätig. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war Kremžar als junger Mann in zwei kommunistischen Konzentrationslagern inhaftiert, konnte aber später nach Österreich fliehen. Von dort emigrierte er mit seinen Eltern nach Argentinien, wo er sein Studium abschloss und promovierte. Kremžar entwickelte eine reiche literarische Tätigkeit, wie z.B. Romane und Theaterstücke, aber noch mehr sein fachliches Werk, vor allem soziologische und politikwissenschaftliche Abhandlungen. Laut der katholischen Wochenzeitung Družina schrieb er eine Reihe von Büchern zu Themen der jüngeren slowenischen Geschichte, des Bürgerkriegs und seiner Folgen. „Sein Engagement in der slowenischen Gemeinde in Buenos Aires, wo er ein wichtiger Organisator und Lehrer der slowenischen Sekundarstufe war, wird für immer in der Geschichte bleiben“, betonte die NSi.
- 10.6. Am Morgen erlebten die Mitarbeiter des Kulturministeriums der Republik Slowenien auf dem Weg zur Arbeit erneut eine unangenehme Überraschung. In der Nacht haben Unbekannte (vermutlich wieder Linksextremisten) die Fenster und die Eingangstür des Ministeriums mit gelben Kreuzen beschmiert. Der Staatssekretär im Büro des Premierministers, Jelka Godec, twitterte: #nocomment Dies ist das Ergebnis der Aktionen von @strankalevica @StrankaLMS @StrankaSAB @strankaSd“. Das derzeitige Team, angeführt von Kulturminister Vasko Simoniti, musste schon viele Worte schlucken – auf eigene Kosten. Sie sind täglich unbegründeten, manipulativen Angriffen von den Mainstream-Medien, linken Oppositionsparteien und Teilen der Zivilgesellschaft ausgesetzt. Eine kleine Minderheit von Kulturschaffenden mit viel medialer Unterstützung hat bereits mehrfach Vorfälle vor dem Eingang des Kulturministeriums (MK) inszeniert. Letzten Sommer inszenierten die Theaterschauspieler Primož Bežjak und Katarina Stegnar einen Proteststriptease. Sie unternahmen auch eine „humorvolle“ Aktion, als sie Schulbänke mit den Nachnamen von MK-Mitarbeitern beschriftet aufstellten und die Bänke mit Blut beschmierten. Auch das Wohnhaus des jetzigen Kulturministers Vasko Simoniti wurde bereits mehrfach vandalisiert.
- 9,6 Slowenien bleibt ein attraktiver Wirtschaftsstandort für deutsche Unternehmen, so das Ergebnis der diesjährigen Umfrage der deutschen Handelskammern in 15 Ländern Mittel- und Osteuropas. „Es gibt ein großes Interesse deutscher Investoren für zusätzliche Investitionen und Slowenien sollte sich Gedanken machen, wie man das am besten nutzen kann“, waren die Redner auf der Pressekonferenz überzeugt. Matej Lahovnik, ehemaliger Wirtschaftsminister und Leiter der Beratergruppe, betonte, dass die Ergebnisse der Konzentration der Regierung auf die Wirtschaft in diesem Fall bereits sichtbar sind. „Es ist offensichtlich, dass die aktuelle Regierung operativ arbeitet und sich auf die Wirtschaft konzentriert, und Investoren sehen das slowenische Umfeld als stabil an“, erklärte er. „Die wirtschaftliche Aktivität in Slowenien ist weiterhin hoch“, fasste Tina Drolc von der Slowenisch-Deutschen

Handelskammer die Ergebnisse der Umfrage unter deutschen Unternehmen zusammen. Wie STA berichtet, schätzen 47% der befragten deutschen Unternehmen in Slowenien ihre Situation derzeit als gut ein, während 44% sie als zufriedenstellend oder deutlich besser als die allgemeine wirtschaftliche Lage im Land einschätzen. 48% erwarten, dass die Situation im Jahr 2021 weiterhin gut sein wird, während 39% glauben, dass sich ihre Situation verbessern wird. Bei den Exportumsätzen erwarten 43 % der befragten Unternehmen ein Wachstum, während die Hälfte der Unternehmen von einem unveränderten Volumen ausgeht.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Mitteleuropa: Die wichtigsten Nachrichten vom 31. Mai bis 6. Juni 2021

07. 06. 2021



Bildquelle: Demokracija

V4

- Direkte RegioJet-Züge, die Prag, Bratislava und Budapest (aber auch andere Städte der Region) mit der kroatischen Küste (Rijeka, Split und Gračac) an der Adria verbinden, verkehren seit diesem Montag, 31. Mai, wieder dreimal pro Woche. Die Frequenz dieser Zugverbindungen wird im Juli und August täglich sein. Kroatien setzt stark auf die Erholung des Tourismussektors, der 20% der Wirtschaft ausmacht.
- Seit dem 1. Juni nutzen Polen und die Tschechische Republik den Europäischen Impfpass, Ungarn und die Slowakei sind (noch) nicht dabei.

Ungarn

- Am Sonntag, den 30. Mai, hob Deutschland alle gesundheitlichen Beschränkungen (Vorregistrierung, Quarantäne usw.) für Menschen auf, die auf dem Landweg aus Ungarn einreisen. Das ungarische Außenministerium rät jedoch weiterhin von touristischen Reisen ins Ausland ab.
- Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán empfing am Montag, 31. Mai, den Präsidenten des österreichischen Nationalrats (Parlament), Wolfgang Sobotka (ÖVP), im Karmeliterkloster in Buda. Die beiden Staatsmänner sprachen natürlich auch über die Covid-Krise und Orbán sagte: „Dank der Impfungen kann in Ungarn die allmähliche Lockerung der Restriktionen beginnen, und wir gehören jetzt zu den Besten in Europa, was die Impfungen und die Aufhebung der restriktiven Maßnahmen betrifft. Wir freuen uns, dass auch in Österreich allmählich wieder Normalität einkehrt und dass es wieder möglich ist, das Land zu touristischen Zwecken zu besuchen. Nach seinem Treffen mit Viktor Orbán wurde Sobotka von seinem ungarischen Amtskollegen, László Kövér, im Budapester Parlament empfangen.
- Nach dem Rücktritt des Oberbefehlshabers der ungarischen Armee, Ferenc Korom, gab Verteidigungsminister Tibor Benkő am Montag, 31. Mai, bekannt, dass er Generalmajor Romulusz Ruszin-Szendi als seinen Nachfolger im Amt vorgeschlagen hat. Die Ernennung des letzteren fand an diesem Samstag, dem 5. Juni, statt.
- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó besuchte am Montag, den 31. Mai, China, wo er mit seinem chinesischen Amtskollegen Wang Ji zusammentraf, dem er das Kreuz des Ungarischen Verdienstordens als „Zeichen der Wertschätzung und Dankbarkeit des ungarischen Volkes“ für die aktive Zusammenarbeit im Kampf gegen die Coronavirus-Pandemie und insbesondere für die Lieferung des Impfstoffs von Sinopharm überreichte, mit dem eine Million Menschen in Ungarn geimpft werden konnten.
- Die ungarische Fluggesellschaft Wizz Air hat am Montag, den 31. Mai, nach mehrmonatiger Zwangspause wegen der Covid-Krise ihren Betrieb auf dem Flughafen Debrecen (im Osten des Landes) wieder aufgenommen, von wo aus sie ab dem 5. Juni ihre Flüge nach Eindhoven (Niederlande) und ab dem 12. Juni nach London-Luton wieder aufnehmen wird. Weitere Ziele werden in den kommenden Wochen folgen.
- Laut einer am 29. Mai erlassenen Regierungsverordnung können ausländische Zuschauer, die zu den Spielen der Fußball-Europameisterschaft kommen, mit einem negativen PCR-Test von weniger als 72 Stunden nach Ungarn einreisen und auch in Hotels übernachten und Restaurants besuchen wie ungarische Staatsbürger, die ein Immunitätszertifikat (védettségi igazolvány) besitzen.
- Während seines Besuchs in London am 29. Mai, über den wir bereits letzte Woche kurz berichtet haben, hat der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán mit seinem britischen Amtskollegen Boris Johnson vereinbart, dass die ungarischen Immunitätszertifikate (védettségi igazolvány) demnächst von Großbritannien anerkannt und akzeptiert werden, so dass ihre Inhaber dorthin reisen können. Dies wird in naher Zukunft im Rahmen der gegenseitigen Anerkennung der genannten Immunitätsbescheinigungen geschehen. Ungarn hat außerdem einen Gasliefervertrag mit dem britischen Unternehmen Shell unterzeichnet, um seine Abhängigkeit von russischem Gas zu verringern. In einer Erklärung, die nach seinem Treffen mit Viktor Orbán herausgegeben wurde, drückte der britische Premierminister Boris Johnson seinen „Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit Großbritanniens mit der Visegrád-Gruppe“ aus.
- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó sagte am Montag (31. Mai), dass die derzeit im Bau befindliche Impfstoffanlage in Ungarn auch den chinesischen Impfstoff

produzieren könne, was er als „strategischen Vorteil“ für Ungarn bezeichnete. „Ungarn und die Volksrepublik China sind seit 2017 strategische Partner“, es habe sich „in den letzten Monaten gezeigt, wie Ungarn von dieser strategischen Zusammenarbeit profitiert hat, deren Erfolg sich nun in geretteten Menschenleben messen lässt“, sagte er weiter. „Impfung ist keine ideologische oder geopolitische Frage, sondern ein Werkzeug, um Leben zu retten. Wenn in dieser Frage nicht Menschenleben auf dem Spiel stünden, könnten wir uns jetzt einfach und lautstark über diejenigen lustig machen, die allen möglichen Unsinn verbreiten, einschließlich des Unsinn über den chinesischen Impfstoff.“

- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó nahm am Dienstag, den 1. Juni, bei seinem Besuch beim israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu in Jerusalem kein Blatt vor den Mund: „Die Hamas und der Staat Israel wurden fast auf der gleichen Ebene behandelt, als ob die Hamas eine Art NGO wäre, und wir müssen klar sprechen: es ist eine terroristische Organisation, die Israel angegriffen hat [...] Israel ist unser Freund, unser Verbündeter, und es ist nur natürlich, dass wir, wenn es einen Angriff gibt, Israel, unseren Freund, verteidigen [...] Wir werden in Zukunft ganz sicher ein Veto gegen jede Erklärung oder Resolution einlegen, die Israel gegenüber unfair ist, die antiisraelische oder sogar antisemitische Untertöne hat [...] Israel wurde von einer terroristischen Organisation, der Hamas, angegriffen. Leider gab es in der internationalen politischen Arena nicht genug Mut, dies zu sagen [...] Aufgrund von Heuchelei und Doppelmoral hat die internationale Gemeinschaft Israel nicht verteidigt [...] Israel hat das Recht auf Selbstverteidigung [...] Wir bedauern, dass die Tatsache, dass Israel von einer terroristischen Organisation angegriffen wurde, bestritten wurde, wir bedauern, dass einige internationale Organisationen Israel und die Hamas auf der gleichen Ebene behandeln wollten, als ob die Hamas eine NGO wäre, und wir bedauern auch, dass internationale Organisationen nicht deutlich gemacht haben, dass Israel das Recht auf Selbstverteidigung hat... Ungarn hat mehrere Positionen, gemeinsame Erklärungen und Resolutionen in den EU- und UN-Institutionen mit einem Veto belegt, die gegenüber dem Staat Israel extrem unfair“ waren.
- Beamte des ungarischen Terrorismus-Präventionszentrums (TEK) haben am Dienstag, 1. Juni, einen 21-jährigen ungarischen „Konvertiten zum Islam“ festgenommen, der mehrere Terroranschläge geplant hatte. Laut einem ungarischen Polizeisprecher hatte sich die betreffende Person, „ein Student an einer Universität in der Hauptstadt“, „vorgenommen, eine selbstgebaute Bombe herzustellen und sie bei einer Massenveranstaltung in Budapest oder anderswo in Ungarn einzusetzen“ und war „bereit, terroristische Handlungen zu begehen, um die europäische Bevölkerung auf ungarischem Gebiet einzuschüchtern“.
- Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó besuchte am Donnerstag, den 3. Juni, das Internationale Wirtschaftsforum in St. Petersburg, wo er Gespräche mit dem russischen Industrie- und Handelsminister Denis Manturov führte, die in einer vorläufigen Vereinbarung für Russland mündeten, die Produktion des Impfstoffs Sputnik V in Ungarn zu erlauben. „Tatsache ist, dass sowohl Ungarn als auch Russland offen dafür sind, dass Ungarn Impfstoffe unter russischer Lizenz herstellt“, erklärte Szijjártó. „Wenn Ungarn davon profitieren kann, dann denke ich, ist es einen Versuch wert“.
- Ungarns „traditioneller“ Gay Pride soll am 24. Juli in Budapest stattfinden, aber die nationalistische Mi Hazánk-Bewegung arbeitet hart daran, die Veranstaltung zu vereiteln.
- Mehrere tausend Menschen demonstrierten am Samstag, den 5. Juni, in Budapest gegen den Bau eines Campus für die chinesische Fudan-Universität. Der

Bürgermeister von Budapest und Oppositionskandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, Gergely Karácsony, war einer der Redner.

- Am Freitag, den 4. Juni, verkündete Ministerpräsident Viktor Orbán in seinem traditionellen Interview im öffentlichen Rundfunk das Ende der Massenimpfkampagne und erklärte, dass es nun die Verantwortung eines jeden sei, sich impfen zu lassen oder nicht.

Polen

- Die polnische radikale feministische Pro-Abtreibungs-Bewegung Strajk kobiet (Frauenstreik) griff kürzlich auf ihrem Facebook-Account die polnischen Schullehrpläne an, weil sie angeblich die traditionelle Familie zu positiv darstellen, ein Modell, das die Organisation als „faschistisch“ betrachtet: „In den Bildern und im Text gibt es immer das Familienmodell, das auf einem faschistischen Modell basiert – eine Frau, ein Mann, Kinder, alle weiß, polnisch, nicht behindert, heterosexuell und cisgender, religiös und der katholischen Ordnung unterworfen.“
- Kreml-Sprecher Dmitri Peskow reagierte am 28. Mai scharf auf die Äußerungen des polnischen Präsidenten Andrzej Duda bei den Feierlichkeiten zum georgischen Unabhängigkeitstag am Mittwoch, den 26. Mai, in Tiflis. „Der Kreml ist der Meinung, dass die Rhetorik von Präsident Andrzej Duda, dass ‚Russland ein abnormales Land ist‘, inakzeptabel ist. Moskau ist bestrebt, positive Beziehungen zu allen seinen Nachbarn, einschließlich Warschau, zu pflegen“, sagte Peskow. In der Tat hatte Andrzej Duda in Georgien gesagt, dass „die aggressiven und imperialen Aktivitäten Russlands, die den Menschen die Möglichkeit zur Entwicklung nehmen, sie des normalen Lebens berauben und zur Zerstörung von Staaten führen, sowie der Weg zum Krieg von der internationalen Gemeinschaft nicht akzeptiert werden können [...] Russland ist kein normales Land, es ist kein Staat, der sich normal verhält. Es ist ein aggressiver Staat, und wir können das an Orten wie hier [in Georgien] sehen“, wobei er die Konflikte mit Südossetien und Abchasien anführt, zwei von Russland unterstützten separatistischen Regionen Georgiens.
- Das Ordo Iuris Institut eröffnete am 28. Mai das Collegium Intermarium, eine neue Privatuniversität in der polnischen Hauptstadt Warschau, die ab dem kommenden Oktober die künftige mitteleuropäische konservative Elite ausbilden soll.
- Laut einer am Dienstag, dem 1. Juni, veröffentlichten Umfrage des Instituts IBRiS würde die polnische Regierungskoalition der Vereinigten Rechten, angeführt von der PiS, im Falle von Wahlen an diesem Sonntag 40,3 % der Stimmen erhalten; demgegenüber würden 22,9 % auf die Bewegung Polska 2050 von Szymon Hołownia, 15,9 % auf die PO-Liberalen von Borys Budka, 9,4 % auf Lewica (Die Linke) und 7,3 % auf die rechte Opposition, vertreten durch die nationalistische Partei Konfederacja, entfallen.
- Nach der Ryanair-Affäre, bei der am 23. Mai ein weißrussischer Regimegegner im Zuge einer erzwungenen Flugzeuglandung in Minsk verhaftet wurde, sorgt nun ein ähnlicher Fall für Schlagzeilen. An diesem Montag, dem 31. Mai, wurde ein Flugzeug der polnischen Fluggesellschaft LOT, das sich auf dem Flughafen von St. Petersburg (Russland) auf den Start vorbereitete und bereits auf dem Weg zur Landebahn war, in letzter Minute von der russischen Polizei abgefangen, die das Flugzeug bestieg, um den russischen Oppositionellen Andrei Piwowarow zu verhaften, ein Mitglied der aufgelösten Bewegung „Offenes Russland“ des Oligarchen Michail Chodorkowski, ehemaliger Chef von Youkos, seit 2015 im Exil in London.
- Der polnische Präsident Andrzej Duda nahm am 26. Mai an den Feierlichkeiten zum Gedenken an die Unabhängigkeit Georgiens in Tiflis teil, wo er eine Rede hielt, die in bemerkenswerter Weise an die seines Vorgängers Lech Kaczyński während des kurzen russisch-georgischen Krieges von 2000 erinnerte, der damals sagte: „Heute

Georgien, morgen die Ukraine, übermorgen die baltischen Staaten, und dann, vielleicht, wird die Zeit für mein Land, Polen, kommen.“ „Deshalb bin ich heute hier bei Ihnen, und ich möchte noch einmal betonen, dass es in Europa und in der NATO genug Platz gibt, um unsere Freunde aus Osteuropa willkommen zu heißen: Georgien, die Ukraine und Moldawien. Gerade in der aktuellen Situation muss die Politik der offenen Tür der Europäischen Union und der NATO beibehalten werden“, sagte Andrzej Duda. „Polen [...] wird Georgien auf jede erdenkliche Weise unterstützen und die Integration Georgiens in die euro-atlantischen Strukturen fördern [...] Als Freund fordere ich Sie auf, auf dem Weg der Reformen und der Einhaltung europäischer Standards beharrlich zu sein. Wir und alle anderen, besonders im Westen, müssen uns daran erinnern, dass die europäische Kultur seit Tausenden von Jahren Teil dieser [georgischen] Zivilisation ist [...] Freiheit, Unabhängigkeit, Demokratie, Respekt und Solidarität sind die Regeln, die unsere Zusammenarbeit leiten. Georgier, wir warten auf euch in einem vereinten Europa, weil ihr seit Jahrhunderten Teil seines Erbes seid. Georgier, wir freuen uns darauf, euch in der NATO zu sehen, denn ihr seid eine stolze und mutige Nation, die Sicherheit und die Möglichkeit verdient, ihren Wohlstand friedlich aufzubauen.“

- Ein Prozess wegen Spionage zugunsten des chinesischen Geheimdienstes gegen den polnischen Cybersecurity-Experten Piotr Durbajlo und den ehemaligen Direktor der polnischen Abteilung des Huawei-Konzerns, Wei Qing-wang, hat am Dienstag, den 1. Juni, in Warschau – auf Antrag der Verteidigung hinter verschlossenen Türen – begonnen. Den Angeklagten drohen bis zu zehn Jahre Gefängnis.
- In einem Interview, das am Sonntag, den 30. Mai, von der konservativen Zeitschrift Do Rzeczy veröffentlicht wurde, bedauerte der Chefredakteur des Portals PCh24.pl, Krystian Kratiuk, die Entscheidung des polnischen Statistikamtes (Główny Urząd Statystyczny, GUS), die gleichgeschlechtliche Ehe in das aktuelle Volkszählungsformular aufzunehmen (obwohl sie in Polen nicht anerkannt ist): „Es ist schwer, diese Entscheidung zu verstehen, da die gleichgeschlechtliche Ehe im polnischen Rechtssystem nicht existiert. Der Präsident des Zentralen Statistikamtes wird wahrscheinlich erklären, dass ein solches System in den Rechtssystemen anderer Länder existiert und dass einige in Polen lebende Menschen es benutzen [...] Das ist ein großer Sieg für linke Propaganda und homosexuelle Aktivisten. Die meisten Polen sind mit dieser Art der zivilisatorischen Besonderheit der Homo-Ehe nicht einverstanden. ...] Ich bin überzeugt, dass dieser Tag ein Teil des Jahreskalenders der Homosexuellen-Lobby in Polen werden wird. Sie werden ihn als den Tag des ersten Sieges gegen „Faschismus und Intoleranz“ in Polen in der Geschichte ihrer Bewegung feiern, die darauf abzielt, unsere gesamte christliche Zivilisation zu stürzen.“
- Laut einer Studie des Instituts für gesellschaftliche Veränderungen, die am Freitag, den 28. Mai, veröffentlicht wurde, sind 51% der Polen für den Bau von Atomkraftwerken in Polen, gegenüber 30%, die dagegen sind. Die Anhänger der Bürgerlichen Koalition (KO) sind am meisten dafür (65%), vor den Anhängern der PiS (58%) und Polska 2050 (58%).
- Der konservative Journalist, der vom öffentlichen polnischen Fernsehen wegen seiner Kritik an der Anti-Covid-Politik der polnischen Regierung zensiert wurde, ist immer noch nicht auf Sendung. In einem am Mittwoch, dem 2. Juni, vom Portal Polonia Christiania veröffentlichten Interview erklärte er nicht nur, dass nicht bekannt ist, wann die Sendung „Es lohnt sich, darüber zu reden“ wieder ausgestrahlt wird: „Die Pandemie neigt sich langsam dem Ende zu, aber die Redaktion von ‚Es lohnt sich, darüber zu reden‘ steht immer noch unter Quarantäne [...] Wir sind jetzt schon den zweiten Monat nicht mehr auf Sendung. ...] Die Redaktion ist arbeitslos. Das fünfköpfige Team, mit dem ich arbeite, wurde seiner Existenzgrundlage beraubt.“

- Der dänische Betreiber Energinet gab am Donnerstag, den 3. Juni, bekannt, dass das dänische Environmental Appeal Board die Umweltgenehmigung für die Baltic Pipe am 31. Mai widerrufen hat. Eine Entscheidung, die das Projekt verzögern und Polens Pläne, sich vom russischen Gas zu lösen, vorübergehend durchkreuzen könnte.

Tschechische Republik

- Nach der tschechisch-russischen diplomatischen Krise, die sich am 17. April ereignete, nachdem die tschechische Regierung die Beteiligung russischer Dienste an der Explosion eines Munitionsdepots in Vrbětice im Jahr 2014 aufgedeckt hatte, verließen am Montag, den 31. Mai, 63 russische Diplomaten die Tschechische Republik.
- Die tschechische Polizei hat am Montag, den 31. Mai, beantragt, den tschechischen Ministerpräsidenten Andrej Babiš und seine ehemalige Beraterin Jana Mayerová wegen „Veruntreuung von EU-Geldern“ (in diesem Fall etwa zwei Millionen Euro) im so genannten Storchennest-Fall anzuklagen. Die Betreibergesellschaft gehörte zunächst der Agrofert-Gruppe – die Andrej Babiš gehört -, von der sie sich trennte, bevor sie EU-Subventionen erhielt und später wieder zur Agrofert-Gruppe gehörte. Andrej Babiš seinerseits wies die Vorwürfe gegen ihn rundweg zurück: „Es ist nicht überraschend, dass dieser Fall vor den Wahlen wieder auftaucht. Es ist eine Pseudo-Affäre, die vor 14 Jahren absichtlich und künstlich konstruiert wurde. Die polizeilichen Ermittlungen dauern seit fünf Jahren an. Es ist nie etwas passiert und ich weise diese sinnlosen Anschuldigungen zurück. Ich habe Vertrauen in das tschechische Justizsystem“, sagte er.
- Das tschechische Abgeordnetenhaus stimmte am Donnerstag einem Gesetzentwurf zu, der die Pflicht für Frauen aufhebt, die Endung -ová an ihren Nachnamen anzuhängen, lehnte aber einen Vorschlag der Piratenpartei ab, alle Hinweise auf das Geschlecht aus Ausweisdokumenten zu entfernen. „Wir sind vom Wohlstand geschwächt und denken uns Unsinn aus. Aber die Öffentlichkeit kommt damit zurecht. Der Steuerzahler hat andere Sorgen und Bedenken“, sagte der Oppositionsabgeordnete Jaroslav Foldyna (Freiheit und direkte Demokratie, SPD) zu diesem Thema.
- Am Montag, den 31. Mai, nahm die serbische Premierministerin Ana Brnabić am Nikola-Tesla-Flughafen in Belgrad am Abflug von 100.620 Dosen des von ihrem Land gespendeten Covid-Impfstoffs von Pfizer-BioNTech in die Tschechische Republik teil, während der tschechische Botschafter in Belgrad, Kuchta, ein paar Worte des Dankes sagte: „Serbien war immer unser Partner, es war uns immer nahe in Zeiten, in denen wir krank waren, und heute haben wir wieder einmal den Beweis, dass wir brüderliche Völker sind. Das ist es, was die Bürger der Tschechischen Republik fühlen und ich hoffe, dass die Bürger Serbiens das auch fühlen. Dieses Geschenk ist ein großes, großes Geschenk [...] Ich denke, wir werden diese großzügige Geste und Freundschaft nie vergessen.“

Slowakei

- Der Anti-Impf-Kampagne in der Slowakei geht die Luft aus. Während die Durchimpfungsrate in der Hauptstadt Bratislava 40 % erreicht hat, liegt sie in der Provinz bei 20 %.

Slowenien

- Am 1. Juni hat das Verfassungsgericht das Dekret über die Umbenennung der Tito-Straße für ungültig erklärt, und der Gemeinderat der Gemeinde Radenci wird in Übereinstimmung mit den Anweisungen derselben Entscheidung des Verfassungsgerichts das Dekret über die Umbenennung der Tito-Straße in Straße der slowenischen Unabhängigkeit erneut verabschieden.
- Am 2. Juni stimmten die Abgeordneten für ein neues Gesetz über den Straßenverkehr, das Plattformen wie Uber die Zulassung ermöglicht.
- Am 2. Juni entschieden die Richter des Verfassungsgerichts, dass Artikel 39(1)(2) und (3) des Gesetzes über ansteckende Krankheiten, auf dessen Grundlage die Regierung der Republik Slowenien Verordnungen zum Verbot bzw. zur Einschränkung von Bewegung und Versammlung erlassen hat, verfassungswidrig sind.
- Am 3. Juni empfing Staatssekretär Uroš Lampret den Botschafter der Tschechischen Republik in Slowenien, Herrn Juraj Chmiel. Der Besuch hatte einen Höflichkeitscharakter und erfolgte auf Initiative des tschechischen Botschafters im Hinblick auf das Geschäftstreffen slowenischer und tschechischer Unternehmen der Verteidigungsindustrie, das am 24. Juni 2021 in der Industrie- und Handelskammer Sloweniens stattfinden wird.
- Am 4. Juni kam es in Ljubljana erneut zu regierungsfeindlichen linken Protesten.
- Am 5. Juni nahmen Präsident Borut Pahor und der Premierminister an einer Heiligen Messe für die Opfer der Nachkriegsmorde und der kommunistischen Gewalt teil. Die Gedenkfeier fand vor der Kapelle der göttlichen Barmherzigkeit am Tatort in der Krenovo-Schlucht in Kočevje Rog (Hornwald) statt. Historikern zufolge soll es bis zu 30 000 Opfer der außergerichtlichen Tötungen der Zwischen- und Nachkriegszeit in mehreren Gräbern im Kočevje Rog gegeben haben, von denen die meisten, zwischen 15 000 und 20 000, in der Krenovo-Schlucht verscharrt wurden.
- Am 6. Juni wurden in Slowenien 1.329 PCR-Tests durchgeführt, wobei 57 Neuinfektionen bestätigt wurden. Der Anteil der positiven Tests beträgt somit 4,3 %.

Kroatien

- Am Sonntag, den 30. Mai, fanden in Kroatien Kommunalwahlen statt. Während die Linke die drei größten Städte des Landes (Zagreb, Split und Rijeka) gewann, setzten sich die Konservativen der Kroatischen Demokratischen Union (Hrvatska demokratska zajednica, HDZ) in 16 von 21 Gespanschaften (županija) durch und gewannen sogar die Gespanschaften Zagreb und Varaždin.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Wohin steuert Ostmitteleuropa?

Von Andreas Unterberger

09. 06. 2021



Bildquelle: Ungarn Heute

Sie sind liberal. Sie sind erfolgreich. Sie werden aber – genau deshalb – von den Mainstream-Medien in Westeuropa und vom EU-Parlament wild denunziert. Dabei ist **die Entwicklung der mittelosteuropäischen Reformländer in den drei Jahrzehnten der Freiheit nach vier Jahrzehnten kommunistischer Diktatur die wohl größte europäische Erfolgsgeschichte der jüngeren Vergangenheit.** Ob sie nun Ungarn oder Tschechien oder Polen oder Slowenien oder Slowakei heißen.

Das ist für **Österreich** freilich weniger erbaulich. Denn die Alpenrepublik **kann dadurch von Jahr zu Jahr weniger ein Wohlstandsgefälle gegenüber diesen Nachbarländern ausnutzen.** Was es ja lange von den Pflegerinnen bis zu den Bauarbeitern in hohem Ausmaß getan hat. Aber **neue Arbeitskräfte kommen kaum mehr nach.**

Es zahlt sich für sie nicht mehr aus, die Heimat zu verlassen.

Nachschub für diese Berufe muss Österreich schon in Rumänien oder in Nicht-EU-Ländern wie der Ukraine, Bosnien oder Moldawien suchen.

Die Umkehrung der Relation merkt man auch an der obersten Einkommensspitze. Zwei besonders spektakuläre Fälle kommen aus Tschechien. Einer tschechischen Unternehmergruppe ist es (mit Hilfe der österreichischen Staatsanwaltschaft) gelungen, die Kontrolle über den österreichischen Glücksspielkonzern Casinos Austria zu erlangen. Und ein weiterer tschechischer Investor ist gerade dabei, zu einem Haupteigentümer des großen österreichischen Immobilienkonzerns Immofinanz zu werden (der nicht nur durch den Buwog-Deal bekannt geworden ist).

Praktisch alle Osteuropäer profitieren heute von einer sehr akzentuiert freien Marktwirtschaft, also einer ohne sozialistische Einschränkungen.

Sie profitieren davon, dass sie viel **liberalere Staatswesen** geworden sind als jene im überregulierten und unter den zu groß gewordenen Wohlfahrts-Lasten stöhnenden Westeuropa. Und überdies profitieren sie davon, dass sie **trotz des heftigen Druckes aus Österreich und Deutschland nicht ihre Atomkraftwerke abgebaut** haben, sondern diese zum Teil sogar ausbauen. Angesichts der Strom-Zukunft in Deutschland, das alle Atom- wie Kohlekraftwerke abbaut, werden die osteuropäischen Atomstromexporte zum Goldstrom für diese Länder werden.

Speziell Ungarn entwickelt sich zu einem wirtschaftlich extrem spannenden Standort. Im Grund ist jeder Unternehmer ein schwachsinniger Feind seines eigenen Geldes, wenn er noch in Österreich aktiv ist, wo er bei höherem Einkommen 55 Prozent Einkommensteuer zahlen muss, während er in Ungarn eine **“Flat Tax” von nur 15 Prozent** zahlen muss, also einen Steuersatz, der immer gilt, wie viel jemand auch verdienen mag. Und die **Körperschaftssteuer** (also die Unternehmenssteuer vor Ausschüttungen an die Eigentümer) **beträgt gar nur 9 Prozent**, während sie in Österreich generell 25 Prozent ausmacht, wobei hier selbst bei Ausbleiben eines Einkommens eine Mindestkörperschaftssteuer zu zahlen ist.

Zwar strebt US-Präsident Joe Biden jetzt eine globale Vereinbarung über eine drastische Erhöhung der Mindeststeuern an, um sein gigantisches Billionen-Ausgabeprogramm finanzieren zu können. Es ist aber zweifelhaft, ob er damit global durchkommt, auch wenn die westeuropäischen Hochsteuerländer über seinen Vorschlag jubeln. Denn **die Osteuropäer wissen sehr genau, dass sie einen guten Teil ihres steilen Aufstiegs den – nicht nur in Ungarn – niedrigen Steuersätzen zu verdanken haben.** Aber auch in den USA wird Biden nur sehr schwer im Kongress eine Mehrheit für Steuererhöhungen bekommen.

In Österreich gibt es kaum eine Diskussion darüber, dass die Steuersätze zu hoch sind. Bei der ÖVP taucht zwar hie und da der Wunsch nach Steuersenkungen auf, aber es wäre vermessen zu sagen, dass ihr das wirklich ein prioritäres Anliegen ist. Bei der FPÖ sind seit den Zeiten Jörg Haiders solche Diskussion überhaupt nicht mehr geführt worden. Und **Rot und Grün sind sowieso vehemente Befürworter noch höherer Steuern.**

Es ist daher absolut absurd, Ländern wie Ungarn abzusprechen, dass sie liberal sind. Sie sind sogar um Eckhäuser liberaler als die westeuropäischen Länder. Für die wenigen wirklich liberalen Politiker im Westen, wie etwa jene der deutschen FDP, wären Steuersätze wie in Ungarn Weihnachten, Silvester, Geburtstag und Hochzeitstag gleichzeitig. Sie wagen aber gar nicht mehr, solche Wünsche auch nur laut auszusprechen.

In Ungarn gibt es auch über die (ebenso in anderen mittelosteuropäischen Ländern eingeführte) Flat tax hinaus noch **andere nachahmenswerte Regelungen.** So brauchen dort **wie in Polen Menschen vor ihrem 25. Geburtstag künftig überhaupt keine Einkommensteuer zu zahlen**, was ihnen die Gründung von Familien oder Start-Up-Unternehmen erleichtern wird. So wird **Frauen mit vier Kindern die Einkommensteuer ganz erlassen.** So gibt es überaus **großzügige Förderungen für Familien, wenn sie sich ein Haus oder ein familiengerechtes Auto kaufen.**

So ist Ungarn mit einer Familienförderung von 5 Prozent des BIP das kinderfreundlichste Land der Welt (wodurch das Land in der Tat eine überdurchschnittliche Steigerung der Kindergeburten erreicht hat).

Aber wie kann man nur Ungarn loben, werden nun mache sagen! **Dreht es doch gerade Rechtsstaat und Demokratie ab, wie man regelmäßig von Linkspolitikern im EU-Parlament hören kann!**

Diese Vorwürfe sind freilich infamer Nonsens. Was sich an vielen Fakten zeigen lässt. Um beim gravierendsten zu beginnen: Es gibt weder in Ungarn noch in einem der anderen postkommunistischen Staaten politische Häftlinge – in einem westlichen EU-Land hingegen sehr wohl, nämlich in Spanien. Aber ohne dass das EU-Parlament oder der EU-Gerichtshof dort protestiert hätte.

In Ungarn gibt es im Gegensatz zur Behauptung einer Abschaffung der Medienfreiheit auch sehr wohl jede Menge oppositioneller Medien.

Dass es viele sind, hat man unlängst auch daran sehr konkret merken können, als gleichzeitig **mit einer neuen Welle von Klagen linker EU-Plattformen über das angeblich Ende der Pressefreiheit in Ungarn gleich 28 sich als unabhängig bezeichnende ungarische Medien einen Protestbrief gegen die Regierung veröffentlicht haben.**

Das beweist ziemlich klar, dass es zumindest 28 regierungskritische Medien in Ungarn gibt. Dieses Faktum ist auch dadurch nicht aus der Welt zu schaffen, dass im Vorjahr eine regierungskritische Radiostation ihre Lizenz verloren hat, weil sie laut Gerichtsurteil gegen Rechtsvorschriften verstoßen hat.

Interessant ist aber auch, worüber sich die 28 beschwert haben: nämlich darüber, dass Journalisten während der Corona-Pandemie das Betreten von Spitälern verboten worden ist. Das ist nun ein Verbot, dessen Sinn die allermeisten Menschen als sehr einleuchtend empfinden. **Offenbar kann man aber Orbán nichts Schlimmeres vorwerfen, als diese in Pandemiezeiten durchaus verständliche Maßnahme.**

Ernster zu nehmen ist allerdings, dass regierungsfreundliche Medien von regierungsfreundlichen Unternehmern überproportional mit Inseraten finanziert werden. Das stinkt ein wenig. Jedoch: **Es ist eine Infamie, wenn dieser Vorwurf ausgerechnet von österreichischen Journalisten erhoben wird. Denn hier passiert dasselbe in noch viel größerem Umfang.** Noch dazu nicht durch selbständige Unternehmer, sondern durch Steuergelder, die von Politikern freihändig an ihnen wohlwollend gegenüberstehende Medien vergeben werden. Für Inserate. Für "Kooperationen".

Dabei hat sich die jetzige Bundesregierung vor allem im letzten Jahr mit Corona-Inseraten unrühmlich hervorgetan. Es ist mehr als fragwürdig, ob die alle wirklich einen Informationswert hatten. So sehr in Zeiten der Pandemie auch die Intensivierung der Regierungsinformation zweifellos legitim und notwendig gewesen ist, so sind jedenfalls Inserate mit dem bloßen Wort "Danke" ein reiner Hohn.

Fast genauso schlimm haben es auch die Freiheitlichen getrieben, als sie in der Regierung waren. Das wurde jetzt insbesondere durch die von der FPÖ nominierte Außenministerin Karin Kneissl offenkundig, die davon berichtete, wie der FPÖ-Obmann H.C. Strache sie unter Druck gesetzt hatte, aus parteipolitischen Gründen (und nicht zu irgendwelchen Informationszwecken) mehr Inseratengeld an Zeitungen und andere Medien fließen zu lassen.

Insgesamt noch schlimmer treiben es die Bundesländer, mit der Gemeinde Wien an der in jeder Hinsicht unrühmlichen Spitze. Beim Wiener Rathaus hat sich auch durch die jeweiligen

Koalitionspartner nichts zum Besseren geändert, ob die nun schwarz, grün oder pink gefärbt waren.

Aus all diesen Gründen sind all die von den diversen linken Plattformen gegen Ungarn gerichteten Attacken nur lächerlich.

Eine ganz andere, viel problematischere Frage ist die außenpolitische Orientierung Ungarns. vor allem Richtung China:

- Ungarn hat dieser Tage eine notwendige **Protestnote** der EU **gegen** die vielen Rechtsverletzungen Chinas mit einem Veto blockiert.
- Es hat auch als erstes Land einen **chinesischen Corona-Impfstoff importiert**.
- Es **holt** jetzt überdies eine **chinesische Elite-Uni ins Land**.

Nun sind zweifellos chinesische Unis in mancherlei Disziplinen exzellent. Nun hat gewiss jedes EU-Land selbst das Recht zu entscheiden, ob es bei EU-Resolutionen mitzieht. Nun ist absolut nachvollziehbar, dass Ungarn angesichts seiner sehr schlechten Corona-Zahlen und der monatelangen EU-Verspätung nach jedem verfügbaren Impfstoff gegriffen hat.

Aber dennoch ist die Summe dieser Signale Richtung China besorgniserregend. Sie fällt umso mehr auf, als China sich in den letzten Jahren schon eine Reihe anderer Länder gekauft hat – entweder “nur” wirtschaftlich unter dem Vorwand “Neue Seidenstraße” oder auch politisch. Es wäre angesichts der dramatisch negativen Entwicklung in China selbst absolut unerfreulich, **sollte sich Ungarn zu einem Einfallstor für China in der Mitte Europas entwickeln.**

Eine solche Politik Ungarns wäre freilich politisch nicht ganz unverständlich. Angesichts der ständigen politischen Provokationen der von der Merkel-CDU und Figuren wie Othmar Karas unterstützten Linken gegen Ungarn ist es naheliegend, dass der **politische Vollprofi Viktor Orbán dann halt Kontakte außerhalb der EU sucht**. Was er auch mehrfach versucht hat:

- Dabei war **China** mit seinem dicken Geldbeutel zweifellos naheliegend.
- Naheliegend wären freilich auch die **USA**, aber dort haben die Ungarn keinen Freund mehr, nachdem Orbán allzu stark auf Donald Trump gesetzt hat, und Nachfolger Joe Biden sowieso ein williges Ohr für alle linken Verschwörungstheorien zeigt.
- Die Kontaktversuche Orbáns Richtung **Türkei** haben trotz der angeblich gemeinsamen Sprachwurzeln wenig gebracht.
- Naheliegend ist trotz der eindrucksvollen antikommunistischen Vergangenheit Orbáns auch **Russland**. In der Tat spricht Orbán nie so kritisch über das Putin-Russland wie etwa Tschechien oder Polen.
- Aber er hat jetzt doch **eine gemeinsame antirussische Erklärung aller neun exkommunistischen EU-Länder mitunterschrieben**. Denn die Zugehörigkeit zu diesem zusammenwachsenden Block ist für ihn zweifellos das Wichtigste.

In der Innenpolitik muss sich Orbán nächstes Jahr Wahlen stellen. Gegen ihn hat sich eine extrem seltsame Bilanz formiert:

Alle Linksparteien, ob rot, ob grün, ob linksliberal, ob postkommunistisch, bilden dabei eine enge Allianz mit der zum Teil offen antisemitischen Jobbik-Partei. Die Jobbik-Partei steht ganz eindeutig weit rechts von FPÖ oder AfD – dennoch kritisieren weder die roten, noch

die grünen, noch die gelb-pinken Parteiverbände in der EU eine Kooperation ihrer Schwesterorganisationen mit dieser Partei. Bei AfD und FPÖ bekommen sie hingegen sofort Schaum vor dem Mund.

Ziemlich widerlich, wenn man das Verhalten dieser Parteiverbände gegenüber Ungarn mit jenem gegenüber den beiden rechtspopulistischen Parteien im deutschen Sprachraum vergleicht. Die Lehre daraus ist eindeutig: Es geht ihnen bei ihrem "antifaschistischen" Gelabere rein um parteitaktische Spielchen.

Dieses Spiel wird ihnen freilich durch Orbán selber erleichtert, der den Fehler begangen hat, seine Politik als "illiberal" zu bezeichnen. Dabei ist sie ja, wie oben gezeigt, näher zum klassischen Liberalismus, zu den liberalen Obergöttern Hayek und Friedman, als die irgendeines westeuropäischen Landes.

Orbán hat sich mit diesem Ausdruck eigentlich von seinen linksliberalen Gegnern in Ungarn abheben wollen. Diese verwenden das Wort "liberal" nämlich im amerikanischen Sinn, also erstens auf der ersten Silbe betont, und zweitens als Vokabel zur Tarnung sozialistischer Politik. Damit hat die Linke wieder einmal eine Politik der totalen Sprachverwirrung betrieben – freilich eine (mit Hilfe der Medien) sehr erfolgreiche.

Dieser Beitrag erschien zuerst 15. Mai 2021 bei [ANDREAS UNTERBERGER](#).

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Tschechische Republik und Slowakei unterstützen Sloweniens Präsidentschaftspläne im Bereich Inneres

04. 06. 2021



Minister Aleš Hojs und Jan Hamáček · *Bildquelle: gov.si*

Im Rahmen der Vorbereitungen auf die slowenische EU-Ratspräsidentschaft traf sich Innenminister Aleš Hojs gestern mit seinem tschechischen Kollegen Jan Hamáček in Prag. Er setzte den Arbeitsbesuch in Bratislava mit einem Treffen mit dem slowakischen Minister Roman Mikulec fort.

Er erläuterte seinen Kollegen die Prioritäten der slowenischen Ratspräsidentschaft im Bereich Inneres, wo es vor allem darum gehen wird, bei den Verhandlungen über die Rechtsinstrumente, die Teil des Migrations- und Asylpakts sind, geeignete Lösungen zu finden. Minister Hojs äußerte den Wunsch, dass nach den langwierigen und schwierigen Verhandlungen über den Pakt Fortschritte erzielt werden, und sagte: „Wir wollen Fortschritte beim Vorschlag für eine Verordnung über die EU-Asylagentur und eine Stärkung des Mandats des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO), das Mitgliedstaaten unter Migrationsdruck operativ unterstützt“. Die Tschechische Republik und die Slowakei teilen die Position Sloweniens zur Migration: Sie befürworten Fortschritte in der externen Dimension und effektivere Maßnahmen zur Rücksendung von illegalen Migranten.

„Eine der Prioritäten wird die Stärkung des Schengen-Raums sein“, sagte Minister Hojs, bevor er hinzufügte, dass „gerade heute die Europäische Kommission ihre Strategie für die Zukunft von Schengen vorgestellt hat, die die Grundlage für künftige Diskussionen während der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft sein wird“.

Wir werden uns bemühen, ein hohes Maß an Sicherheit in der gesamten EU zu gewährleisten, was wir durch eine Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit und des Informationsaustauschs erreichen wollen. Eines der wichtigsten legislativen Instrumente, bei dem wir Fortschritte sehen wollen, ist die überarbeitete Europol-Verordnung, die Slowenien unterstützt. „Auch die Tschechische Republik und die Slowakei unterstützen sie

im Prinzip, obwohl wir uns auf Expertenebene noch auf einen Kompromisstext einigen müssen. Wir wollen ein gestärktes Mandat für die Agentur, das insbesondere Mitgliedstaaten mit kleinen Verwaltungssystemen bei der Analyse großer Datenbanken helfen kann. Wichtig ist auch eine stärkere Rolle der Agentur bei der Innovation und Entwicklung modernster polizeilicher Instrumente.“

Regional wird der Schwerpunkt auf dem Westbalkan liegen, wo wir uns um eine Intensivierung der polizeilichen Zusammenarbeit bemühen werden, insbesondere bei der Prävention und Untersuchung von sexuellem Kindesmissbrauch und vermissten Personen.

Der tschechische und der slowakische Minister brachten ihre Unterstützung für die Pläne der slowenischen Ratspräsidentschaft im Bereich Inneres zum Ausdruck und versprachen eine konstruktive Haltung bei den Verhandlungen.

Quelle: gov.si

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) György Bakondi: Der Migrationsdruck steigt auf allen europäischen Routen

04. 06. 2021



Immer mehr illegale Einwanderer kommen an der Südgrenze unseres Landes an -
Foto: MTI

Der Experte sagte, dass auch die Aktivität von NGOs, die Migranten helfen, zugenommen hat

Solange Europa seine Außengrenzen nicht schließe, werde es immer Menschen geben, die versuchen, illegal einzureisen, sagte der Chefberater des Premierministers für Innere Sicherheit, György Bakondi, am Mittwoch in in der Sendung „Guten Morgen, Ungarn!“ von Radio Kossuth. Laut Bakondi hat der Migrationsdruck auf allen europäischen Routen zugenommen.

Unter Ausnutzung des politischen Streits zwischen Marokko und Spanien würden immer mehr Menschen illegal über Spanien nach Europa einreisen. Die Situation auf der italienischen Migrationsroute sei ähnlich.



Zwei Hauptrouten führen über das Mittelmeer nach Europa · Foto: MTI

Beide Länder hätten eine Diskussion über die Migrationssituation im Europarat initiiert, wo die Migrationsstrategie der EU derzeit gestaltet wird.

Zur Migrationsroute aus der Türkei erklärte der Sicherheitsberater, dass die Situation dort stark von der Entwicklung der türkisch-griechischen Beziehungen beeinflusst wird, die derzeit von politischen Spannungen unterschiedlicher Intensität geprägt sind. Deshalb ist diese Migrationsroute überlastet und diejenige, über die die meisten Menschen an der ungarischen Grenze ankommen.

In diesem Jahr wurden mehr als 38.000 illegale Einwanderer von den ungarischen Behörden aufgegriffen, im Vergleich zu nur etwa 10.000 im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

György Bakondi sagte, dass Ungarn in dieser Frage eine klare Position eingenommen habe: „Wir wollen nicht mit Menschen leben, die von einer Organisation der Europäischen Union mit dem Ziel hierher geschickt werden, dass wir sie hier zu behalten haben. Wir sind der Meinung, dass diejenigen, die nach Ungarn einreisen, keine illegalen Migranten sein dürfen und nicht von der organisierten Kriminalität transportiert werden dürfen. Sie können jedoch dann hier einreisen, wenn sie von den ungarischen Behörden die Erlaubnis dazu erhalten haben.“

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Klares Nein zu Binnen-I und Gender-Stern

Die „Kronen Zeitung“, mit Abstand auflagenstärkste Tageszeitung Österreichs, nahm sich am vergangenen Samstag eines überaus wichtigen Themas an, wie der Titel verrät. Im Blattinnenteil ist der Gender-Thematik eine ganze Doppelseite gewidmet – besonders bemerkenswert ist dabei die Leser-Antwort auf die Frage „Halten Sie Gendern für sinnvoll?“ **95% verneinen das** – und lassen sich von den restlichen 5% „pflanzen“?



Immer mehr bei uns gegen das Gendern

Eine aktuelle Akonsult-Studie bestätigt: Die Österreicher sagen eindeutig Nein zu Binnen-I und Gender-Sternchen. Auch unsere deutschen Nachbarn haben die gleiche Sichtweise auf das Thema.

20% unterstützen geschlechtsneutrale Sprache
66% lehnen Binnen-I oder das Sternchen ab
56% glauben nicht, dass Gendersprache Frauen fördert



Der Stud-Enterich findet, man könnte das „Binnen-I“ sinnvoller verwenden. Zum Beispiel als ... Zebrastreifen.



Das deutsche Duden gendert – daher die Spaßgebilde DUDIN (rechts). Das Österreichische Wörterbuch (links) verzichtet auf weibliche Bezeichnungen.



38 Prozent der Befragten halten Binnen-I und Co. für unsinnig. 87 Prozent sind für die Maßfreiheit. Wenn es jemand machen soll, er oder sie die Texte gendern – oder eben nicht.

Interview
Migrationsforscherin an der WU Judith Kohlenberger.

„Sprache verändert die Wahrnehmung“
Die Wiener Migrationsforscherin Judith Kohlenberger verfasste ihr Sachbuch „Wir“ mit Gendersternen und erhält dafür positive Resonanz.

strächlich nicht die Hälfte der Weltbevölkerung ausschließen sollte.
Warum das Sternchen und nicht das Binnen-I?
Einerseits ist das Sternchen inklusiver, weil es Raum für nicht-binäre Geschlechtsidentitäten (Non-Binary) lässt, die sich weder als männlich noch als weiblich beschreiben wollen.

Interview
Tomas Kabelek, Lehrer aus Niederösterreich und Autor.

„Binnen-I ersetzt nicht Frauenpolitik“
Gegen Binnen-I und Sternchen argumentiert der Lehrer Tomas Kabelek aus Melk (NÖ). Er ist Autor des Buches „Gendern geht nicht“.

17) CDU-Politiker fordert eine deutsche Version der österreichischen „Landkarte des politischen Islam“

06. 06. 2021



Bildquelle: Remix News

Der Kampf gegen den politischen Islam ist seiner Meinung nach eine wichtige Aufgabe

Der CDU-Politiker Hans-Jürgen Irmer hat eine „Landkarte des politischen Islams“ für Deutschland gefordert und sich dabei auf das aktuelle Projekt der Universität Wien und der Dokumentationsstelle Politischer Islam bezogen, das mehr als 600 muslimische Organisationen, Vereine und Moscheen auf einer „Islamkarte“ in Österreich auflistet.

„Der Kampf gegen den politischen Islam ist eine wichtige Aufgabe. So etwas sollte es auch in Deutschland geben“, so der Bundestagsabgeordnete gegenüber der [Jungen Freiheit](#).

„Österreich zieht die richtigen Schlüsse“, betonte Irmer. Es sei richtig und wichtig, „Erkenntnisse zu gewinnen, zum Beispiel darüber, wer wo sitzt und welche Funktionen er hat“. Es ergänze das vor wenigen Wochen von der Unionsfraktion beschlossene Maßnahmenpaket gegen „politischen Islamismus“. In dem Positionspapier heißt es unter anderem, dass die Finanzierung von Moscheen aus dem Ausland transparenter gemacht werden müsse. Ausserdem soll die staatliche Zusammenarbeit mit Organisationen des politischen Islam beendet werden. Bund, Länder und Kommunen müssten auch bei der Präventionsarbeit enger zusammenarbeiten.

18) Muslimischer Verband kündigt Klage an

An dem Projekt „Landkarte des politischen Islam“ werde noch gearbeitet, heißt es auf der Website des Projekts. Österreich hat dem politischen Islam nach dem islamistischen Terroranschlag in Wien im vergangenen November den Kampf angesagt

Die Muslimische Jugend Österreich kündigte eine Klage gegen das Projekt an. Österreichische Islamverbände und linke Politiker hatten zuvor kritisiert, dass das Projekt die Sicherheit von Vertretern des Islam in Österreich gefährde und Vorurteile gegen Muslime geschürt würden.

Integrationsministerin verteidigt „Islamkarte

Die österreichische Integrationsministerin Susanne Raab (ÖVP) wies die Vorwürfe zurück.

„Es geht keineswegs um einen Generalverdacht gegen Muslime“, sagte sie. „Es geht um den gemeinsamen Kampf gegen den politischen Islam als Nährboden für Extremismus.“

Auch mögliche Sicherheitsbedenken sieht sie nicht.

„Wenn Sie jetzt sagen, Sie gründen einen islamischen Verein, wollen aber nicht, dass jemand weiß, was Sie tun und wer Sie sind, dann zeigt das genau das Problem, nämlich dass Sie lieber in privaten Hinterzimmern predigen“, erklärte sie.

Die Ministerin fügte hinzu, dass die Erstellung der Karte auch im Interesse derjenigen Muslime sei, die mit extremistischen Strömungen nichts zu tun haben wollen.

„Sie sollen auch wissen, in welche Moschee sie gehen und welche Strukturen und Ideologien dahinter stehen“, erklärte sie.

Quelle: [Remix News](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

19) Deutschland: Selbst die Regierungskoalition will nichts mehr von Verteilungsquoten für Migranten wissen

07. 06. 2021



Illegale Einwanderer, die mit einem Sonderzug aus Freilassing auf der deutschen Seite der deutsch-österreichischen Grenze in Schönefeld ankommen, am 18. September 2015 - Fotoquelle: MTI / Magyar Nemzet

Die deutsche Regierungskoalition lehnt die Forderung Italiens nach einer Umsiedlung der ankommenden Flüchtlinge ab

Sowohl die Christlich-Demokratische Union (CDU) als auch die Sozialdemokratische Partei (SPD) betonen, dass die Migrationssituation in Italien noch nicht so gravierend sei, dass Hilfe aus anderen Mitgliedsstaaten benötigt wird, obwohl sowohl die Liberal-Demokratische Partei (FDP) als auch die Grünen eine anteilige Verteilung vorschlagen.

CDU-Sprecher Thorsten Frei wies darauf hin, dass bis Ende April rund 38.000 Asylanträge in Deutschland gestellt worden seien.

Auch Lars Castellucci, migrationspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, sagte, Italien brauche derzeit keine Hilfe. Die asylpolitische Sprecherin der Grünen, Luise Amtsberg, hat dagegen bereits gesagt, dass die deutschen Städte bereit sind, Migranten aufzunehmen:

Deutschland muss sich an dem temporären Verteilungsmechanismus beteiligen und im Verhältnis zu seiner Bevölkerung etwa ein Viertel der Migranten aufnehmen.

Stephan Thomae, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, ergänzte die Aussage der Grünen, dass sich mindestens zehn EU-Mitgliedsstaaten, die bereit sind, Migranten Asyl zu gewähren, zusammensetzen sollten.



Von der libyschen Küstenwache aufgegriffene Migranten nach Europa sprechen mit Mitarbeitern der Internationalen Organisation für Migration im Hafen von Tripolis am 9. Mai 2021 · Foto: MTI / Internationale Organisation für Migration

EU-Innenkommissarin Ylva Johansson hatte zuvor die Mitgliedsstaaten aufgefordert, Italien bei der Lösung der Migrationssituation zu helfen.

Sie erinnerte daran, dass Mitte Mai mehr als zweitausend Migranten an einem Tag die Insel Lampedusa erreichten, während die italienischen Behörden seit Jahresbeginn bereits mehr als dreizehntausend Migranten registriert hatten, was einer Verdreifachung der Zahl des Vorjahres entspricht.

Nach früheren Presseberichten befinden sich mindestens neunhunderttausend Migranten in Libyen, aber die Migrationsrouten können von den lokalen Behörden nicht immer kontrolliert werden.

Die Mehrheit, vor allem Afghanen und Syrer, will aber nicht nach Italien, sondern vor allem nach Deutschland.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

20) Kroatien braucht die Polen und die Polen brauchen Kroatien

02. 06. 2021



Bildquelle: Remix News

Dank der Verbindungen mit Kroatien kehrt die nationale Fluggesellschaft Polens langsam zur Normalität zurück, schreibt Marcin Wikłó auf dem Internetportal WPOLITYCE.PL.

Fotos von einer polnischen LOT-Passagiermaschine, die auf dem kroatischen Flughafen Zadar ankommt, machen die Runde. Interessanterweise sind dies keine Archivfotos, sondern Anzeichen dafür, dass wir langsam aber sicher in die Welt vor der Pandemie zurückkehren, in der Flugreisen etwas Normales waren.

Kroatien braucht die Polen und die Polen brauchen Kroatien. Das zeigt sich deutlich in der Statistik. Im Rekordjahr 2019 wählten fast eine Million Polen Kroatien als Urlaubsziel. Dann kam der Virus und diese Zahlen waren nicht mehr zu halten, aber der Rückgang war vergleichsweise gering (immerhin noch mehr als 600.000 Menschen im Jahr 2020). Das bedeutet, dass sich die Polen in Kroatien wohlfühlen und die Kroaten in der Lage sind, in solch schwierigen Zeiten für Sicherheit zu sorgen.

Der Einweihungsflug nach Zadar sollte ein Symbol dafür sein, dass das Schlimme hinter uns liegt und die Chance besteht, dass sich die Tourismusbranche nach der Zerstörung durch das Coronavirus langsam wieder erholt. Aus diesem Grund waren die größte Gruppe an Bord des Flugzeugs Vertreter von Tourismusunternehmen. Alle waren von der leicht verständlichen Euphorie ergriffen, als wir nach einem Jahr der Isolation endlich durch die Wolken brachen.

Natürlich sagen uns die Zahlen nicht alles und das Virus ist noch nicht vollständig besiegt. Deshalb sprechen wir von vorsichtigem Optimismus. Die fortschreitenden Impfprogramme, nicht nur in Polen, lassen uns mutig nach vorne blicken, doch die erwartete vierte Welle gibt uns nicht das Recht, entscheidende Pläne zu schmieden. In einer solchen Situation müssen wir Schritt für Schritt vorgehen. Für den polnischen Nationalcarrier und polnische Unternehmen ist der Flug nach Zadar jedenfalls der Beginn einer völlig neuen Reiseroute.

LOT-CEO Rafał Milczarski war von Journalisten oft gebeten worden, etwas Konkretes zu versprechen; bestimmte Zahlen oder Pläne zu nennen. Das hat er nicht getan, und angesichts der derzeitigen unsicheren Lage kann man seine Entscheidung verstehen.

Bevor die Luftfahrtindustrie wieder ordentliche Einnahmen erzielt, und ich bin mir sicher, dass sie das irgendwann tun wird, muss ein Wandel in den Köpfen der Passagiere stattfinden. Wir, die Touristen, müssen sicher sein, dass wir uns nicht in Gefahr begeben.

Milczarski hat keine detaillierten finanziellen Perspektiven verraten, aber er hat verraten, dass er zusammen mit seiner großen Familie und mit Rücksicht auf deren Sicherheit seinen Sommerurlaub in Kroatien verbringen wird. Für mich könnte es keine bessere Empfehlung geben.

Ich wiederhole: Kroatien braucht die Polen und die Polen brauchen Kroatien. Das nennen wir im Geschäftsleben eine Win-Win-Situation.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

21) Distanziert sich Tschechien von der Drei-Meeres-Initiative?

15. 06. 2021



Bildquelle: Trimarium.org

„In der Tschechischen Republik herrscht die Meinung vor, dass die Drei-Meeres-Initiative (Three Seas Initiative, 3SI) eher eine Bedrohung als eine Chance darstellt“. – analysiert Prof. Piotr Bajda in einem Bericht für *3 Seas Initiative Insight*. Er erklärt, dass nach Ansicht Prags eine stärkere Beteiligung an der Initiative zum Verlust seiner Position in der Region oder zu einer Verschlechterung seiner Beziehungen zu Deutschland und der Europäischen Union führen könnte.

Der Autor des Berichts weist deutlich darauf hin, dass die tschechische Regierung immer noch nicht definiert hat, welche Bedeutung 3SI für ihre Regionalpolitik hat und welche Rolle die Tschechische Republik selbst in diesem Projekt spielen soll. Der Politikwissenschaftler beschreibt, dass die Initiative praktisch in der gesamten tschechischen politischen Szene keine Begeisterung hervorruft.

Zemans Ansatz

Piotr Bajda schreibt in dem Bericht, dass Miloš Zeman selbst sowie die politischen Kreise um den tschechischen Präsidenten – Kommunisten von der KSČM und Populisten von der Partei Freiheit und Direkte Demokratie – wenig oder kein Engagement für 3SI-Projekt zeigen. „Distanziert von der Initiative ist selbst das scheinbar am meisten interessierte Präsidentenlager. Auf der Website von Präsident Zeman wird in der Rubrik, in der die Aktivitäten des Staatsoberhauptes vorgestellt werden, nicht einmal seine Teilnahme an den letzten beiden 3SI-Gipfeltreffen erwähnt“, heißt es in der Analyse.

Die tschechischen Kommunisten von der KSČM, die Zeman unterstützen, sind sogar noch feindseliger gegenüber der Idee. Piotr Bajda zählt auf, dass die Partei auf ihrer Website zwar dreimal auf 3SI verweist, dies aber immer im Zusammenhang mit der US-Außenpolitik tut. Der Analyst merkt an, dass die Gruppierung zum ersten Mal während des Besuchs von Präsident Donald Trump 2017 beim 3SI-Gipfel in Warschau im Juli auf die Initiative Bezug nahm und behauptete, dass dort „russophobe Aussagen zur Unterstützung der 3SI und zur führenden Rolle Polens“ gemacht wurden.

Die nächsten Links sind nicht besser, denn die tschechischen Kommunisten schreiben zuerst, dass es sich um ein geopolitisches Projekt handelt, das „unter dem Deckmantel der Energiesicherheit darauf abzielt, überbezahltes amerikanisches Flüssiggas aus dem Gashafen Swinemünde (Swinoujście) zu verteilen“, um später offiziell zu bestätigen, dass sie die 3SI nicht unterstützen werden, weil sie „ein amerikanisches Projekt ist, das darauf abzielt, den energiepolitischen und militärischen Einfluss der USA in Europa zu stärken“.

SPD und das politische Umfeld von Babiš

Eine ähnliche Position sieht Prof. Bajda auch im Fall der zweiten der pro-russischen und pro-chinesischen Parteien, die die Sympathie von Präsident Zeman genießt. Laut dem Analysten erwähnte die Partei Freiheit und direkte Demokratie (Svoboda a přímá demokracie, SPD) das 3SI-Projekt nur ein einziges Mal und das auch nur in Bezug auf die tschechisch-amerikanischen Beziehungen. Der Text enthält den Kommentar der Gruppe nach dem Treffen des Ministerpräsidenten Andrej Babiš mit dem amerikanischen Außenminister Antonio Blinken; dieser Kommentar wirft der tschechischen Regierung vor, das Diktat der USA in der militärischen oder energetischen Zusammenarbeit zu akzeptieren. Die SPD ist überzeugt, dass die amerikanische Administration auf diese Weise das 3SI-Projekt ausnutzt und die Wahl Tschechiens für günstigere chinesische oder russische Angebote beschränken will, analysiert Bajda.

Im Fall von Andrej Babiš und seinem Kabinett erklärt der Autor des Berichts, dass sowohl der tschechische Premierminister als auch die Parteien, die die Regierungskoalition bilden (die ANO-Gruppe und die tschechischen Sozialdemokraten von der ČSSD), der 3SI ebenfalls nicht viel Raum widmen.

Die Haltung der Opposition

Piotr Bajda sieht bei der tschechischen Opposition eine ähnliche Haltung gegenüber der Initiative. „Die liberale Piratenpartei spricht das Thema überhaupt nicht an, und das andere Oppositionslager um die konservative ODS tut sich ebenfalls nicht hervor und hält eine ähnliche Distanz“, so Bajda. Er stellt fest, dass nur einer der Parteiführer, Alexandr Vondra, sich zu diesem Thema geäußert hat.

Er zitiert Vondra: „Die 3SI ist ein wichtiges polnisch-rumänisch-kroatisches Projekt, dessen Hauptziel der Aufbau einer Nord-Süd-Kommunikationsinfrastruktur im Interesse der gesamten Region ist, da die bisherigen Ost-West-Investitionen vor allem Deutschland und Russland zugute kamen. Die deutsche Beteiligung am Bau von Nord Stream 2 der 3SI gibt als Antwort auf die Bedrohung der Energiesicherheit und die hybriden Aktivitäten Russlands in der Region zusätzlichen Auftrieb.“ Bajda erwähnt zugleich, dass der zitierte Politiker von einigen Kommentatoren als Typus eines zukünftigen Außenministers angesehen wird.

Die Idee des tschechischen Präsidenten fand keine Resonanz

Wie bereits zitiert, glaubt Piotr Bajda, dass „die Quelle der Probleme bei der Definition der Haltung der Tschechischen Republik gegenüber der 3SI in der fehlenden Definition der Rolle liegt, welche die 3SI in der tschechischen Außenpolitik spielen soll. Die zitierte tschechische Politik zeigt Schwäche gegenüber der Initiative im Zusammenhang mit der Realisierung des Oder-Elbe-Donau-Schiffahrtskanals nach der Idee von Miloš Zeman, übrigens das einzige Infrastrukturprojekt, das Tschechien auf die Liste des gemeinsamen Interesses gesetzt hat“, so Bajda.

Professor Bajda erinnert sich, dass das Büro des tschechischen Präsidenten vor dem 3SI-Gipfel 2018 in Bukarest eine Anfrage an die einzelnen Ministerien verschickte, ob sie an der Entwicklung einer Liste von Infrastrukturprojekten interessiert seien. Es stellte sich jedoch heraus, dass kein Ministerium auf Zeman reagierte und sich die Idee des Präsidenten als die einzige herausstellte.

Bedenken von tschechischer Seite

Der Bericht enthält eine eingehende Analyse der Ursachen für die Distanzierung Prags vom 3SI-Projekt. Piotr Bajda erklärt, dass tschechische Experten- oder politische Kreise die Initiative als Polens eigenes Projekt behandeln, das innerhalb der Visegrád-Gruppe nicht diskutiert wurde.

„Besonders lebhaft sind die Befürchtungen, dass die Beteiligung an 3SI zu einer Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland führen könnte“, schreibt der 3SI-Experte. „In der Tat ist es eine Art Dogma der tschechischen Diplomatie, in den Beziehungen zu Berlin eine nicht-konfrontative Außenpolitik zu verfolgen, insbesondere in Bereichen, die nicht als vorrangig behandelt werden“, fügt Professor Bajda hinzu. Der Politologe stellt auch fest, dass auf der Website des Außenministeriums der Tschechischen Republik dieses Thema in der Hierarchie der Bedeutung der Beziehungen der Tschechischen Republik in Europa an erster Stelle steht. Prag betrachtete das Projekt erst nach der ersten Erklärung des Beitritts Berlins zur 3SI mit einem freundlicheren Auge“, so der Analyst abschließend.

Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und der EU

Piotr Bajda schreibt weiter, dass abgesehen von den Vorbehalten gegenüber dem Projekt als einer originellen Idee Warschaws, die die tschechisch-deutschen Beziehungen gefährden könnte, einige tschechische Kommentatoren und Experten in der Initiative eine Möglichkeit sehen, die Position Polens in den Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union zu stärken. Bajda sieht in den Äußerungen tschechischer Experten oder Politiker die Sorge, dass das Ziel Polens eine Art Vereinnahmung der Kontakte zwischen Mitteleuropa und den Vereinigten Staaten ist. Warschau möchte der wichtigste Vertreter der Region in den Beziehungen zu Washington sein und würde damit die

Entwicklung der Beziehungen anderer Hauptstädte zu den Vereinigten Staaten einschränken“, stellt Piotr Bajda den Standpunkt der tschechischen Nachbarn dar.

In dem Text heißt es: „Für die Tschechen war ein solches Symbol das Fehlen einer Einladung von Präsident Miloš Zeman ins Weiße Haus, während zahlreiche Einladungen zu Treffen zwischen Donald Trump und Andrzej Duda ausgesprochen wurde.“ Gleichzeitig wird das polnische Vorgehen als Wunsch gewertet, die 3SI und die guten Beziehungen Warschaws zu Washington zu nutzen, um die Europäische Kommission daran zu hindern, das Verfahren nach Artikel 7 des Lissabon-Vertrags (wegen schwerwiegender Verletzung der in Artikel 2 genannten europäischen Werte) in den bilateralen Beziehungen zu nutzen“, erklärt Piotr Bajda.

Der Experte fügt hinzu, dass es den Tschechen in Bezug auf 3SI nicht nur um die Frage der Beziehungen zwischen Prag und Washington geht. Die Tschechen, so Prof. Bajda, könnten in dem Projekt einen potenziellen Schaden für ihr Image auch in Bezug auf Europa sehen, weil die Initiative ihrer Meinung nach eine Bedrohung für ein separates Projekt gegenüber der EU darstellen könnte. Diese Besorgnis manifestiert sich vor allem bei Premierminister Babiš, dessen unklare Geschäftsaktivitäten für die EU-Kontrollinstitutionen von Interesse sind (der Fall des Baus des exklusiven Konferenzentrums Čapí Hnízdo, oder Storchennest)“, heißt es in der Analyse.

Zwischen China und Russland

Laut Prof. Bajda liegt die Ursache für die fehlende starke Beteiligung Tschechiens an 3SI auch in der Vielfalt der politischen Szene, wenn es um die Einstellung zu China und Russland geht. „Ein Teil der tschechischen politischen Klasse möchte Peking als strategischen Partner für die gesamte Region sehen (vor allem das präsidiale Zentrum, die SPD und die KSČM), die Regierungskoalition ANO und ČSSD möchte die Beziehungen zu Peking auf der Grundlage des politischen Pragmatismus aufbauen, während die übrigen Oppositionsparteien in engeren Beziehungen zu China mehr Gefahren als Chancen sehen“, so der Bericht von Piotr Bajda.

Wie wir in dem Bericht lesen, wünscht sich auch ein großer Teil der politischen Szene eine Erwärmung der Beziehungen zu Russland – vor allem das präsidiale Zentrum, SPD und KSČM. Prof. Bajda erinnert daran, dass die Regierung versucht hat, die pragmatischen tschechisch-russischen Beziehungen zu konsolidieren, doch die Offenlegung von Informationen über die Beteiligung russischer Spionagedienste an den Explosionen im Munitionsdepot in Vrbětice im Jahr 2014 hat eine deutliche Verschlechterung der Beziehungen zu Putin verursacht. Laut Prof. Bajda sind die Oppositionsparteien sogar noch unerbittlicher gegenüber Moskau, was deutlich wird an der Umbenennung des Platzes, auf dem sich die russische Botschaft befindet, in Nemzow-Platz (durch die regierende Prager Piratenpartei).

Der Wunsch mitzugestalten

Piotr Bajda stellt fest, dass sich die Tschechen eher als Bittsteller denn als Mitgestalter von 3SI fühlen. „Es ist daher möglich, dass ein zusätzliches Element, das die tschechische Haltung beeinflusst, ein eigenartiges Gefühl ist, von Polen missachtet zu werden, dass Prag nicht als Partner behandelt wird“, schreibt der Politikwissenschaftler.

Der Bericht definiert die derzeitige Rolle der Tschechischen Republik innerhalb des Projekts als „vorsichtigen Beobachter“, der „bereit ist, sich stärker in das Projekt einzubringen, sofern dies die Beziehungen Prags zu Berlin und der Europäischen Kommission nicht in irgendeiner Weise behindert.

Piotr Bajda merkt jedoch an, dass dies nicht immer der Fall sein muss und stellt, wie bereits erwähnt, einen Wandel und eine zunehmend wohlwollende Haltung Prags gegenüber 3SI fest. „Seit Tomáš Petříček das Ressort des Außenministers übernommen hat (er ist von Oktober 2018 bis April 2021 Chef des tschechischen Außenministeriums) und es Signale des Interesses an dem Projekt seitens der Europäischen Kommission und Deutschlands gab, haben die Tschechen aufgehört, 3SI ostentativ zu bestreiten“, stellt der Experte fest. Er warnt jedoch vor verfrühtem Optimismus, da die Tschechen ihre Rolle in dem Projekt noch nicht definiert haben und „die Haltung Prags gegenüber 3SI konditioniert ist und in erster Linie mit der Haltung der oben genannten externen Akteure und nicht mit den Beziehungen innerhalb der mitteleuropäischen Region zusammenhängt.

Gründe für eine Änderung der Einstellung

Der Autor des Berichts sieht jedoch mehrere Faktoren, die die Haltung der Tschechischen Republik gegenüber 3SI weiter verändern könnten. Einer davon ist die Tatsache, dass die Initiative in den Vereinigten Staaten parteiübergreifend unterstützt wird und die Regierung in Washington auf 3SI hinarbeitet. Laut Piotr Bajda wird dies dazu führen, „dass Prag versucht, sich als ein Land zu deklarieren und zu positionieren, das sich der regionalen Zusammenarbeit verpflichtet fühlt, in der Hoffnung, die tschechisch-amerikanischen bilateralen Beziehungen zu verbessern.“

Ein weiteres Element, das den Stand der Dinge verändern könnte, ist die Ernennung eines Regierungsbevollmächtigten (nach polnischem Vorbild), der für die Koordination der Zusammenarbeit in der Initiative verantwortlich ist, argumentiert Professor Bajda. Er beruft sich auf Informationen hinter den Kulissen, wonach die Entscheidung über die Ernennung bereits gefallen ist und die Position an den stellvertretenden Verkehrsminister Jan Sechter vergeben werden soll.

Prof. Bajda schildert, dass Sechter ein langjähriger Beamter und Diplomat ist, der u.a. Botschafter der Tschechischen Republik in Warschau war. Der 3SI-Experte weist darauf hin, dass „eine solche Ernennung bestätigen könnte, dass eine der Bedingungen für eine stärkere tschechische Beteiligung an dem Projekt die Beibehaltung des ausschließlich wirtschaftlichen Charakters ist, und alle Versuche, 3SI politisch zu nutzen, insbesondere gegen die Europäische Union oder die Bundesrepublik Deutschland, von den Tschechen abgewehrt werden.

Darüber hinaus zitiert der Bericht unter anderem die Analyse des unabhängigen Think-Tanks *Institut pro politiku a společnost*, dessen Arbeiten von Jan Macháček geleitet werden, der Unterzeichner der berühmten Charta77 und Mitbegründer der wöchentlichen Meinungszeitschrift *Respekt* ist. Prof. Bajda erklärt, dass diese Analyse eine Empfehlung für Prag enthält, sich stärker in 3SI einzubringen, denn „es besteht die Gefahr, dass die Republik bei dem größten regionalen Projekt seit der EU-Erweiterung 2004 und 2007 auf der Strecke bleibt“.

Was kann Polen tun?

Der Bericht diagnostiziert nicht nur die aktuelle Haltung Prags zum 3SI-Projekt. Prof. Bajda schlägt auch Lösungen vor, die die Situation ändern und die Tschechische Republik ermutigen könnten, innerhalb der Initiative aktiver zu werden.

Piotra Bajda ist der Meinung, dass die Werbeaktionen in den tschechischen Medien fortgesetzt werden sollten, wodurch immer mehr neue Adressaten erreicht würden. „Es wäre ratsam, das polnisch-tschechische Forum im Bereich der 3SI-Förderung zu aktivieren, z.B. durch die Ausschreibung eines Wettbewerbs für Projekte, die von NGOs oder Fachinstitutionen durchgeführt werden“, heißt es im Bericht. „Eine wichtige Geste gegenüber der Tschechischen Republik wäre die Ernennung eines Bevollmächtigten für bilaterale Kontakte im neuen Büro für Internationale Politik in der Kanzlei des Präsidenten der Republik Polen.“ – so Prof. Bajda.

Der gesamte Bericht ist unter diesem [Link](#) verfügbar.

Quelle: Trimarium.pl

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

22) Mit oder ohne -ová: Nachnamen der Frauen in Tschechien

Alle Frauen in Tschechien sollen künftig die Möglichkeit bekommen, selbst zu entscheiden, ob sie ihren Familiennamen mit dem Suffix **-ová** nutzen oder ihn amtlich in der gleichen Form wie die Männer führen. Aber - was bedeutet diese Gesetzesänderung im alltäglichen Sprachgebrauch? Es könnte, [so weist Radio Prag hier nach](#), die Verständigung erschweren.

04.06.2021



Božena Němec oder Božena Němcová?

Illustrationsfoto: Krokodyl, Wikimedia Commons, gemeinfrei

Länge 3:50 - <https://deutsch.radio.cz/mit-oder-ohne-ova-nachnamen-der-frauen-8719430>

Alle Frauen in Tschechien sollen die Möglichkeit bekommen, selbst zu entscheiden, ob sie ihren Familiennamen mit dem Suffix -ová nutzen oder ihn amtlich in der gleichen Form wie die Männer führen. Was bedeutet diese Gesetzesänderung im alltäglichen Sprachgebrauch?



Quelle: Wordart.com

Novák – Nováková. Svoboda – Svobodová. Miler – Milerová. Die weiblichen Familiennamen werden im Tschechischen von der männlichen Form häufig mit dem Suffix **-ová** abgeleitet. Ein Gesetz, das im Abgeordnetenhaus nun gebilligt wurde, überlässt Frauen selbst die Entscheidung, ob sie dieses **-ová** nutzen wollen oder nicht. Entscheiden diese sich aber für die bisher männliche Form, könnte dies die Verständigung erschweren. Warum das so ist, erläutern wir nun anhand der beiden tschechischen Tennisspielerinnen Petra Kvitová und Karolína Plíšková.



Petra Kvitová|Foto: Carine06, Flickr, CC BY-SA 2.0

Nehmen wir theoretisch an, dass beide die männliche Form ihres Namens nutzen und Kvitová in einem Duell Plíšková geschlagen hat. Im Satz „**Kvitová porazila Plíškovou**“ ist auf den ersten Blick klar, dass Kvitová die Siegerin ist. Genauso gut kann man aber auch die Wortfolge ändern und sagen: „**Plíškovou porazila Kvitová**“. Es sind nämlich die Suffixe und ihre Beugung, die die Information vermitteln, in welchem Casus – **pád** und Genus – **rod** das Wort steht und daher auch, wer Subjekt und wer Objekt im Satz ist. Die Suffixe kann und darf man allerdings nicht nutzen, wenn man die männliche Form der Namen bei Frauen nutzt: Kvita hat Plíšek besiegt. „**Kvita porazila Plíšek**.“ Beziehungsweise auch: **Plíšek porazila Kvita / Kvitu**. Die Deklination fällt weg und somit auch die Information, wer von wem geschlagen wurde. Im Deutschen ist diejenige die Siegerin, die an erster Stelle im Satz steht. Die Wortfolge im Tschechischen ist aber lockerer und hilft nicht, um dies zu klären.



Karolína Plíšková|.- Foto: Tatiana, Flickr, CC BY-SA 2.0

Wie lässt sich das Problem lösen? Eine Möglichkeit bietet der Vorname. Dieser bleibt in weiblicher Form und wird auch entsprechend dekliniert. Also: **Petra Kvita porazila Karolínu Plíšek**. Und auch: **Karolínu Plíšek porazila Petra Kvita**. Oder man hilft sich mit anderen Wörtern, die dem Namen vorgestellt werden, wie etwa die Bezeichnung des Berufs. Diese werden dann anstatt des Nachnamens dekliniert und drücken das nötige Casus und Genus aus. Ein Beispiel bietet uns die tschechische Finanzministerin: anstatt von **Schillerová**, **Schillerové**, **Schillerovou** und so weiter sagt man **ministřyně Schiller**, **ministřyni Schiller** oder aber auch **ministřyní Schiller**. Auf Wiederhören! **Na slyšenou!**

Autor: [Markéta Kachlíková](#)

23) Ausländisches Kapital in Tschechien: wer hat den größten Anteil?

Die doch überraschende Antwort lautet: Die Bürger und Firmen aus **Luxemburg** sind die **größten ausländischen Eigentümer** der Firmen in Tschechien. Dies ergibt sich aus einer Analyse des ausländischen Kapitals im Grundbesitz tschechischer Unternehmen, die die Beratungsfirma Dun & Bradstreet erarbeitet hat. Luxemburg steht mit Investitionen in Höhe von 171 Milliarden Kronen (6,73 Milliarden Euro) an der Spitze der Rangliste, gefolgt von **Deutschland** mit 170 Milliarden Kronen (6,69 Milliarden Euro) und den **Niederlanden** mit 107 Milliarden Kronen (4,91 Milliarden Euro). Das Volumen der Investitionen aus Luxemburg stieg gegenüber dem Vorjahr um **59 Prozent** an!

Das Gesamtvolumen des ausländischen Kapitals der 20 größten ausländischen Eigentümer stieg gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent von 800 Milliarden Kronen (31,48 Milliarden Euro) auf 915 Milliarden Kronen (36 Milliarden Euro). Dies ist der höchste Wert seit 2019.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 67, 2021

Wien, am 03. Juni 2021

24) Wir wollen keinen ökofanatischen Piratenstaat“

Die Minderheits

regierung aus der **Ano-Partei** und den **Sozialdemokraten** hat am Donnerstag ein Mißtrauensvotum überstanden. Dabei halfen die **Kommunisten** dem Kabinett, indem sie vor der Abstimmung den Saal verließen. 89 Abgeordnete unterstützten den Misstrauensantrag, 82 waren dagegen. Weitere 29 Parlamentarier waren nicht anwesend. Für einen erfolgreichen Sturz der Regierung hätte es 101 Stimmen gebraucht, [wie „Radio Prag“ hier berichtet.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 68, 2021

Wien, am 07. Juni 2021

<https://deutsch.radio.cz/wir-wollen-keinen-oekofanatischen-piratenstaat-regierung-uebersteht-8719474>

Wir wollen keinen ökofanatischen Piratenstaat“ – Regierung übersteht Misstrauensvotum

04.06.2021

„Wir wollen keinen ökofanatischen Piratenstaat“ – Regierung übersteht Misstrauensvotum
Länge 4:18

<https://deutsch.radio.cz/wir-wollen-keinen-oekofanatischen-piratenstaat-regierung-uebersteht-8719474>



Regierung hat ein Misstrauensvotum überstanden.- Foto: Roman Vondrouš, ČTK

Die Minderheitsregierung aus Partei Ano und Sozialdemokraten hat am Donnerstag ein Misstrauensvotum überstanden. Dabei halfen die Kommunisten dem Kabinett, indem sie vor der Abstimmung den Saal verließen.



Markéta Pekarová Adamová.- Foto: Michaela Danelová, Tschechischer Rundfunk

89 Abgeordnete unterstützten den Misstrauensantrag, 82 waren dagegen. Weitere 29 Parlamentarier waren nicht anwesend. Für einen erfolgreichen Sturz der Regierung hätte es 101 Stimmen gebraucht. Initiiert wurde das Misstrauensvotum von der Koalition „Spolu“

aus Bürgerdemokraten, Christdemokraten und der Partei Top 09 sowie von den Piraten und der Bürgermeisterpartei Stan. Obwohl das Votum scheiterte, sprachen die Vorsitzenden der bürgerlich-liberalen Oppositionsparteien von einem sinnvollen Versuch. Markéta Pekarová Adamová ist Parteichefin von Top 09:

„Wir haben uns auf das gestützt, was in der Verfassung verankert ist – und zwar, dass die Macht der Regierung nur von einer Stimmenmehrheit im Abgeordnetenhaus ausgehen kann. Es war zu sehen, dass das Kabinett diese Mehrheit nur dann hat, wenn die Kommunisten den Saal verlassen. Die Regierung stützt sich nach wie vor auf die Kommunisten. Sie müssen nun die Verantwortung nicht nur dafür übernehmen, was geschehen ist, sondern auch für das, was noch passieren wird.“



Petr Fiala.- Foto: Michaela Danelová, Tschechischer Rundfunk

Die Opposition nannte viele Gründe für das Misstrauensvotum, darunter den Interessenskonflikt von Premier Andrej Babiš (Partei Ano) sowie das Versagen der Regierung während der Corona-Pandemie.

Der Leiter der Koalition „Spolu“ und Parteichef der Bürgerdemokraten, Petr Fiala, begründete zu Beginn der Sitzung das Misstrauensvotum. Er erklärte, es sei traurig, dass es von der Opposition initiiert werden musste.

„In jedem Staat, der die Prinzipien der parlamentarischen Demokratie achtet, würde der Ministerpräsident selbst die Vertrauensfrage stellen. Und zwar in dem Moment, wenn einer der Partner der Regierung seine Unterstützung aufkündigt. Die Kommunisten haben schließlich vor mehreren Wochen verlauten lassen, dass sie das Kabinett nicht mehr unterstützen werden.“



Andrej Babiš,-
Foto: Michal Krumphanzl, ČTK

Nach der Begründung des Misstrauensvotums durch die Opposition ergriff Premier Babiš das Wort. Er schilderte die mutmaßlichen Erfolge seines Kabinetts. Zudem sparte er nicht mit Warnungen vor der Zukunft:

„Wir wollen in Tschechien keinen multikulturellen und ökofanatischen Piratenstaat. Wir wollen nicht unsere Autos und unsere Wohnungen teilen. Wir wollen unser Land nicht teilen. Wir wollen nicht, dass das Europaparlament, mit dem die Piraten kooperieren, unser Land regiert. Ich bin ein souveräner Premier und niemandem untergeordnet. Ich respektiere nur Bürger, die mir vertrauen. Und niemand aus dem Ausland wird uns da reinquatschen.“

Die Debatte im Abgeordnetenhaus dauerte anschließend zwölf Stunden lang. Erst am späten Abend kam es zur Abstimmung. Nachdem die Kommunisten schon am Vormittag den Saal verließen, war das Resultat absehbar. Der Vorsitzende der Piratenpartei, Ivan Bartoš, kommentierte dies gegenüber den Inlandssendungen des Tschechischen Rundfunks:



Ivan Bartoš.-
Foto: Michal Krumphanzl, ČTK

„Auch mit dieser Abstimmung hat die Regierung die Verantwortung für die nicht bewältigte Pandemiewelle übernommen und zudem für die Zerstörung der öffentlichen Finanzen. Obwohl die Regierungsmitglieder nur kurze Zeit an der Sondersitzung teilgenommen haben, hoffe ich, dass sie zugehört haben, als dazu aufgefordert wurde, dass wir uns auf eventuelle neue Virus-Mutationen vorbereiten sollten.“

Premier Babiš bezeichnete am Freitag im Tschechischen Rundfunk die Sondersitzung als ein Wahlkampfmeeting.

„Ich habe das genossen. Denn ich habe den Menschen mitgeteilt, was wir für sie alles gemacht haben.“

Autoren: [Martina Schneibergová](#) , Renata Kropáčková

25) Aufstrebender Star der tschechischen Politik und erster farbiger Abgeordneter tritt nach Vorwürfen eines sexuellen Übergriffs zurück

03. 06. 2021



Dominik Feri.- - Foto: Remix News

Dominik Feri, 24, war der Star der bei jungen Wählern beliebten Partei TOP 09

Ein junger aufsteigender Stern der tschechischen Politik, der Geschichte machte, indem er das erste farbige Mitglied der Abgeordnetenversammlung wurde, wurde nun von mehreren Frauen eines unangemessenen sexuellen Verhaltens beschuldigt, was zu seinem Rücktritt führte.

Der 24-jährige Dominik Feri, der die linke Partei TOP 09 vertrat, war schon seit Jahren Gegenstand von Gerüchten, aber ein gemeinsamer Artikel von Deník N und A2larm lieferte zusätzliche Beweise und Glaubwürdigkeit für die Vorwürfe der sexuellen Übergriffe.

In den letzten Tagen haben die Tschechen die Auswirkungen des Falles genau verfolgt.

Feri hat sich entschieden, wegen der Vorwürfe des unangemessenen sexuellen Verhaltens gegenüber mehreren Frauen zurückzutreten. Er wird auch nicht an den Parlamentswahlen im Oktober teilnehmen, bei denen er im Prager Wahlkreis auf Platz vier für die Koalition Spolu (Gemeinsam) (ODS, TOP 09, KDU-ČSL) antreten sollte. Er plant, sich gegen die Vorwürfe vor Gericht zu verteidigen.

„Ich habe mir immer eine andere Politik gewünscht, die auf persönlicher Verantwortung beruht. Jetzt will ich mit gutem Beispiel vorangehen. Ich trete als Abgeordneter zurück und werde bei den Herbstwahlen nicht mehr kandidieren. Ich möchte nicht, dass falsche und manipulative Artikel in den Medien Menschen, die mir nahe stehen, oder meinen Kollegen schaden. Es war eine außerordentliche Ehre für mich, als Ihr Abgeordneter zu dienen“, erklärte Feri.



Prag, 11. August 2018: Dominik Feri, tschechischer Politiker beim Prague Pride Festival auf dem Wenzelsplatz · Foto: Shutterstock

Deník N veröffentlichte zusammen mit dem Nachrichtenportal A2larm Aussagen mehrerer Frauen, von denen einige behaupten, dass Feri Sex mit ihnen hatte, obwohl sie sich ausdrücklich weigerten. Andere gestanden, dass er sie aufgefordert hat, ihm Nacktfotos zu schicken oder sagten, dass er sie öffentlich gedemütigt hat. In einer früheren Reaktion bestritt der Politiker, sexuelle Gewalt begangen zu haben, entschuldigte sich aber für „unangemessenes“ Verhalten in einigen Situationen.

Die Vorsitzende von TOP 09, Markéta Pekarová Adamová, erklärte auf Twitter, sie betrachte Feri als ihren Freund und glaube, dass er seinen Namen reinwaschen werde.

„Für Politiker gilt jedoch die Schuldvermutung, und ich persönlich habe sie immer gefordert. Deshalb möchte ich ihm für seine Entscheidung danken, als Abgeordneter zurückzutreten und bei den kommenden Wahlen nicht zu kandidieren“, schrieb die Vorsitzende.

Die Entscheidung von Feri, zurückzutreten, wurde auch von anderen Vertretern der Spolu-Koalition gelobt. Im Gegenteil, die Minister der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (ČSSD) Jana Maláčová und Jakub Kulháněk kritisierten Feris Fall. Laut Maláčová passen die Enthüllungen in das Muster, wie Politiker von TOP 09 agieren, d.h. schöne Dinge sagen, aber etwas anderes tun. Außenminister Jakub Kulháněk erklärte, dass er als Vater eines kleinen Mädchens hoffe, dass sie, wenn sie erwachsen ist, nie jemanden wie Feri auf einer Party treffen wird.

Laut der Polizei wurde in dem Fall noch niemand angeklagt, und auch die rechtliche Qualifikation ist noch nicht geklärt. Die Behörden fügten hinzu, dass sie alle Umstände untersuchen, die für die Entscheidung, ob ein Verbrechen begangen wurde, wichtig sind.

TOP 09 bezeichnet sich selbst als eine liberal-konservative Partei. Gegenwärtig überwiegt jedoch der liberale Flügel. Ein wichtiges Merkmal der Partei ist der pro-europäische Ansatz. Feri, 24, ist der Star der Partei, ist vor allem bei jungen Wählern beliebt. Er hat mehr als eine Million Follower auf Instagram, wo er Popularität erlangte, indem er Regierungsrichtlinien in einfache Regeln übersetzte.

Quelle: [CeskeNoviny.cz](https://www.ceskenoviny.cz) / [Remix News](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

26) Tomislav Sunić: Kroatien und Osteuropa sind heute „europäischer“ als Westeuropa

11. 06. 2021



Dr. Tomislav Sunić · Foto: Facebook

Anlässlich der Veröffentlichung der kroatischen Ausgabe des Buches *Postmortem Report: Cultural Examinations from Postmodernity* sprach Tomislav Sunić mit Vokativ.hr über Multikulturalismus, amerikanische Politik, politische Korrektheit und was das alles für Kroaten bedeutet.

Tomislav Sunić ist ein kroatischer Schriftsteller, Politikwissenschaftler, Übersetzer und ehemaliger Diplomat. Er hat einen Abschluss in französischer und englischer Sprache und Literatur der Philosophischen Fakultät in Zagreb, einen Master-Abschluss der California State University in Sacramento und einen Dokortitel in Politikwissenschaft der University of California, Santa Barbara. Er lehrte an der California State University, der University of California, dem Juniata College in Pennsylvania, dem Anglo-American College in Prag und an der kroatischen Akademie in Zagreb. Er war Diplomat in Brüssel, Kopenhagen, London und Algerien und arbeitete als Berater des Außenministeriums. Als prominenter rechter Intellektueller hat er an mehreren hundert Vorträgen und Konferenzen teilgenommen und für einflussreiche Zeitungen wie *Le Monde*, die *New York Times* usw. geschrieben. Seine Bücher und Essays wurden in Englisch, Französisch, Spanisch, Deutsch und Englisch veröffentlicht. Zu seinen wichtigsten Werken gehören : *Against Democracy and Equality: The European New Right* (1990), *Fragments of Metapolitics* (1997), *Homo Americanus: The Child of the Postmodern Age* (2018), *La Croatie: un pays par défaut?* (2010). Seine Essays sind unter www.tomsunic.com verfügbar.

MARKO RAIČ: Ihr Buch mit ausgewählten Essays mit dem Titel „*Posmrtni izvještaj*“ (*Postmortem Report*) ist kürzlich in kroatischer Sprache erschienen. Können Sie unseren Lesern ein paar Worte zu diesem Buch sagen?

TOMISLAV SUNIĆ: Das Buch bezieht sich nicht nur auf ein Thema, sondern gliedert sich in vier Unterthemen. Der erste Teil befasst sich mit Religionen mit einem vergleichenden Ansatz. Im Mittelpunkt der Analyse stehen vor allem Monotheismus und Polytheismus. Ich muss anmerken, dass alle Essays vor 20–30 Jahren zuerst in Fachzeitschriften in den Vereinigten Staaten auf Englisch veröffentlicht wurden. Im zweiten Teil des Buches geht es um Kulturpessimismus. Hier greife ich Autoren wie Oswald Spengler, Emil Cioran, Ernst Jünger, Arthur Schopenhauer und andere Autoren heraus, die sich mit Kulturpessimismus beschäftigt haben, also Autoren, die nicht geneigt waren, von einer schönen und schönen Zukunft zu sprechen, sei es nun eine kommunistische oder eine liberale Zukunft . Es gibt auch ein umfangreiches Literaturverzeichnis; wenn sich die Leser also nicht für meine Prosa interessieren, dann lesen Sie zumindest einen Teil des Literaturverzeichnisses. Im dritten Teil des Buches beschäftige ich mich mit dem Begriff der Rasse, seiner Etymologie und dem Thema Rassismus. Ich bespreche einige Autoren, die sich mit diesen Themen beschäftigt haben, vor allem deutsche Autoren, die während der Weimarer Republik geschrieben haben. Der vierte Teil des Buches beschäftigt sich mit dem Thema Osteuropa mit einem Schwerpunkt auf dem ehemaligen Jugoslawien. Hier analysiere ich den Begriff Nationalismus versus Internationalismus, das heißt, was wir heute von Souveränität versus Globalismus nennen würden. Meiner Meinung nach ist das Buch sehr dynamisch und behandelt Themen, die auch heute noch aktuell sind.

Ein besonderer Abschnitt in meinem Buch behandelt die Auflösung Jugoslawiens, ein Essay, das vor etwa dreißig Jahren am Vorabend der Auflösung Jugoslawiens veröffentlicht wurde. Es wurde im *Journal of Libertarian Studies*, einer renommierten akademischen Zeitschrift in USA, mit dem bezeichnenden Titel: „*Woodrow Wilson’s Defeat in Yugoslavia*“ veröffentlicht. Im Wesentlichen spiele ich auf Wilsons romantische Ideen über die Selbstbestimmung der Menschen an und wie sie gescheitert sind, zumal diese Ideen nach dem Ersten Weltkrieg nicht nach Plan verliefen. Ich analysiere auch die Verfolgung und Liquidierung der Volksdeutschen in Slawonien, Srijem, Baranja und Bačka, wobei ich viel

von Vladimir Geiger und anderen deutschen Autoren zitiere. Ich denke, diese Geschichte ist ziemlich gut dokumentiert, denn ich habe viele deutsche Quellen verwendet. Das letzte Thema schließlich ist eine vergleichende Analyse von Ideologien. Besonderes Augenmerk lege ich auf den Kommunismus und seinem Zusammenbruch sowie der aktuellen Dynamik des Liberalismus. Mit dem ethnischen Wandel in Europa kommt auch der politische Wandel.

Damit der Staat funktioniert, braucht es einen gesellschaftlichen Mindestkonsens über die wichtigsten Dinge, die alle seine Bewohner betreffen. Glauben Sie, dass der gesellschaftliche Konsens in Westeuropa durch den demografischen Wandel bedroht ist? Wenn wir das Wachstum der muslimischen Bevölkerung berücksichtigen, wie machbar ist ein Szenario wie das in Houellebecqs „Unterwerfung“?

Damit eine Gesellschaft funktionieren kann, braucht es natürlich einen gesellschaftlichen Konsens, der wiederum durch Terror und Repression erreicht werden kann. Staaten können sehr lange auf der Landkarte existieren, wenn die herrschende Elite Gewalt gegen ihre Untertanen anwendet. Ich stehe dem Wort „Konsens“ skeptisch gegenüber, weil es ein anmaßendes Etikett aller liberalen Staaten ist („Konsensdemokratie“). Aber er muss auf jeden Fall existieren, sonst würde die Gesellschaft zusammenbrechen und zerfallen. Was Frankreich selbst betrifft, das das offensichtlichste Beispiel für diese Polarisierung und den fehlenden Konsens oder den sich abschwächenden Konsens ist, müssen wir den Liberalismus an die erste Stelle setzen, d. h. die wirtschaftliche Dynamik, die den Anforderungen und dem Appetit der Bürger nicht entspricht.

Wir müssen einen Faktor erwähnen, der in unserem Land nicht genug thematisiert wird, und das ist die ethnische Verdrängung der Bevölkerung, die in Westeuropa stattfindet. Wir müssen sicherlich feststellen, dass unsere Theoretiker, seien es Politikwissenschaftler, Soziologen oder Philosophen, vergessen, dass heute die gesamte EU – Kroatien, Ungarn, Polen und andere mitteleuropäische Länder, die in Bezug auf die Bevölkerungsstruktur ein Sonderfall sind, nicht mitgerechnet – ein Problem mit vielen „Zuwanderern“ aus außereuropäischen Ländern hat. Ohne Zweifel, ob es uns gefällt oder nicht, mit ethnischen Veränderungen und mit der Ankunft einer nicht indigenen Bevölkerung gibt es Veränderungen im politischen Bereich. Dies ist der Kern des heutigen Problems in Frankreich, Schweden, Deutschland...

Die Zahlen variieren. Frankreich, das etwa 70 Millionen Einwohner hat, hat 10–15% nichteuropäische Bevölkerung. Sie stammen nicht nur nicht aus einer nichteuropäischen Kulturkreis, sondern gehören auch einer anderen Religion an. Es sind überwiegend Muslime aus Teilen Afrikas, die einst Kolonien der Dritten Französischen Republik waren. Dieser Wandel spiegelt sich in allen Lebensformen wider. Sei es eine Frage der Sprache, der Hauptkultur... Wie soll heute ein Französischprofessor an einem Gymnasium oder College die Geschichte Afrikas, Algeriens, Marokkos oder Tunesiens zu einem Zeitpunkt lehren, wo Frankreich die Führung übernahm? Es ist sicherlich sehr schwer für ihn, denn in seiner Klasse oder seinem Seminar sitzen 20–30% eingebürgerter Franzosen, die nicht französischer Abstammung sind, also keine autochthonen Franzosen sind. Ich erinnere mich, dass ich ähnliche Probleme in Methodik und Herangehensweise hatte, als ich in den 1980er Jahren in Kalifornien unterrichtete, wo zu dieser Zeit bereits etwa 50% der Amerikaner nichteuropäischer Abstammung waren.

Ich muss auch das Paradox hervorheben, dass Osteuropa europäischer blieb als Westeuropa selbst, weil es während des Kalten Krieges keinen Zustrom von Einwanderern wie im reichen Westen gab. Osteuropa hinkte sehr, sehr stark hinterher. Es hinkt immer

noch hinterher, auch Kroatien. Wir können dies aber auch unterstreichen: Wenn wir das ethnische Profil betrachten, ist es europäischer, weil es seine Homogenität und letztlich einen ethnischen Konsens bewahrt hat, der in den Ländern Westeuropas nachlässt.

„Wir müssen den Islam als Religion von islamistischer Politik unterscheiden“

Frankreich hat kürzlich Gesetzesänderungen eingeleitet, die versuchen, radikalen Islamismus, Polygamie, Zwangsheiraten usw. zu unterdrücken. Die muslimische Gemeinschaft ist besorgt, weil sie glaubt, dass jeder Muslim mit der Zeit verdächtig sein wird, während die Linke behauptet, dass dies die Religionsfreiheit verletzen und die Islamophobie verstärken wird. Wie nachhaltig ist dieser Kampf des traditionell säkularen Frankreichs gegen den radikalen Islamismus?

Frankreich ist ein äußerst säkulares Land. Es war der Staat, der als erster Gesetze erließ, um die Religion vollständig vom öffentlichen Leben zu trennen. Es ist eine Praxis, die sich später auf alle westlichen Länder ausbreitete. Zwei Dinge muss ich auf jeden Fall unterstreichen. Erstens müssen wir im Hinblick auf das Anwachsen des Islamismus, der eine etwas abwertende Bedeutung hat, den Islam als Religion von der islamistischen Politik unterscheiden. Was wir jetzt in Frankreich, Europa und den USA im Kontext dieser terroristischen Auftritte bestimmter Gruppen sehen, ist nicht als religiöses, sondern als politisches Phänomen zu sehen. Ich möchte mich nicht als großer Befürworter oder Verteidiger des Islam erweisen, aber hier muss ich mich in gewisser Weise von meinen französischen, deutschen und vor allem amerikanischen Kollegen distanzieren, die von Islamophobie, praktisch einer Art Panik gegen Muslime, erfüllt sind.

Vergessen wir nicht, wenn wir den Islam kritisieren, dass in Südosteuropa, auf dem Balkan, zig Millionen indigene Muslime leben. Ein Bosniake, ein Muslim aus Bihac oder Travnik, hat mit einem Muslim aus Bangladesch sehr wenig, fast nichts gemeinsam. Schließlich ist auch die Türkei, die ein muslimisches Land ist und in der der islamische Klerus eine wichtige Rolle in der Regierung spielt, aus meiner Sicht ein sehr säkularer, in manchen Fällen vielleicht zu säkularer Staat.

Wenn wir den Islam kritisieren, dürfen wir nicht vergessen, dass im jugoslawischen Europa, auf dem Balkan, zig Millionen Muslime als autochthone Bevölkerung leben. Ein Bosniake, ein Muslim aus Bihać oder Travnik, hat mit einem Muslim aus Bangladesch sehr wenig, so gut wie nichts, gemeinsam. Schließlich ist auch die Türkei, die ein muslimisches Land ist und in der die islamische Heiligkeit eine wichtige Rolle in der Regierung spielt, ein sehr säkulares, vielleicht in einigen Fällen meiner Meinung nach zu säkulares Land.

Wie ich eingangs sagte, müssen wir den Unterschied zwischen dem politischen Islam, seinen Bestrebungen und den Bestrebungen dieser Terrorgruppen einerseits und dem Islam als Religion andererseits hervorheben. Auch wenn wir tiefer in das Thema Terrorismus einsteigen, müssen wir immer auf die Ursachen eingehen.

Ich möchte darauf nicht näher eingehen, aber wir müssen den Kontext der Aktivitäten extremistischer Gruppen berücksichtigen, die in Europa großen Schaden angerichtet haben. Wir müssen uns die Rolle Frankreichs und Amerikas in den letzten ca. zwanzig Jahren ansehen. Eine rhetorische Frage: Wer war daran interessiert, den gesamten Nahen Osten zu verändern? Wir müssen die Rolle Amerikas kritisch betrachten, wie die Invasion des Irak und den Sturz von Saddam Hussein unter dem Vorwand, nach Massenvernichtungswaffen zu suchen, die nie gefunden wurden.

Damit es keine Missverständnisse gibt: Meine Vorfahren haben unter dem Kreuz gegen die Türken gekämpft, unsere Vorfahren so wie Ihre. Sicherlich kamen die Türken im 17. Jahrhundert nicht zu den Kroaten, um das Wort Gottes oder die Menschenrechte zu fördern, sondern folgten reiner Machtpolitik. Wir müssen jedoch auch sagen, dass eine große Anzahl von Muslimen zu Kroatien neigte. Noch im 20. Jahrhundert hatte Ante Pavelić Minister in seiner Regierung, die islamischen Glaubens waren.

Was den Islam als gewalttätige Religion angeht, lehne ich ihn ab, oder lehne ihn in dem Maße ab, wie man es vom Judentum sagen kann, wenn man liest, was Jahwe Mose geboten hat, wie sie nach Kanaan kommen und die einheimische Bevölkerung ausrotten müssen. Dieselbe Kritik können wir auf den gesamten Monotheismus, auf das Judentum und auf das Christentum ausdehnen, das auch nicht allen in guter Erinnerung geblieben ist. Erwähnen wir nur den Dreißigjährigen Krieg, der unter Christen geführt wurde und Europa buchstäblich zerstörte. Wir müssen bei der Bewertung solcher Dinge immer äußerst vorsichtig sein.

Monotheistischer Glaube an sich impliziert eine Welt und eine Wahrheit. Ohne Cicero, Seneca und andere heidnische Denker loben zu wollen, aber die alten Griechen und Römer haben sich blutige Schlachten geliefert, aber sie haben nie den Glauben und die Religionen anderer Menschen verändert. Die römische Unterdrückung gegen Juden und Christen war politischer, nicht religiöser Natur.

Obamas dritte Amtszeit

Donald Trump hat mit seiner Präsidentschaft tiefe Spuren in der US-Politik hinterlassen, die amerikanische Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert und für große Polarisierung gesorgt. Wie würden Sie seine Amtszeit und die von ihm initiierten Trends bewerten? Wird sein politisches Erbe und sein Charisma in den USA noch ein Problem für die Demokraten und den sogenannten Deep State, oder ist diese Geschichte abgeschlossen?

Bei jeder Analyse müssen wir den Unterschied zwischen Ursache und Wirkung kennen. Die Ursachen des „Trumpismus“ sind enorme demografische und ethnische Veränderungen in Amerika. Laut Statistiken der US-Regierung hatten die USA in den 1980er Jahren eine Bevölkerung von etwa 250 Millionen, von denen 85 % europäischer Abstammung waren. Was auch immer sie waren, sie hatten eine gemeinsame Wurzel, wir können sagen europäische und christliche Wurzeln. Das ist heute nicht der Fall. Schaut man sich heute die Statistiken an, sind nur 62 % der Amerikaner europäischer Abstammung. Wie immer – und es ist nicht so, als ob ich Amerika neu entdecken möchte – kommt es bei jedem ethnischen Wandel unweigerlich zu einem politischen Wandel. Es ist kein Zufall, dass schon vor Trump der Begriff „Balkanisierung Amerikas“ verwendet wurde. Basierend auf den ethnischen, religiösen und kulturellen Veränderungen, die in den letzten 30 Jahren stattgefunden haben, können wir ergründen und verstehen, warum Donald Trump dieses Mandat erhalten hat. Die meisten Unterstützer hat Trump im „deep white America“, den zentralamerikanischen Staaten, anders als an der Ost- und Westküste und dem urbanen Amerika, wo das Profil der Menschen völlig anders ist und die für Biden, also gegen Trump, gestimmt haben.

Inwieweit diese Wahl gefälscht sein mag, kann ich nicht behaupten, da ich keine Daten habe. Von dem Moment an, als Trump an die Macht kam, wurde jedoch ein aggressiver Prozess seines Sturzes eingeleitet, der während seiner gesamten Amtszeit andauerte. Gleichzeitig hat Trump die Löhne und die Lebensqualität einer großen Zahl von Afroamerikanern und Hispanics erhöht, auf deren Stimmen die Demokraten normalerweise zählen. Letztendlich hatten wir zum ersten Mal seit 50 Jahren einen amerikanischen

Präsidenten, der keinen einzigen Krieg außerhalb Amerikas begann, obwohl er unter enormem Druck aus bestimmten Kreisen stand.

Was denken Sie also, was wir in Bidens Amtszeit erwarten können? Was sind Ihre Prognosen?

Was wir jetzt mit Herrn Biden haben, ist nicht neu. Dies ist im Wesentlichen die dritte Amtszeit von Barack Obama, weil buchstäblich die gleichen Leute, die in der Obama-Regierung waren, jetzt bei Biden arbeiten. Ob es die neue Normalität oder die alte Normalität ist, weiß ich nicht.

Ich bin mit Joe Biden nicht zufrieden. Lassen wir nun die Politik beiseite, betrachten wir die Sache rein vom physiologischen Standpunkt aus: Der Mann hat sicherlich einige eigene Qualitäten, aber er verhält sich etwas senil und zusammenhangslos. Ich fürchte, er wird etwas Dummes tun und unter den Einfluss vieler Berater geraten, da er, wie wir sagen würden, „späte Berufung“ ist. Angesichts dessen, was wir in seinen Auftritten während des Wahlkampfes gesehen haben, verwechselt er manchmal Worte usw., wenn er schlecht reagiert. Letztendlich machen sich die Jahre bemerkbar. Ich bin ein Skeptiker, und mache mir große Sorgen um sein Mandat, weil ich denke, dass er dem Druck verschiedener Kreise ausgesetzt sein wird, die sich in erster Linie um ihre eigenen Interessen und nicht um die Interessen und das Wohl Amerikas kümmern werden .

Die Medien erzwingen nationalen Masochismus

Kürzlich wurde im kroatischen öffentlichen Raum der Ausdruck „weißer heterosexueller Mann in Machtposition“ verwendet. Können Sie uns erklären, was das für eine Metasprache ist, was dieser Satz eigentlich bedeutet?

Ja, wir sprechen über die lexikalischen und rechtlichen Konsequenzen von Political Correctness. Wir müssen unseren Medien und Wissenschaftlern kritisch gegenüberstehen, die diese Amerikanismen zu oft verwenden und sie dann ins Kroatische übersetzen. Der Begriff ist ziemlich abwertend und wird in der amerikanischen Sprache oft verwendet, als ob ein Mann nicht heterosexuell und weiß sein dürfte. Es ist eine Art nationaler Masochismus, der heute durch die Medien aufgezwungen wird. Es gibt eine besondere Liebe zu Afroamerikanern, wobei die Weißen dazu gebracht werden sollen, ihre Schuld am Kolonialismus, an der Ustascha, am Faschismus usw. zu bereuen. Ich sehe das oft in unseren Medien, vielleicht häufiger in der Phrase „Hassrede“, die wiederum ein Amerikanismus (hate speech) ist, der in die Rechtsdokumente gelangt ist. Wir Kroaten waren schon immer schlechte Nachahmer des Westens und seiner Trends. Starčević bemerkte diese Mimikry gut bei Kroaten, die Ungarn oder Österreicher schlecht nachahmten.

Ich muss die Kritik jetzt etwas erweitern. Wir haben unsere nationale Identität auf der Grundlage einer serbischen oder einer anderen Aggression aufgebaut, also hat das serbische Regime, wenn Sie wollen, einen Aufstand geschaffen. Milošević und seine Memorandisten haben dieses „Bewusstsein“ auch in unserem Land geschaffen, was mich sehr beunruhigt. Dies ist nicht unsere wahre Identität, weil wir in Bezug auf die Identität nicht von anderen abhängig sein dürfen. Wir müssen uns unserer Identität bewusst sein, unserer Baška-Tafel, Prinz Branimir, König Tomislav, Glagolit, unsere alte Literatur, Judith, Marulić usw. Darin liegt unsere Identität, nicht in schlechter Nachahmung, in irgendeinem Balkan-Englisch oder wenn wir versuchen, päpstlicher zu sein als der Papst. Dann lachen uns Fremde aus. Ich würde auch den Fußball erwähnen, denn wenn unser Kroatien auf der

Fußballreligion basiert, dann haben wir es nicht verdient, Kroaten genannt zu werden. Wir haben eine sehr hohe nationale Kultur, auf die wir uns verlassen können. Wir brauchen eine proaktive, keine reaktive Identität.

„Bosnien und Herzegowina ist eine kleinere Kopie des ehemaligen Jugoslawiens“

Bosnien und Herzegowina ist ein Beispiel für einen tief gespaltenen Staat, in dem es keinen Mindestkonsens für sein Überleben gibt und der nur von der internationalen Gemeinschaft zusammengehalten wird. Drei verschiedene Völker, die verschiedenen religiösen und kulturellen Kreisen angehören, landeten nach dem blutigen Krieg in demselben staatlichen Rahmen, der keinem von ihnen passt. Was ist Ihrer Meinung nach die Zukunft von Bosnien und Herzegowina, dh der Zukunft der dort lebenden Kroaten?

Über den „Bosnischen Topf“ könnte man stundenlang reden. Zuallererst begrüße ich die Schritte von Herrn Janez Janša und dem „Non-Paper“, das wir kürzlich sehen konnten, denn wenn er wirklich aus der slowenischen Diplomatie stammt, drückt es eine reale Situation aus. Das eine ist der Wunsch der Theoretiker an der politikwissenschaftlichen Fakultät, wie Bosnien und Herzegowina aussehen sollte: ganzheitlich, multikulturell usw. Aber die Realität sieht so aus: Bosnien und Herzegowina ist eine kleinere Kopie des ehemaligen Jugoslawiens. Ein Befürworter des Zerfalls Jugoslawiens und ein Verfechter eines unabhängigen Kroatiens zu sein, und gleichzeitig ein Verfechter des Überlebens eines multikulturellen Bosnien und Herzegowina zu sein, ist eine Form der Selbsttäuschung, d.h ein Widerspruch in sich. Dies kann kein ernsthafter Ansatz sein.

Bosnien und Herzegowina kann nur so lange auf der Landkarte überleben, wie ausländische Faktoren, oder nennen wir sie beim richtigen Namen, nur solange die Prokonsuln der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten dort das Sagen haben. Sobald sie morgen oder übermorgen sich zurückziehen, wird Bosnien und Herzegowina zu einem neuen Konfliktherd in Europa und auf dem Balkan. Serben in Bosnien und Herzegowina haben eine bessere Position, denn selbst im Ausnahmezustand, z.B. bei verschärften Spannungen zwischen den USA und Russland können sich bosnische Serben mit ihrem rechtmäßigen und legalen Mutterland im benachbarten Serbien verbinden und auf mögliche russische Hilfe zählen. In diesem Fall werden Bosniaken angesichts ihrer schwachen bosniakischen Identität die neo-osmanischen Begehrlichkeiten der Türkei wecken, also einem Land und einer Regionalmacht, die sich ihrer jahrhundertealten Rolle auf dem Balkan bewusst ist und heute eine sehr wichtige militärische Rolle im östlichen Mittelmeerraum spielt

Was die Kroaten in Bosnien und Herzegowina angeht, sagen uns ihre niedrige Geburtenrate und ihre ständige Auswanderung alles. Kroaten in Bosnien und Herzegowina können so viel über ihre historischen Rechte oder ihre Kultur sprechen, wie sie wollen, aber angesichts des Rückgangs der kroatischen Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina ist es unwahrscheinlich, dass diese romantischen Geschichten in naher Zukunft eine Rolle zugunsten der Kroaten spielen werden. Letztlich entscheidet die Geburtenrate eines jeden Landes über seine internationale Position – und sein langfristiges Überleben.

Quelle: Vokativ.hr

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

27) Arnold Vaatz: „Orbán soll aus dem Amt entfernt werden“

14. 06. 2021



Arnold Vaatz · Bildquelle: Deutscher Bundestag

Von László Szócs

Viktor Orbán und Polens Jarosław Kaczyński werden von den deutschen Medien mehr verurteilt als Kim Jong Un oder Wladimir Putin. Sie werden in einem solchen Ausmaß dämonisiert, dass man das Gefühl hat, dass sie das Selbstwertgefühl der westeuropäischen intellektuellen Klasse bis ins Mark beschädigen, erklärte Arnold Vaatz, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, gegenüber der *Magyar Nemzet*. Wenn die Grünen in Berlin an die Macht kämen, so der Thüringer Politiker, würden sie versuchen, Ungarn in der EU noch weiter zu isolieren, und das Europaparlament werde alle Hemmungen fallen lassen, um einen Schlag gegen Ungarn zu führen.

- Hat sich die Stimmung in der CDU nach der Wahl in Sachsen-Anhalt beruhigt? Hat Armin Laschet seine Position als gemeinsamer Kanzlerkandidat der CDU/CSU gefestigt, oder könnte der Bayer Markus Söder noch als sein Nachfolger in Frage kommen?

- Nein, ich denke, die Frage ist geklärt – es sei denn, es tritt in der Zwischenzeit eine katastrophale Entwicklung ein. Unser Kanzlerkandidat ist Armin Laschet, der nach der Wahl in Sachsen-Anhalt gezeigt hat, dass wir nach wie vor eine starke Basis haben. Ich glaube auch, dass die öffentliche Meinung mit der Wahl des CDU-Ministerpräsidenten Reiner Haseloff ein wichtiges Signal der besonderen Wertschätzung für die Unabhängigkeit der Berliner Politik gesetzt hat. Haseloff hat etwas getan, was jeder Ministerpräsident in Deutschland tun musste. Er hat dem ungezügeltten Verlangen der öffentlich-rechtlichen Medien, durch die Erhöhung der TV-Gebühren noch mehr Einnahmen zu erzielen, widerstanden und dieser Gier einen Riegel vorgeschoben. In Ostdeutschland haben die öffentlich-rechtlichen Medien einen katastrophalen Ruf für tendenziöse Berichterstattung, da es sich um rein linke Formationen handelt. Für die Ostdeutschen erinnert die Verpflichtung, die öffentlich-rechtlichen Medien durch Beiträge zu finanzieren, an die DDR-Zeit, als sie für die Berliner Mauer zahlen mussten, die sie einriegelte. Auch zum ideologisch motivierten Rückbau des Braunkohlebergbaus, der die Wirtschaft im südlichen Ostdeutschland grundlegend verändert, hat Haseloff sehr stark Stellung bezogen.

- Der sächsische Publizist Gunter Weissgerber – mit dem Sie gut befreundet sind – schrieb neulich in der Magyar Nemzet: „Haseloffs Sieg bedeutet die Niederlage von Angela Merkel und den Untergang von Merkels desaströser Politik“. Sind Sie damit einverstanden?

- Ich sehe das anders. Aber eines ist wichtig: Es gibt einen wesentlichen Unterschied zwischen Haseloff und Merkel. Beide sagen, sie wollen Politik für die Mitte machen, aber tatsächlich ist die Kanzlerin die CDU immer weiter nach links zu den Grünen gerückt und dadurch faktisch zu einer zweiten grünen Partei gemacht. Haseloff hingegen hat in der Tat einen Mittelweg eingeschlagen und sich deutlich nach rechts von der Partei Alternative für Deutschland (AfD) distanziert, aber auch eine Linie nach links gezogen. Derweil verhalf Merkel einem linken Ministerpräsidenten in Thüringen zur Macht. Das hätte Haseloff nie getan.

- Können Sie sich nach der Bundestagswahl im September eine CDU-Grüne-Regierung vorstellen, ähnlich wie in Österreich?

- Ich denke, es ist möglich, oder genauer gesagt, wahrscheinlich. Im Westen des Landes haben die Grünen großen Rückhalt, auch wenn sie inzwischen hinter der CDU liegen. Eine Koalition mit der SPD wird aber gar nicht mehr möglich sein. Sie werden nicht genug Sitze haben, um dies zu tun, und sie sind auch eindeutig daran interessiert, die Koalition zu verlassen, da sie erkannt haben, dass sie dadurch nur schlechter dastehen und ihre Chancen in ganz Deutschland auf ein Niveau gesunken sind, das vorher undenkbar gewesen wäre. Sie wollen also nicht weitermachen, selbst wenn sie die Stimmen dazu hätten. Ich denke, wenn die Grünen vor der SPD landen, gibt es keine andere Möglichkeit, als sie in die Regierung zu bringen. Hoffen wir natürlich, dass sie nicht die stärkste Partei sind und dass wenigstens die CDU den Kanzler stellen kann. Die Frage ist, ob eine dritte Partei benötigt wird. Vielleicht brauchen wir die liberale FDP, und dann wird es interessant sein zu sehen, wie sie sich verhält. Beim letzten Mal sind sie aus den Koalitionsverhandlungen ausgestiegen. Formal begründeten sie dies damit, dass sie der von CDU und Grünen gemeinsam geplanten Energiepolitik – etwa dem Ausstieg aus der Kohleförderung – nicht ihren Namen geben würden. Aber ich persönlich denke, dass das nicht der wahre Grund war. Der wahre Grund waren tiefe persönliche Kränkungen.

- Sie sind ein Mann, der Ungarn gut kennt. Sie haben gerade eine vernichtende Bemerkung über die deutschen Medien gemacht. Man fühlt sich wie ein Sündenbock, wenn man in deutschen Zeitungen über Ungarn liest, und dasselbe gilt für die deutschen öffentlichen Medien. Kürzlich hat der Bericht der Deutschen Welle aus Buda starke Ressentiments geweckt. Was ist bei uns in Deutschland so schief gelaufen?

- Das ist nicht nur in Deutschland der Fall, sondern in ganz Westeuropa. Lange Zeit nach dem Warschauer Pakt und dem Zusammenbruch des Sozialismus sonnte sich der Westen in ihm und prahlte mit seiner Eitelkeit, so wie die Mitteleuropäer und DDR-Bürger seinen hohen Lebensstandard bewunderten. Später zeigten aber auch die Wahlpräferenzen dieser Länder, dass sie sich zunehmend von der westlichen Lebensauffassung abwandten, die Klimaideologie als irrsinnig und die moralische Dominanz über die ganze Welt als lächerlich und aufgeblasen empfanden. Von diesem Punkt an erlitt der Westen eine große narzisstische Wunde und fühlte sich in seiner Eitelkeit verletzt. Er war nicht mehr der Beste, das Nonplusultra von allem. Es waren die Polen, die Ungarn, die Tschechen und die Ostdeutschen, die in Frage stellten, ob Westler überhaupt normal sind, wenn sie über, sagen wir, dreißig Geschlechter sprechen. Ebenso verhält es sich mit dem ökologischen Hype, dass praktisch die gesamte westliche Politik der Rettung des Klimas untergeordnet wird. Ungarn und Polen unterscheiden sich von den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern dadurch, dass sie eine politische Kontinuität haben, ihre Regierungen weiterhin

durchhalten und sie große Unterstützung in der Bevölkerung genießen. In diesen beiden Ländern ist dies auf Persönlichkeiten an der Spitze zurückzuführen, wie Viktor Orbán und Jarosław Kaczyński. Orbán ist die personifizierte Antithese des aktuellen Modetrends im westeuropäischen politischen Denken. Und noch etwas ist mir erst im Nachhinein klar geworden: Der Sozialismus brach gerade dann zusammen, als er die Herzen der Westeuropäer eroberte. Der Zusammenbruch des östlichen Sozialismus war die größte und schwerste Niederlage, die die westeuropäische Linke je erlitten hat. Und da die politische Linke praktisch das gesamte Medienspektrum dominiert und in den letzten Jahren keinen Platz für konservative Stimmen zugelassen hat, haben sie einen Hass auf Orbán und Kaczyński. Sie werden grundsätzlich verurteilender oder aggressiver behandelt als Kim Jong Un oder Wladimir Putin. Sie werden derart dämonisiert, dass man das Gefühl hat, dass das Selbstwertgefühl dieser Klasse westeuropäischer Intellektueller bis ins Mark beschädigt wird.

- Was kann die Bundestagswahl für Ungarn bringen? Wie könnten sich die Beziehungen im Falle einer Laschet-Regierung entwickeln?

- Ich hoffe auf eine Verbesserung, bin mir aber überhaupt nicht sicher. Wenn die Grünen an der Regierung sind, werden sie alles tun, um den Außenminister zu stellen, und dann wird natürlich die bisherige Politik gegenüber Ungarn fortgesetzt. Das heißt, sie werden versuchen, Ungarn so weit wie möglich auszuschließen, es aus der Europäischen Union zu verdrängen, es zu bestrafen und so weiter. Es ist auch möglich, und ich hoffe, dass dies der Fall sein wird, dass Laschet eine konstruktive Rolle in dieser Angelegenheit spielen wird. Aber ich befürchte, dass das Europäische Parlament in seinem Hass auf Ungarn immer ungezügelter wird und ungehemmt versucht, Ungarn zu treffen und, wenn möglich, Orbán zu schaden und ihn aus dem Amt zu entfernen. Dessen bin ich mir hundertprozentig sicher. Im Moment lassen sich die europäischen Politiker nicht von Rationalität leiten, wenn es um Sie geht. Diese Aggressivität gegenüber Ungarn, dieser Anspruch auf moralische Exklusivität, dieser Anspruch, dass sie allein wissen, was Demokratie ist, kommt aus Brüssel, nicht primär aus Berlin. Aber wenn ich Ihnen einen Rat geben kann, dann den, dass die Nähe zu Putin und der chinesischen Universität Ihr Image ohne guten Grund beschädigt. Wenn Sie in dieser Richtung weitermachen, wird das früher oder später die Beziehungen zu denen in Deutschland, die voll auf der Seite Ungarns stehen, zerstören. Das sind Dinge, die dazu führen werden, dass Ungarn Freunde verliert.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

28) Samisdat Nr. 9 – Gegen den unerhörten Ton der europäischen Linken

12. 06. 2021



Viktor Orbán · Bildquelle: Ungarnreal

Die europäische Linke, allen voran die **deutsche Linke attackiert Ungarn erneut in einem unerhörten Ton**. Jetzt aus dem Grund, da es in der Angelegenheit von Hongkong nicht bereit war, eine gemeinsame Erklärung zu unterzeichnen, die jedweden politischen Gewichtes und jedweder Ernsthaftigkeit entbehrte. So war es, und wenn sie auch hundertmal erneut vorgelegt werden sollte, wird auch zum hundertsten Mal dies das Ergebnis sein.

Laut dem Standpunkt Ungarns muss jene Brüsseler Praxis beendet werden, die sich in dem Fabrizieren von und dem Herumwedeln mit Erklärungen erschöpft.

Wir verstehen es, wenn irgendeiner der Mitgliedsstaaten aus innerstaatlichen, innenpolitischen Gründen ein Papier aufzeigen können möchte, auf dem das Logo der EU zu sehen ist. Aber auch dafür gibt es Grenzen. In den vergangenen Jahren hat diese innenpolitisch motivierte gemeinsame Außenpolitik dazu geführt, dass die Außenpolitik der Europäischen Union lächerlich geworden ist. Wenn man bisher acht unserer gemeinsamen Erklärungen beiseite gefegt hat – und im Fall Chinas ist das geschehen –, wird auch die neunte ein spöttisches Gelächter auslösen. Wir erscheinen als bemitleidenswerte Papiertiger, und wegen unserer Erklärungen, die keinerlei Folgen haben, lacht die Welt über uns.

Es wäre an der Zeit, dass statt der Erklärungen produzierenden außenpolitischen Bürokraten endlich **die wahren führenden Politiker Europas**, die tatsächlichen Former der Außenpolitik, das heißt **die Staats- und Regierungsoberhäupter die großen strategischen Fragen selbst in die Hand nehmen**, so wie das zuletzt auf der Sitzung des Europäischen Rates im Fall Russlands geschehen ist.

Was die Chinapolitik Europas angeht, so muss man unserer Meinung nach dem vorbeugen, dass erneut eine Politik und Kultur des Kalten Krieges in der Weltpolitik entsteht.

Der Neustart des Kalten Krieges ist den Interessen Europas, Mitteleuropas und auch Ungarns entgegengesetzt.

Wir benötigen Entwicklung, grüne und digitale Entwicklung. Wir brauchen Zusammenarbeit, Investitionen, Handels- und kulturell-wissenschaftliche Beziehungen, und nicht Boykotte, Sanktionen, Rügen und Belehrungen.

Ungarn wird in der Zukunft ebenso wie bisher alles im Interesse der Entwicklung der internationalen Kooperation unternehmen. **Wir werden unsere durch den Grundvertrag der Europäischen Union garantierten Rechte nutzen, wir verfahren entsprechend des Prinzips der loyalen Zusammenarbeit, und wir werden für die Wiederherstellung des außenpolitischen Gewichts und Ansehens von Europa arbeiten.** Wir unterstützen die Initiativen, die auf die Herstellung der strategischen Souveränität und Autonomie Europas abzielen. Dazu müssen wir zuerst den außenpolitischen Amoklauf der europäischen Linken beenden.

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst in deutscher Sprache bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION. Ungarisches Original: miniszterelnok.hu/szamizdat-9/

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

29) Ungarn: 100-jährige Bilanz der Linken

Von István Zoltán

04. 06. 2021



Bildquelle: Ungarnreal

Was hat denn die ungarische Linke in den letzten hundert und ein paar zerquetschten Jahren in Ungarn dem Gemeinwohl Dienliches zustande gebracht, auf das sie mit Recht stolz sein könnte, vor dem wir den Hut ziehen könnten? Die Frage ist auch deshalb schwierig, weil die Linke nicht geeint und in Raum und Zeit stark fragmentiert ist.

Nun, wir Ungarn wurden in 1919 und später nach 1945 mit dem schlimmstmöglichen, bolschewistisch-kommunistischen Terror nach russischem Vorbild überzogen.

Was können wir also in die positive Schale der wertenden Bilanz legen, wenn wir **die inländische Linke bewerten? Landverteilung?** Die barmherzige **Verteilung von Land, das anderen gestohlen wurde**, damit im nächsten Moment die Menschen, die zum Land kamen, in die sozialistischen Genossenschaften gedrängt werden? Oder **die Verteilung von Mietwohnungen nach Räumungen und entschädigungslosen Verstaatlichungen?**

Und was können wir in die andere, **negative Schale der Waage** legen?

Als erstes Mihály Károlyis Assistieren zur kommunistischen Machtübernahme **in 1919, den roten Terror** des in gepanzerten Zügen herumfahrenden blutrünstigen Tibor Szamuely mit seinen Gefährten, und die von ihnen eingeführte **133 Tage andauernde Proletar-(eher Terror-)diktatur.**

Zweitens, den **systematischen Wahlbetrug** mit den berüchtigten blauen Zetteln **in 1947** und die skrupellose Schreckensherrschaft des Salami-Taktikers Rákosi. Und im Zusammenhang damit **die erzwungene Flucht von Hunderttausenden Menschen aus Ungarn 1956.** Den neuen, schweren Verlust an Menschen nach dem Krieg.

Drittens, **die Einrichtung der Staatsschutzbehörde** (AVH- ung.Stasi), die Menschen folterte und sie zwang, Meineide zu leisten oder falsch auszusagen. **Konzeptionsprozesse** an den Gerichten, welche von der Parteizentrale aus gesteuert wurden. Die Blutrichter. Kistarcsa, Recsk und Hortobágy, **Lager für die entrechteten Vertriebenen.** Wo viele **ohne Urteil**, unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten, bis aufs Blut gedemütigt, zur **Zwangsarbeit** gezwungen und im besten Fall zu stummen Überlebenden wurden.

Viertens, die grausame **Verfolgung von Kirchen und Priestern**, die Auflösung von Klöstern und Nonnenorden und damit die **gezielte Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.**

Fünftens, die **entschädigungslose Verstaatlichung** und Liquidierung der damaligen Betriebe, die **Verfolgung der ausgeplünderten Eigentümer.** Und damit das Absterben des Unternehmergeistes der Begabten und Fleißigen.

Sechstens, die **Verfälschung der ungarischen Geschichte, das Verbot von literarischen Werken und Theaterstücken.** **Bücher** wurden verboten, Zeitschriftenredaktionen, welche die Fakten beschrieben hatten, wurden geschlossen und Dichter und Schriftsteller auf Lebenszeit zum Schweigen gebracht.

Siebtens, die **Verhinderung der akademischen Bildung junger Menschen allein aufgrund ihrer Herkunft.**

Und die Liste ist noch lange nicht zu Ende; die weiche Diktatur der Kádár-Ära zum Beispiel hat nur der begrenzten Kapazität wegen keinen Platz mehr auf der negativen Seite der Skala gefunden.

Die aggressive linke Politik der Versprechungen und der Gewalt, die auf menschlicher Gutgläubigkeit oder auf Neid und Hass baut, hinterließ und hinterlässt weiterhin kaum zu heilende Narben am Körper der Gesellschaft. Und sie zerstört absichtlich und skrupellos den sozialen Zusammenhalt.

Das Geheimnis des zweifelhaften Erfolgs der Linke ist ihre Fähigkeit, gutgläubige und unerfahrene Menschen mit einfachen, scheinbar sympathischen Ideen zu verzaubern und in die Irre zu führen. Indem sie **unerfüllbare Versprechungen** macht, pflanzt sie **unrealistische Forderungen und falsche Anschuldigungen** in die Köpfe. Sie ist auch deshalb erfolgreich, weil sie **keine moralischen Skrupel hat** und sich dadurch leicht an die jeweilige Situation anpasst. **Wenn es sein muss, verkleidet sie sich als Mutant und zielt sich mit modischer grünen Schminke.** Sie glaubt, dass der Zweck die Mittel heiligt. Alle Mittel. In der Tat ist die jüngere Generation für linkes, aber schädliches Gedankengut in attraktiver Verpackung anfällig. Es ist kein Zufall, dass **die routinierte Linke, die Unerfahrenheit der Jugend ausnutzend, sie als Rammbock benutzt, um die Macht zu erlangen und zu behalten.** Die einzige Verteidigung gegen die Meister des Kuhhandels ist die gründliche Kenntnis der Geschichte, sonst wird sich alles wiederholen. Und auf die Täuschung folgt zwar Enttäuschung, aber niemals die Reparatur.

Die Linke unserer Zeit hat die Kultur der Verweigerung etabliert: keine Olympiade, kein Grenzschutz, keine Atomenergie, kein Stadtwäldchen-Projekt, keine neue Eisenbahnlinie nach Belgrad, keine nationale Konsultation, kein Impfstoff vom Osten, keine Fudan-Universität, keine autochthonen Ungarn jenseits der Grenze, nichts.

Sie waren sich untereinander nicht mal einig in der Unterstützung der familienpolitischen Maßnahmen!

Es ist ein bezeichnendes Zeugnis für die Linke, dass sie auch nach Jahrzehnten der Machtausübung als Einparteienherrschaft nicht in der Lage war, das Land demokratisch zu regieren. Denn bloße Macht reicht zum Regieren nicht aus. Regieren ist nicht die **servile Ausführung von Befehlen fremder Mächte.**

##Das Handeln aller linken Regierungen seit 1994 könnte ein Lehrbuchbeispiel für den totalen Bankrott sein; einige haben es sogar selbst zugegeben. Die linken Regierungen haben unermesslichen Schaden angerichtet, zum Beispiel durch die Übertragung strategischer Wirtschaftssektoren in ausländische Hände, durch die Veruntreuung des nationalen Vermögens, durch die Zerstörung des internationalen Ansehens Ungarns.

Die imaginäre Waage ist unweigerlich auf den Kopf gefallen, denn **die positive Waage ist leer und die negative mit unverzeihlichen Sünden und irreparablen Schäden überfüllt.** Eingeständnis und Entschuldigung sind natürlich ausgeblieben. Darüber hinaus setzt sich der linke Amoklauf heute in beschleunigtem Tempo fort, unterstützt durch starken internationalen Rückenwind und wohlhabende Sponsoren. Missachtung der Souveränität und nationalen Interessen unseres Landes eingeschlossen. Nur damit die Linken wieder einmal die Macht an sich reißen können und im Gegenzug zu gehorsamen, ferngesteuerten Statthaltern werden. Denn die Heimat steht bei ihnen nicht an erster Stelle.

Nach einer hundertjährigen Gnadenfrist gibt es und kann es keine Vergebung für die begangenen Sünden und die schwerwiegenden Versäumnisse geben.

Was kann ich als ein Mann, der in die Rákosi-Ära hineingeboren wurde, dem wohlmeinenden, aber unsicheren Wahlvolk, **den Ungläubigen, den Uninformierten, aber**

vor allem der Jugend noch sagen? Lesen Sie István Fekete's Buch „Zsellérek“, das früher verboten war! Und das Buch „Gefängniswelt in Ungarn“, geschrieben von István Fehérváry, über die Zeit zwischen 1945 und 1956. Wenn Sie die geistige Kraft dazu besitzen.

Sei es drum! Zum Schluss empfehle ich jedem, **das Museum „Haus des Terrors“**, das den Opfern der Diktaturen des 20. Jahrhunderts gewidmet ist, in Budapest zu besuchen. Wo sich die Diktatoren unserer Zeit mit der realen, hier **in Stein gefrorenen Diktatur, ihren Tätern und gegenständlichen Beweisen auseinandersetzen können**. Und wenn all dies geschehen ist, bleibt nur noch die Frage:

Ist es wirklich das, was wir wollen? Schon wieder?

Der Autor Dr. István Zoltán ist Universitätsdozent i.R

Ungarnreal

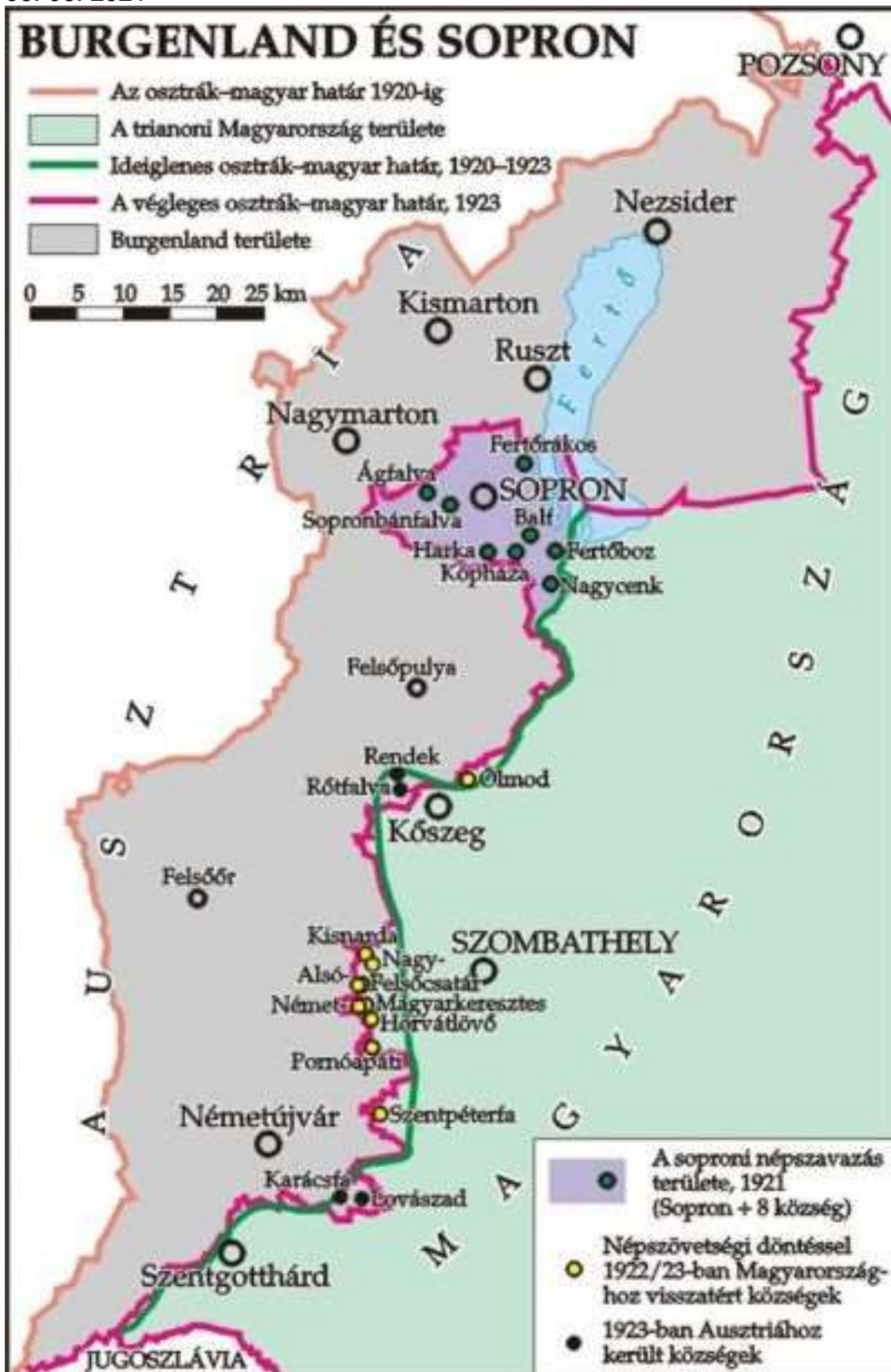
Dieser Beitrag von [MAGYAR NEMZET](#) erschien in deutscher Sprache (Übersetzung von Dr. Andrea Martin) zuerst bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

30) Örvidék, das heutige Burgenland

Von István Heinrich

06. 06. 2021



Bildquelle: MTA

Das schöne Land, wo Störche im Tiefflug im Nationalpark und Welterbe Neusiedler See (Fertő-tó) zu sehen sind, wo Haydn-Kirche und Esterházy-Schlösser, aber auch Türkentürme, Ritterburgen zu finden sind, alles worüber Landbewohner und Touristen sich begeistern, heißt **heute Burgenland und nicht mehr Órvidék**. Es ist eine kuriose oder vielmehr traurige Eigentümlichkeit des Trianon-Diktats, dass sogar der Kriegsverlierer Österreich durch das Friedensdiktat von Trianon ein ansehnliches Stück Land von Ungarn erhielt.

Worüber viele unserer österreichischen Nachbarn mit Freude so sprechen, es sei seit hundert Jahren ihr Land, das war eigentlich über Jahrhunderte **das Gebiet der magyarischen Grenzwächter, Grenzbeobachter und Grenzschützer**. Die heutigen Ortsnamen mit der Endung „wart“ belegen das. **Oberwart/Felsőőr, Unterwart/Alsóőr, Siget in der Wart /Őrsziget** weisen noch auf die Siedlungsräume der „Grenzwarde“ hin, während Ortsnamen wie **Oberschützen/Felsőlövő, Unterschützen/Alsólövő**, jenen Raum markieren, in denen die Grenzhüter lebten. Die Grenzwächtersiedlungen konnten sich über Jahrhunderte halten, die Bewohner genossen bis 1848 königliche Privilegien.

Die wirtschaftliche Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert führte zum Entstehen eines aufstrebenden Bürgertums. Dieses war in der Hauptsache ungarisch. **Der Ausgleich 1867 führte zu einem Aufschwung der Zahl der Ungarn**. Neben den traditionell ungarischsprechenden Gemeinden **Oberpullendorf/Felsőpulya, Mitterpullendorf/Középpulya, Oberwart/Felsőőr, Siget in der Wart/Őrsziget** und **Unterwart/Alsóőr**, wiesen insbesondere die Gemeinden **Bruckneudorf/Királyhida** und **Güssing/Németújvár** sehr hohe Anteile magyarischer Bevölkerung auf (über 50 %).

Die Folgen des Trianon-Diktats stellten alles auf den Kopf. Die Veränderungen sind darauf zurückzuführen, dass viele **magyarische Beamten, Militärs den neuen Staat Österreich verlassen haben**. Es gab immerhin noch genügend ungarischsprachige oder gemischtsprachige Schulen im Bundesland. Es gehörte regelrecht zum guten Ton der Intelligenzschicht, sich zur ungarischen Kultur zu bekennen.

Diese Anerkennung der ungarischen Kultur kam nicht von ungefähr. Die ungarischen Fürsten, allen voran diejenigen der **Familie Esterházy brachten schon vor 350 Jahren Kunst und Kultur ins Burgenland**. Auch im 21. Jahrhundert fördert die Unternehmerfamilie das regionale Kulturleben. **Ohne Esterházy scheint im Burgenland gar nichts zu gehen**. Schloss Esterházy in **Eisenstadt/Kismarton** und die Burgen **Forchtenstein/Fraknó** und **Lockenhaus/Léka** sind nur einige der **Besitzungen jenes alten Adelsgeschlechts**, das nicht nur die Vergangenheit des Landes pflegte, sondern auch die Gegenwart tatkräftig mitgestaltet.

Untrennbar mit dem Fürstenhaus verbunden ist **Josef Haydn**, der 30 Jahre lang als Kapellmeister einen Großteil seiner Werke seines fürstlichen Arbeitgebers komponierte. **Mozart** konzertierte mehrmals bei seinem Gönner Graf Johann Esterházy in Wien. Und auch die Karriere **Franz Liszts**, der im übrigen auch **aus Burgenland stammte**, begann seine Karriere im Eisenstädter Schloss. Dort begeisterte er 1819 im Alter von neun Jahren eine kleine Runde von Kunstfreunden mit seinem virtuosen Klavierspiel.

Zurück zur Gegenwart. – Verglichen mit meinen **ungarischen Landsleuten** in den Folgestaaten, die nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg entstanden, genießen meine Freunde und Bekannten **in Österreich**, ähnlich wie in den anderen westlichen Ländern Vorzüge, vor allem was ihr materielles Wohlergehen betrifft. Manchmal sinne ich aber

darüber nach, ob das vielleicht zutrifft, dass ein **Großteil** von ihnen **relativ schnell assimiliert** wird, und ihre **Nachkommen** nach zwei oder drei **Generationen** ihren **Ursprung** nur als ein **Kuriosum** in einem **pletschernden Gespräch** erwähnen?

Der Autor, Prof. Dr. István Heinrich, ist Agrarökonom i.R.

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien zuerst bei UNGARNREAL, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

31) Oberungarn: heimatlose Heimat

Von Péter Gágyor (Oberungarn, die heutige Slowakei)

07. 06. 2021



Bildquelle: Webseite von Miklós Durai / Ungarnreal

Ein Haus wird aus festen Stoffen gebaut, eine Heimat aus Gefühlen. Kann man sich mit den Grundlagen unserer Gefühlswelt sachlich auseinandersetzen? Ich meine, das kann man nicht.

Schon in der Dämmerung des irdischen Lebens wird durch die Geburt eines Kindes in dessen sich entwickelnder Seele ein eigenartiger Strauß von Erlebnissen zusammengetragen, die zunächst hauptsächlich im Unterbewusstsein abgespeichert werden. Neue Erlebnisse schließen sich dabei den noch im Fötusstadium erfahrenen Stimmungen, Ängsten und Geräuschen an.

Bei meiner Geburt nahm der Krieg nicht wie durch Zauberhand ein Ende. Schließlich waren kulturelle Entstellungen und entartetes menschliches Benehmen für die vierziger, fünfziger Jahre charakteristisch – leider sogar für die Jahre danach. Die auf den Krieg folgende Generation erbt die Ängste ihrer allzeit zur Flucht bereiten Mütter und deren zerstörerische, frustrierende Effekte. **In den Tagen nach dem Kriegsende mussten sich die Menschen die Frage stellen, wie dieser neue Zeitabschnitt zu bewerten war. Als Befreiung oder als Besetzung** – welches war die passende Einordnung für diese gewichtigen Zeiten: für die verworrenen Zeiten der **Zwangsarbeit, der vergewaltigten Frauen**, des Schicksals, abermals **zu den Kriegsverlierern zu gehören, als kollektiv Schuldige gebrandmarkt**, die Zeit **der Trauer über den Holocaust, des wiederholten Trianon, der Lager**, der als Kriegsgefangene **verschleppten Verwandten** und **Bekannt** und des **Bevölkerungsaustausches**.

Die nicht zu verdrängende Erfahrung des Volkes, ewige Verlierer zu sein, und dessen blutige Folgen haben in dieser Hinsicht die außerhalb der Grenzen dieses erneut verstümmelten Landes lebenden Ungarn vielleicht noch härter getroffen als die innerhalb der Landesgrenzen gebliebenen.

Was ist die Heimat? Was bedeutet der Begriff innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen? Welche Erlebnisse sind mit diesem emotionsgeladenen, ein Gefühl der Sicherheit versprechenden Begriff in der erwachenden Seele des Kindes, dann des Jugendlichen und schließlich des Erwachsenen verknüpft?

Was ist die Heimat, wenn über ihre Landschaften fremde Heere streunen, wenn die neuen Machthaber deine Sprache verbieten, deine Schulen und Staatsangehörigkeit abschaffen

– wie es aufgrund der **Beneš-Dekrete** in der neu zusammengeflückten zweiten tschechoslowakischen Republik geschah, auf dem vom früheren Faschisten Tiso – Hitlers liebster Musterstaat-Kreatur – geführten Gebiet der Slowakei, **wo man dich schon als Säugling als Kriegsverbrecher betrachtet?** Man zeichnete uns aufgrund der Nationalität als kollektiv Schuldige aus.

Dass sich in die Gedanken über Heimat beziehungsweise Heimatlosigkeit Emotionen mischen, ist tatsächlich unvermeidbar.

Wer in Oberungarn (Oberland, **Felvidék**, ehemals die nördliche Region des **Königreichs Ungarn**, heute Slowakei) ein **heimatloser Ungar** ist, der galt als Außenstehender in jedweder Gemeinschaft und als zu Vertreibender, oder wenn er feige war, **wurde er "rechtmäßig" zur Ablegung und Verleugnung seiner Muttersprache und Kultur gezwungen**. Die schweren Folgen dieser Vorgehensweise sind auch heute noch an der rapiden Assimilation der dortigen Ungarn zu messen. **Wer im Zuge des "Bevölkerungsaustauschs" nach Ungarn umgesiedelt wurde, der fand seine gestohlene Heimat in einer fremden Landschaft und in einem fremden Haus auch nicht wieder**. Einige packten ihre Habseligkeiten jahrelang nicht aus, quälten sich aber in den ihnen zugewiesenen Häusern von vertriebenen Schwaben (also deutschsprachigen Ungarn, die im Grunde ihre Schicksalsgenossen waren) mit den wiederkehrenden Gespenstern des gerbten Leids.

Immerhin hörte auf internationales Drängen hin das schändliche "Social Engineering" nach zwei Jahren auf. **Der utopische Versuch der Kreation eines Nationalstaates brachte viele Verluste und Tote mit sich (in Viehwaggons erfrorene Säuglinge, Selbstmorde, in der Donau Ertrunkene).** In das "entdeutsche" Sudetenland auf tschechischem Terrain kehrten auch viele zur Zwangsarbeit verschleppte Ungarn heim.

Das schlechte gesellschaftliche Klima blieb jedoch bestehen, denn die die Mehrheit bildenden Slowaken hatten sich vom ungar- und deutschenfeindlichen Regierungsprogramm anstecken, teilweise sogar regelrecht betören lassen. Die Ungarn lernten das Fürchten, denn die Beneš-Dekrete gehören bis heute zur Rechtsordnung der Slowakei, auch wenn sie derzeit nicht angewendet werden.

Diese Furcht war auch berechtigt: Nach dem Februarumsturz 1948 wurde die volksdemokratische Tschechoslowakei vom Kommunisten Klement Gottwald geführt, der die "internationalistische" Verheißung der Entungarisierung mit Beneš gemeinsam verkündet hatte. Auf der Steinmauer unseres städtischen Krankenhauses war noch bis zum Ende der 50er Jahre seine Wahl-Parole zu lesen: *"Wählt die Nummer 3 und es wird hier keine Ungarn mehr geben!"*

Für die Unruhen der oberungarischen Gebiete gibt es zwar keine eindeutigen historischen Gründe, aber mythologische Scheingründe. Diese haben sich in das **gesellschaftliche Halbwissen** eingebrannt, selbst in die Grundlagen des **Schullehrstoffs**. Im Grunde genommen **begannen diese Geschichtsverfälschungen mit dem vom russischen Zaren initiierten Panlawismus**. Nach dessen Muster bildeten sich Utopien von der Erschaffung neuer, "rein nationaler Heimatländer". Parolenartige Ideologien von der Rückgewinnung der "Urheimat".

Martin Eggerts Werk "Das Großmährische Reich, Realität oder Fiktion?" erschien 1995. Bei slawischen, besonders bei tschechischen und slowakischen Historikern, löste es mit Sicherheit keine Begeisterung aus. Denn es **belegt, dass das "Reich" in Wahrheit bloße Fiktion ist.**

Das Großmährische Reich und die Kontinuität der Slowakei sind nämlich doch nur **falsche Mythologien des Karpatenbeckens, so wie auch die dako-romanische Theorie**. Auch im kollektiven Gedankengut der Ungarn sind ähnliche Mythen entstanden, doch diese wurden immerhin nicht auf eine akademische Ebene erhoben, sie wurden schon bei ihrer Entstehung zur Zielscheibe der Ironie.

Ist die Wissenschaft kontaminiert? Jeder Dialog kann zu einem psychopathischen Austausch von fixen Ideen entarten. **Dadurch können die "Gewinner" die Assimilation von mehr als einhunderttausend Ungarn als Erfolg erachten.** Diese Bestrebungen können als krankhafte Symptome von besonders grotesken kleinen nationalistischen Sehnsüchten angesehen werden. Insbesondere angesichts der negativen Statistiken des aktuellen Bevölkerungszuwachses in Europa und der Daten der immer stärkeren Zuwanderung von außerhalb Europas.

Was Europas größere, staatsbildende und sich somit in einer besseren Lage befindenden Nationen mit Minderheiten anstellen, ist wahrhaftig eine absurde Komödie, die sich zu Ungunsten der ursprünglichen Bevölkerung abspielt. Die zerstörerische Tätigkeit von sich hinter dilettantischer Wissenschaftlichkeit versteckenden NGOs und aggressiven "scheinivilen" Organisationen gegenüber der traditionellen Zivilisation. Dem Schicksal können auch sie nicht entgehen. Fruchtbare (sich nicht vermehrende) Nationen gelangen früher oder später hierhin. **Ein Heilmittel gegen die Verbreitung von Gewalt gegen**

Nationalitäten wäre vielleicht der ursprüngliche Liberalismus. Das wäre seine Aufgabe. In einer Überdosis ist der neue Neoliberalismus allerdings schädlich wie ein überdosiertes Medikament, seine Nebenwirkungen töten alles ab.

Wir sind wieder weniger geworden in Oberungarn. Nach der letzten Volkszählung (2011) betrug der Verlust 60000 Ungarn in zehn Jahren. Ein weiterer Dominostein in dem Prozess, der mit Trianon angefangen hat.

Ein bezeichnendes Beispiel der bevölkerungspolitischen Gewalt: "In Preßburg gab es eine knappe deutsche Mehrheit, eine beachtliche ungarische Bevölkerung und eine kleinere slowakische. Aus slowakischer Perspektive war es einer der größten "Erfolge" der auf Trianon folgenden Jahrzehnte, dass sich die ethnischen Verhältnisse in dieser Stadt dermaßen stark veränderten." (György Farkas) **So wurde Pozsony (Preßburg), wo der Anteil der slowakischen Bevölkerung etwa 14% betrug, der Anteil der deutschen 39% und der Anteil der ungarischen 37%, dennoch zu Bratislava, zur slowakischen Hauptstadt.**



Pozsony (Preßburg, Bratislava) war die Hauptstadt des Königreichs Ungarn von 1536 bis 1848). Kupferstich von Matthäus Merian, 1638 - Bildquelle: Ungarisches Nationalmuseum

Der Verlust wird natürlich nur immer größer, wobei auch das schwindende Bevölkerungswachstum eine Rolle spielt, was wir mit einem unnatürlichen Begriff als "natürlichen Rückgang" verbuchen möchten. Darin liegt die ironische Färbung der wissenschaftlichen Fachsprache.

In jedem Fall ist die Erosion der ungarischen Bevölkerung in Oberungarn furchterregend und tragisch. Von der Wende bis 2011 ist die Zahl der Ungarn laut den Daten der Volkszählung um 110 000 geschrumpft, auf weniger als eine halbe Million.

Was haben wir für Aussichten? Die Bevölkerungsentwicklung in ganz Europa zeigt allgemein eine sinkende Tendenz. Für uns ist ein vielfaches dieser Tendenz Realität. Seit (und wegen) Trianon gibt es keine echte oder retuschierte Statistik, die das Schreckensbild verdrängen könnte, dass dies über systematische Unterdrückung das Ergebnis einer gewissen Assimilationspolitik ist.

Die wechselhafte Ausübung von Assimilationszwang in der Gesellschaft und der Politik (manchmal verstärkt durch Polizeiterror), die "verdummte" Kommunikation der europäischen (Nachbar-)Völker, ist weiterhin unaufhaltsam. Der aus der Perspektive der sogenannten Mehrheitsvölker als erfolgreich erachtete Prozess erschafft in allen Nachfolgestaaten neue Geschichten, neue Vergangenheiten. **In Österreich** ist dieser Vorgang in Hinblick auf die einheimische ungarische Bevölkerung bereits fast vollständig abgeschlossen. Die **in Kroatien und Slowenien verbliebenen Ungarn** könnten sich fast schon den Luxus **positiver Diskriminierung** erlauben, über die Gründung **folkloristischer Reservate**, als touristisch interessante Besonderheit.

Die Vojvodina, Siebenbürgen, Transkarpatien und Oberungarn werden in langsamen Qualen aufgezehrt. Der Zustand des Volksempfindens ist von Ort zu Ort unterschiedlich, abhängig von den örtlichen Zwangsmaßnahmen, politischen Manipulationen, Mengenverhältnissen der Nationalitäten und der Strategie der wechselnden Mehrheitsmächte. *"Die Namensforschung in Oberungarn lässt darauf schließen, dass als Ergebnis der Assimilation eine noch zerstreutere, wahllosere Gesellschafts- und Nationalitätenstruktur entstanden ist als im Falle von Siebenbürgen. Neben den geschichtlichen Hintergründen ist ein weiterer Grund hierfür die "Enthauptung" (Vertreibung, Umsiedlung) der ungarischen Intelligenz nach 1945. Wenn wir in die Tiefe gehen, erscheint der slowakische Chauvinismus zwar nicht so augenscheinlich wie der rumänische, er war aber viel methodischer und wirkungsvoller."* (Mihály Hajdú)

Und siehe da, **es entsteht eine heimatlose Heimat, beziehungsweise eine entheimatete Heimat. XY wird nach dem Krieg geboren. Als Ungar in einer mehrheitlich ungarischen Kleinstadt jenseits der Grenze.** Seine Familie erhält den weißen Zettel, den Aussiedlungsbescheid. Der Vollzug zieht sich "zum Glück" hin. Seine Großmutter nimmt ihn in eine Bergbaustadt mit, damit ihm weniger Leid zuteil wird. In der Bergbaustadt gibt es dünn gesät noch ein paar andere ungarische Familien, doch **auf der Straße wird bereits Slowakisch gesprochen. XY findet keine Heimat, er bleibt fremd und bekommt dies auch zu spüren.** Die internationale Politik macht der Aussiedlung ein Ende, die Ungarn erhalten ihre Staatsbürgerrechte zurück. **Sie dürfen bleiben. XY kehrt in seine Stadt zurück.** Durch den langen Urlaub spricht er seine Muttersprache etwas fehlerhaft. Von der heimischen Jugend wird er auch hier schief angeschaut. **Eigentlich ist er zuhause, aber trotzdem fremd.**

Er besucht eine ungarischsprachige Schule, doch das Wertesystem des Internationalismus lässt ihn seine Zweitrangigkeit spüren. Seine Sprache wird auf den häuslichen Gebrauch beschränkt.

Nach dem Abitur schlägt es ihn nach Bratislava, in einem Studentenclub ist er vorsichtig politisch aktiv und gerät ins Blickfeld der Staatssicherheit. **Er wird Journalist auf seiner Muttersprache, wird also ein Teil der verdächtigen ungarischen Intelligenz. Später verliert** er wegen einer als antisowjetisch erachteten Theaterproduktion **seine tschechoslowakische Staatsbürgerschaft** und wird zum Ungarn außerhalb der Grenzen des Mutterlandes. (Und diese Situation ist nur scheinbar absurd. Dezső Györy, der in den 20er bis 30er Jahren in seiner Gesellschaft in Oberungarn als zweiter Ady gehandelt wurde und ab 1949 in Budapest lebte und an Bedeutung verlor, ist trotz seiner literarischen

Errungenschaften verschwunden.) Von der politischen Polizei **in Ungarn** wird er mit Rekrutierungsabsichten ausgefragt, und da er widersteht, **muss er immer mehr Retorsionen ertragen. Er emigriert nach Deutschland.** Bis er sich mittlere Sprachkenntnisse angeeignet hat, stellt sich die Frage nach der Heimatsuche gar nicht mehr. **Nach anderthalb Jahrzehnten kehrt er zurück, doch in seiner ursprünglichen Heimat darf er mangels Staatsbürgerschaft keine Immobilien kaufen** (die Union reicht noch nicht bis zur Slowakei). In Ungarn, ein paar hundert Meter von der Donau und dem dahinter liegenden "schönen bunten Zierband" entfernt (wie Dezső Győry Oberungarn nannte), darf er es. Seine **ewige Heimatsuche** endet in einem Ausgleich mit ein paar Minuten lang dauernden Überfahrten und Gespaltenheit.

Die zwiegespaltene Erfahrung.

Ungar außerhalb Ungarns. Außerhalb Ungarns und dennoch Ungar. Ungar und dennoch außerhalb des Landes. Wer soll das verstehen?

Bisher hat er vierzehn Bücher geschrieben. Romane, Erzählungen, Theaterstücke, Gedichte, Gedichtübersetzungen. Er ist Mitglied der Ungarischen Schriftstellervereinigung... und **keines seiner Bücher ist von einem ungarischen Verlag herausgegeben worden.**

Der Autor, Péter Gágyor (1946-), ist Schriftsteller aus Oberungarn

Ungarnreal

Dieser Beitrag erschien auf Ungarisch zuerst bei [MANDINER](#) und in deutscher Übersetzung von Sophia Matteikat bei [UNGARNREAL](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

32) Bedingte Freilassung der Szekler-Aktivisten István Beke und Zoltán Szőcs

13. 06. 2021



HWIM · Bildquelle: hvim.hu

Rumänien – Das Amtsgericht im siebenbürgischen Kronstadt (*Brassó/Braşov*) hat gestern (10. Juni) entschieden, dem vierten Antrag auf bedingte Freilassung der beiden Szekler Aktivisten István Beke und Zoltán Szőcs stattzugeben, die 2018 zu fünf Jahren Haft wegen „Terrorismus“ verurteilt wurden. Dieses Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da die rumänische Staatsanwaltschaft noch in Berufung gehen kann.

Fünf Jahre Haft für ein paar... Kracher

Am Ende eines Verfahrens, das vor drei Jahren für Schlagzeilen sorgte und die Empörung sowohl der ungarischen Gemeinde in Siebenbürgen als auch der Behörden in Budapest hervorgerufen hatte und [über das die Visegrád Post berichtet hatte](#), hatte das Oberste Gericht Rumäniens am 4. Juli 2018 István Beke und Zoltán Szőcs, zwei siebenbürgische Aktivisten der ungarischen nationalistischen Bewegung HVIM („Jugendbewegung der 64 Burgkomitate“) zu fünf Jahren Haft „wegen terroristischer Handlungen und Anstiftung zu terroristischen Handlungen“ verurteilt. Sie wurden beschuldigt, einen Bombenanschlag während der Parade anlässlich des rumänischen Nationalfeiertags in Szekler Neumarkt (*Kézdivásárhely/Târgu Secuiesc*), im Herzen des Szeklerlandes – eines Gebiets Siebenbürgens mit großer ungarischsprachiger Mehrheit – am 1. Dezember 2015 geplant zu haben, was nie bewiesen wurde, da sich der „Sprengstoff“, den die rumänische Polizei in István Bekes Wohnung fand, als bloße Feuerwerkskörper herausstellte. In erster Instanz hatte das Bukarester Gericht zunächst übrigens die meisten Anklagepunkte der Staatsanwaltschaft für unbegründet befunden.

Diese verspätete Beschwichtigungsmaßnahme, die schließlich die Haftstrafe dieser beiden lokalen Figuren der magyarischen Szene in Siebenbürgen um sieben Monate reduzierte, wird u.U. etwas zur Beruhigung der Gemüter in einer Region beitragen, in der ethnische Spannungen zwischen Magyaren und Rumänen immer noch regelmäßig vorkommen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei der [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

33) Szeklerland: Angst vor Provokationen

Von István Pataky

(Târgu Mureș, deutsch Neumarkt am Mieresch, ungarisch Marosvásárhely)

04. 06. 2021



Es wird heute eine ungarische Gedenkfeier und eine rumänische Feier zum Trianon-Jubiläum geben · *Bildquelle: Magyar Nemzet*

Trauernde Ungarn und feiernde Rumänen werden am Freitag, 4. Juni, dem Jahrestag der Trianon-Entscheidung, in Sfântu Gheorghe (deutsch Sankt Georgen, ungarisch Sepsiszentgyörgy) auf die Straße gehen.

Obwohl bei beiden Veranstaltungen keine großen Menschenmengen erwartet werden, befürchtet die Szekler-Stadt Provokationen.

Der Szekler Nationalrat wird wieder die Gedenkfeier auf dem Hauptplatz von Szpsiszentgyörgy organisieren, einer Stadt, die zu fast achtzig Prozent aus Ungarn besteht. Ebenfalls zum x-ten Mal organisiert die rumänische rechtsextreme Organisation Calea Neamului („Die Straße der Nation“) eine Kundgebung im Zentrum des siebenbürgischen Landkreises. Ihr Sprecher Mihail Târnăveanu verspricht, dass die Kundgebung zahlreicher und besser organisiert sein wird als im letzten Jahr, als nur etwa 100 Menschen kamen. Auf seiner Social-Media-Seite erklärte der anti-ungarische Organisator, warum sie sich in Sfântu Gheorghe versammeln und nicht zum Beispiel in Brăila in Südrumänien.

- Einfach deshalb, weil in Brăila niemand die territoriale Autonomie will, niemand den Friedensvertrag von Trianon in Frage stellt, während in den Komitaten Covasna und Harghita unzählige Stimmen, Vereine, Parteien, Bürgermeister, Ratsvorsitzende, Leiter von Institutionen sich nicht an die Entscheidung von Trianon gewöhnen können und glauben, dass dies eine große Ungerechtigkeit gegenüber der ungarischen Nation ist.

- argumentiert Târnăveanu.

Der Europaabgeordnete József Kulcsár-Terza forderte die Einwohner von Sfântu Gheorghe auf, nicht auf die Provokation der extremistischen Rumänen einzugehen. Der Ungarische Verband Siebenbürgens schickte eine Erklärung an Bürgermeister Árpád Antal, in der er ihn aufforderte, die Genehmigung für die Nutzung des öffentlichen Raums nicht zu erteilen und die Veranstaltung zu verhindern, da der rumänische Verband eine offen anti-ungarische Demonstration in Sfântu Gheorghe organisiert, die als Kulturveranstaltung getarnt ist. Der Bürgermeister sagte der siebenbürgischen Tageszeitung Krónika:

Diese Veranstaltungen sind nicht genehmigungs-, sondern anzeigepflichtig, so dass das Bürgermeisteramt sie nicht verbieten kann.

Im Mai letzten Jahres hat das rumänische Parlament mit großer Mehrheit, bei Ablehnung der Ungarischen Demokratischen Allianz Rumäniens und Enthaltung der Allianz „Rettet Rumänien“ und mit Unterstützung aller anderen Parteien, ein von den Sozialdemokraten initiiertes Gesetz verabschiedet, wonach Rumänien jedes Jahr des Vertrags von Trianon gedenken wird.

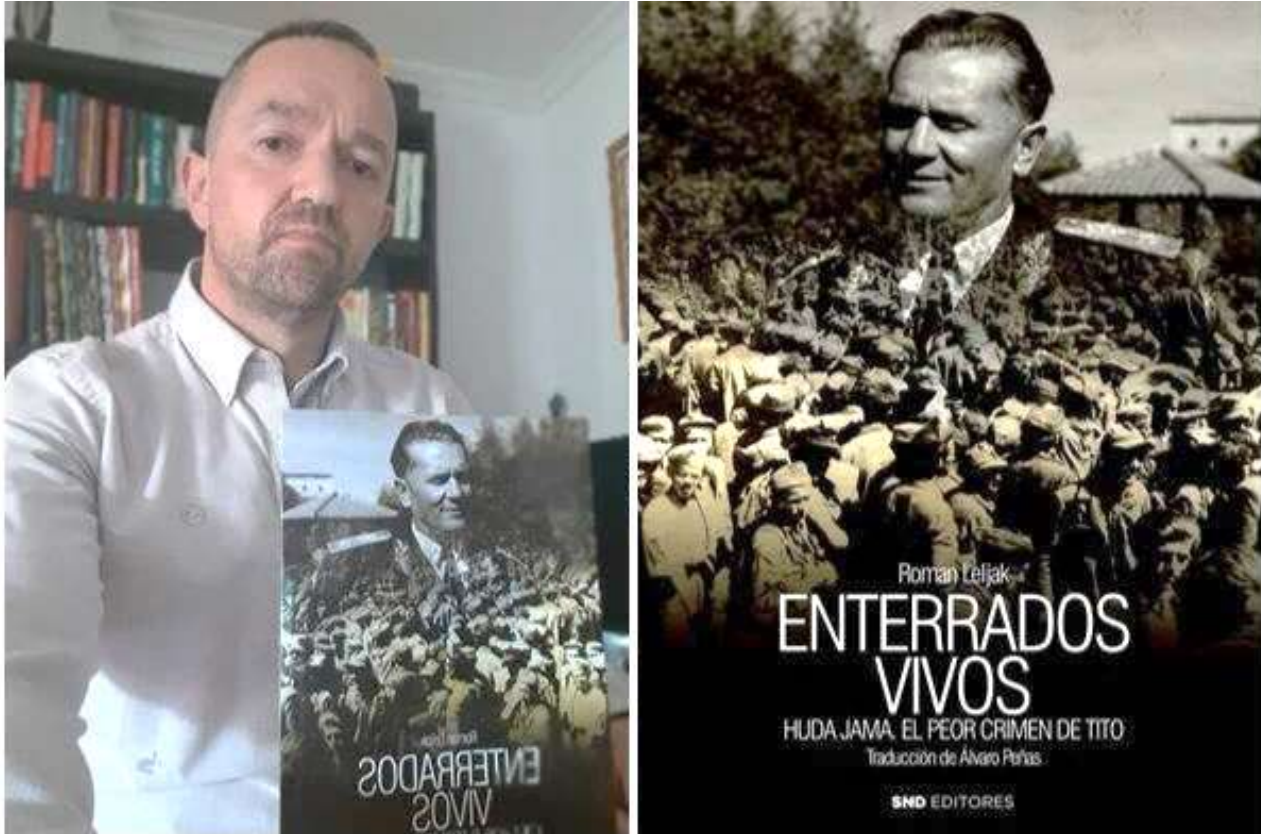
Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

34) Álvaro Peñas: „In Jugoslawien bedeutete das Reden über Titos Verbrechen Gefängnis“

Von Javier Navascués

04. 06. 2021



Bildquelle: El Correo de España

Álvaro Peñas ist ein leidenschaftlicher Geschichtsliebhaber und Reisender, ein guter Kenner der Länder des Ostens, die er häufig bereist, und ihrer politischen Situation, dank seiner Freundschaften mit Journalisten und Politikern der patriotischen Parteien vieler dieser Länder. Er schreibt regelmäßig für El Correo de España, unserem Partner in der Europäischen Medienkooperation, und gilt als Osteuropa-Spezialist. Bei dieser Gelegenheit befragten wir ihn zu seiner Übersetzung des Buches „Lebendig Begraben – die schlimmsten Verbrechen von Tito“, verfasst von dem slowenischen Autor von Roman Leljak.

Warum ein Buch über Titos schlimmste Verbrechen?

Als ich anfing, über dieses Thema zu lesen, war ich überrascht, wie wenig über all diese Verbrechen bekannt war und wie positiv, ja wohlwollend, das Bild von Tito war. Der jugoslawische Diktator, der für die Ermordung tausender Italiener zwischen 1943 und 1947 verantwortlich war, wurde von Italien ausgezeichnet, das 60 Jahre brauchte, um seine Opfer anzuerkennen und zu ehren. Die Massaker, die an Kroaten, Slowenen, Bosniern und Serben begangen wurden, waren enorm, zwischen 80.000 und 100.000 Ermordete, aber sie wurden während der 45 Jahre des kommunistischen Regimes verborgen. Das sind zu viele Jahre der Lügen und als ich das Buch von Roman Leljak las, dachte ich, das ist eine Geschichte, die erzählt werden muss.

Außerdem ist es unglaublich, dass diese Verbrechen so viele Jahre lang verborgen blieben.

So ist es leider. Ein anderes Beispiel ist Katyn, dem von Stalin angeordneten Massaker an 22.000 Polen, das bis zum Fall der Sowjetunion 1989 nicht anerkannt wurde; viele ähnliche Verbrechen blieben jahrzehntelang verschüttet. Die von Tito begangenen Massaker wurden aus politischen Gründen ignoriert, weil der jugoslawische Diktator gegen den Faschismus gekämpft hatte und weil er sich später mit Stalin anlegte und ein potentieller Verbündeter des Westens wurde. In Jugoslawien bedeutete das Reden über das Geschehene Gefängnis, und viele der Schauplätze der Massaker wurden in Müllhalden verwandelt und mit Unrat bedeckt. Natürlich wurde jede Anprangerung dieser Verbrechen als westliche oder faschistische Propaganda abgestempelt. Die Wahrheit ist für bestimmte Interessen zweitrangig.

Trotz Leljaks Entdeckung im Jahr 1989 und seinem Buch sollte es noch 20 Jahre dauern, bis die Höhle Huda Jama geöffnet wurde.

Ich habe vor kurzem den slowenischen Ministerpräsidenten Janez Janša interviewt und ihn gefragt, ob sich die slowenische Gesellschaft mit ihrer Vergangenheit versöhnt hat, seine Antwort war nein, dass dies noch eine ausstehende Aufgabe sei. Im Interview fügte ich ein Foto des Premierministers am [Kočevski Rog](#) (dt. Hornberg, in Kočevje/Gottschee) hinzu, wie er den 1.500 Menschen gedenkt, die dort von den Partisanen getötet wurden. Eine der touristischen Attraktionen an dieser Stelle ist jedoch eine Partisanen-Kommandozentrale mit 26 Holzbaracken, die bis 1944 aktiv war und in der Partisanen und Kommunisten die Befreier der Nation sind. Als ich das Geschichtsmuseum in Maribor (Marburg), der zweitgrößten Stadt Sloweniens, besuchte, in deren Nähe mehrere Massaker stattfanden, wurden diese Ereignisse nicht erwähnt und es gab viele Bilder von lächelnden Partisanen. Das ist seit vielen Jahren die offizielle Geschichte, und es ist sehr schwierig, dieses Narrativ zu ändern, umso mehr, wenn diejenigen, die die Henker verteidigen, nicht einmal etwas von Versöhnung hören wollen. Hinzu kommt der Krieg auf dem Balkan mit dem Zerfall Jugoslawiens und der parteiische Umgang mit der Geschichte, vor allem durch die Erben des kommunistischen Regimes, die zu Sozialisten und Liberalen umfunktioniert wurden.

All dies erklärt, warum es so lange gedauert hat, [Huda Jama](#) zu öffnen. Man muss jedoch sagen, dass Kroatien und Slowenien große Anstrengungen unternommen haben, um die Opfer dieser Verbrechen zu finden und zu ehren, auch wenn immer noch Leichen auftauchen, wie das im August letzten Jahres gefundene Grab mit 250 ermordeten Italienern, von denen 100 minderjährig waren. In Serbien oder Bosnien-Herzegowina wurde nichts Ähnliches getan wie bei den Kroaten oder Slowenen, und ich habe in das Buch ein Interview mit dem bosnischen Historiker Omer Hamzic aufgenommen, der als einziger diese Verbrechen und ihre Auswirkungen in Bosnien-Herzegowina am Beispiel einer Kleinstadt untersucht hat. Die Wahrheit ist, dass die Ehrungen der Opfer bis heute ein Grund für Konfrontationen sind. Eine Messe in Sarajevo im letzten Jahr verursachte einen Riss zwischen der katholischen und der orthodoxen Kirche in Bosnien.

Warum, glauben Sie, hat sich die Weltöffentlichkeit nicht so sehr über diese Gräueltaten geäußert, wie sie es sollte?

Wiederum aus politischen Gründen. In Italien räumte die Linke ihren Fehler bei der Unterstützung von Titos kommunistischem Regime ein, aber schon nach kurzer Zeit wurden Stimmen laut, die die Verbrechen leugneten, verharmlosten oder rechtfertigten und behaupteten, die Ehrungen der Opfer seien nichts anderes als ein Angriff der Rechten auf den antifaschistischen Kampf. In den ehemaligen jugoslawischen Republiken wiederholte

sich dieselbe politische Debatte, mit dem Zusatz der nationalistischen Konfrontation. Außerdem fällt es einem großen Teil der öffentlichen Meinung schwer, über die Verbrechen des Kommunismus zu sprechen, und in der westlichen Welt wird das romantische und revolutionäre Bild, das z.B. Che Guevara symbolisiert, aufrechterhalten. Das allgemeine Bild von Tito ist das seines Erfolges beim Aufbau eines multinationalen sozialistischen Modells unabhängig von der Sowjetunion. Jahrestag seines Todes im vergangenen Jahr gab es in der spanischen Zeitung El País Berichte voller Titonostalgie und Lob für die großen Erfolge des jugoslawischen Sozialismus, für die westlichen Medien sind diese grausamen Verbrechen *peccata minuta*.

Erzählen Sie uns, wie wichtig es ist, sie bekannt zu machen.

In diesem, wie auch in anderen Fällen, wurden zu viele Jahre lang die Wahrheit und die Opfer aus politischen Gründen verschwiegen oder weil es politisch nicht korrekt ist, mit dem Finger auf ihre Mörder zu zeigen. Leider gibt es immer noch Opfer zweiter und sogar dritter Klasse. Deshalb ist es wichtig, diese und ähnliche Ereignisse bekannt zu machen, diese Opfer zu ehren und ihnen den Platz einzuräumen, der ihnen gebührt, und ihre Henker und diejenigen, die sie rechtfertigen, anzuprangern.

Was können Sie uns über die Zeugen sagen, die noch leben?

So unglaublich es erscheinen mag, die wenigen Zeugen, die noch leben, haben immer noch Angst, über das zu sprechen, was sie erlebt haben, und in vielen Fällen sind es ihre Nachkommen, die ihre Geschichte erzählen. Zeuge solch schrecklicher Ereignisse zu sein und so viele Jahre schweigen zu müssen, hinterlässt Spuren, und noch Jahre nach dem Untergang Jugoslawiens fürchteten viele die Rückkehr des kommunistischen Regimes. Dann gibt es die Geschichten der wenigen, die es geschafft haben, die Massaker zu überleben und sich im Exil ein neues Leben aufzubauen. Menschen, die für ihr Leben gebrochen wurden und deren Zeugnisse ebenfalls in diesem Buch erscheinen.

Wie erklären Sie sich so viel Hass und Bosheit, um sie lebendig begraben zu können?

Für die Henker waren die Opfer keine Menschen, sie waren kein menschliches Wesen, sie waren der Abschaum, der sterben musste, um eine bessere und gerechtere Gesellschaft aufzubauen. Leider gibt es viele ähnliche Beispiele, in denen die Ermordeten ihre Menschlichkeit verlieren, weil sie einer bestimmten Rasse, einem Volk oder einer sozialen Schicht angehören. In „Ich wählte die Sklaverei“ erzählt Valentín González, wie ein reumütiger russischer Kommunist gesteht, alle möglichen Verbrechen begangen zu haben, weil er dachte, er täte es, um eine gerechtere und egalitärere Welt zu erreichen. Dies ist zweifellos die Art und Weise, in der viele Henker ihre Taten rechtfertigten, obwohl, wie Leljak erwähnt, einige in den Alkoholismus flüchteten und sogar Selbstmord begingen. Eine der Geschichten im Buch ist die von einem Partisanen, der eine Gruppe von Gefangenen nach Huda Jama bringt. Des Wartens im LKW müde, betritt er die Mine und wird Zeuge, wie die letzten Gefangenen von hinten erschossen werden. Laut diesem Partisanen hat derjenige, der den Abzug gedrückt hat, das Töten genossen.

Es handelt sich ebenso sehr um einen Krieg zwischen verschiedenen Nationalitäten wie um einen Bürgerkrieg. Tatsächlich gibt es viele Elemente, die an den spanischen Bürgerkrieg erinnern, wie z.B. die Verfolgung der katholischen Kirche, die Säuberung aller anderen Widerstandsgruppen durch die Kommunisten und sogar solche verabscheuungswürdigen Handlungen wie die Denunziationen von Nachbarn gegeneinander aus Neid oder persönlichen Kränkungen. Die wichtigsten Partisanengeneräle waren in den Internationalen Brigaden, und dasselbe wird auch von Tito behauptet, obwohl er es in seinen offiziellen

Biographien bestritt. Leljak beschuldigt ihn, in Spanien gewesen zu sein, aber nicht als Kämpfer, sondern als Agent des sowjetischen NKWD, um Linke zu verfolgen, die mit Stalins Politik „nicht einverstanden“ waren.

Es wird viel über die 100 Millionen Toten des Kommunismus gesprochen, aber könnten es noch viel mehr sein?

Die Zahlen sind enorm, denn Morde, Deportationen und Hungersnöte waren die gängige Währung der kommunistischen Regime und sind es immer noch. Wir haben Fälle wie die Unterdrückung der Uiguren in China, die sich heute ereignen, oder wie die Hungersnot in Kasachstan, die dem ukrainischen Holodomor sehr ähnlich ist und die nicht einmal als Völkermord gilt. Leider ist das Konto nicht geschlossen.

Warum ist das Buch lesenswert?

Es ist natürlich eine harte Geschichte, aber es ist etwas, das wir wissen müssen. Die einzige Möglichkeit, aus der Geschichte zu lernen und zu verstehen, warum Dinge passieren, ist, alles zu wissen, was in der Vergangenheit passiert ist. Die voreingenommene Sichtweise der Geschichte, die in immer mehr Ländern anzutreffen ist, wo einige Todesfälle viel mehr wert sind als andere oder wo bestimmte Verbrechen je nach Täter gerechtfertigt sind, ist ein echter Irrweg. Die in diesem Buch beschriebenen Verbrechen haben keine mögliche Rechtfertigung, sie sind methodisch, grausam und unmenschlich. Sie sind perfekt geplant und nicht das Ergebnis des unkontrollierten Handelns einiger weniger Hitzköpfe. Soldaten, Zivilisten, Frauen und sogar Kinder werden ermordet. Geschäftsinhaber werden hingerichtet, um ihre Betriebe zu verstaatlichen, auch Menschen, die die Partisanen aufgrund ihrer sozialen Schicht unterstützt haben. Sie wendeten an, was Lenin sagte, um das Land von schädlichen Insekten zu säubern, um alle zu töten, die sich dem kommunistischen Regime widersetzen könnten. Jetzt, wo wir wieder sehen, wie der Kommunismus beschönigt wird, entweder aus ideologischen Gründen, wie bei den meisten Linken, oder aus nationalen Gründen, wie im Falle Russlands, ist es sehr notwendig, all diese Geschichten zu kennen und sich daran zu erinnern. Wir dürfen nicht vergessen, dass die kommunistische Utopie auf dem Gulag und dem Massengrab aufgebaut wurde.



Javier Navascués

Stellvertretender Direktor von El Correo de España. Radio- und TV-Moderator, Sprecher und Drehbuchautor.

El Correo de España Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Wir erinnern

35) Auslöschung des Deutschtums in Jugoslawien 1945

Im Königreich Jugoslawien der Zwischenkriegszeit gab es **500.000 Deutsche**. 450.000 waren **Donauschwaben** im Westbanat, der Batschka, der Südbanaja, in Ostslawonien und Syrmien. 50.000 lebten auf slowenischem Gebiet in der ehemaligen **Untersteiermark** und in der **Gottscheer Sprachinsel**. Nach der Kapitulation vom 17. April 1941 wurde Jugoslawien zwischen Deutschland, Italien, Ungarn und Bulgarien aufgeteilt. Die Donauschwaben im Westbanat wurden dem unter deutscher Militärverwaltung stehenden Serbien zugeschlagen. Die Batschka und das Baranja-Dreieck kamen zu Ungarn, Berlin beanspruchte die Untersteiermark, das Mießtal und Oberkrain. Die Gottschee erhielt Italien. [Bitte lesen Sie hier den historischen Artikel](#) von **Dr. Peter Wassertheurer** (erschieden auch in „Zur Zeit“ 22/2021)

https://drive.google.com/file/d/1sLhsjVDLzaT-2E6DUjIR_88NspMdddww/view

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 69, 2021

Wien, am 08. Juni 2021

Ende der Deutschen

Die fatalen Ziele des Antifaschistischen Rates der Nationalen Befreiung Jugoslawiens (AVNOJ)

Peter Wassertheurer

Im Königreich Jugoslawien der Zwischenkriegszeit gab es 500.000 Deutsche. 450.000 waren Donauschwaben im Westbanat, der Batschka, der Südbanaja, in Ostslawonien und Syrmien. 50.000 lebten auf slowenischem Gebiet in der ehemaligen Untersteiermark und in der Gottscheer Sprachinsel. Nach der Kapitulation vom 17. April 1941 wurde Jugoslawien zwischen Deutschland, Italien, Ungarn und Bulgarien aufgeteilt. Die Donauschwaben im Westbanat wurden dem unter deutscher Militärverwaltung stehenden Serbien zugeschlagen. Die Batschka und das Baranja-Dreieck kamen zu Ungarn, Berlin beanspruchte die Untersteiermark, das Mießtal und Oberkrain. Die Gottschee erhielt Italien.

Im bosnischen Bihać wurde am 26. November 1942 der *Antifaschistische Rat zur Volksbefreiung Jugoslawiens* (ANNOJ) mit Ivan Ribar an der Spitze gegründet. Im Herbst 1943 erklärte Ribar in Jajce den AVNOJ zum obersten jugoslawischen Legislativ- und Exekutivorgan. Gleichzeitig kam es zur Gründung des *Nationalkomitees zur Befreiung Jugoslawiens* unter Führung von Marschall Josip Broz Tito, der auch der kommunistischen Partei vorstand. Am 21. November 1944 erließ der AVNOJ mehrere Bestimmungen, die zur Enteignung der

Deutschen führten. Enteignet wurde 1. das Vermögen des Deutschen Reiches und seiner Staatsbürger, das sich auf dem Gebiet Jugoslawiens befanden, 2. das Vermögen von Personen deutscher Nationalität mit Ausnahme jener Deutschen, die in den Reihen der Volksbefreiungsarmee oder in Partisaneneinheiten kämpften oder die Staatsbürger neutraler Staaten waren und sich während der Besetzung nicht feindlich verhielten sowie 3. das Vermögen von Kriegsverbrechern und ihrer Handlanger ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft und das Vermögen jener Personen, die, ungeachtet der

Staatsbürgerschaft, durch ein ziviles oder militärisches Gericht zum Verlust des Vermögens zugunsten des Staates verurteilt wurden. In weiteren Gesetzen und Erlässen wurden der deutschen Bevölkerung alle staatsbürgerlichen Rechte aberkannt. Ausnahmen galten nur

für jene, die als Partisanen aktiv im Widerstand gegen das NS-Okkupationsregime an der Seite der jugoslawischen Truppen gekämpft hatten, Antifaschisten oder mit südslawischen Partnern verheiratet waren. 1946 wurden die Bestimmungen des AVNOJ durch das jugoslawische Parlament bestätigt und erhielten Gesetzeskraft. Neben den legislativen Maßnahmen überzog eine Terrorwelle das Land, die sich vornehmlich gegen die deutsche Volksgruppe richtete, die pauschal der NS-Kollaboration beschuldigt wurde. In Wahrheit sollte das sozialistische Tito-Jugoslawien radikal entgermanisiert werden, um in den Besitz der Deutschen und des arisierten Vermögens zu gelangen.

Noch im Herbst 1944 waren von der Volksdeutschen Mittelstelle (VOMI) im Westbanat so wie im slawonisch-syrmischen Raum Evakuierungen durchgeführt worden. Sie kamen aber zu spät, denn bereits im Oktober 1944 überrollte die Kriegsfront 200.000 Donauschwaben, die hilflos einem grausamen Schicksal ausgeliefert waren. Bis 6. Oktober 1944 besetzte die Rote Armee das Westbanat, drei Wochen später die gesamte Batschka. In dieser Phase errichteten serbische Partisanenverbände eigene Volksbefreiungsausschüsse, die mit brutalen Methoden gegen die deutsche Zivilbevölkerung vorgingen. Die ethnischen Säuberungsaktionen betrafen vor allem ehemalige NS-Funktionäre sowie Klassenfeinde und forderten im Herbst 1944 rund 9.500 Todesopfer. Ab dem Winter 1944/45 wurden in den deutschen Siedlungsgebieten Konzentrationslager eingerichtet. Zwangsarbeit und Gewalt folgten. Bis März 1948 überlebten 90.000 Deutsche den Tito-Terror nicht. Wie radikal die Säuberung war, verriet die Volkszählung nach 1971 mit 12.300 Deutschen.

Nach dem Kollaps des Milosevic-Regimes erließen die Nachfolgestaaten Restitutionsprogramme, um Unrechtsenteignungen zu entschädigen. Grundlage bildet der Besitz der Staats-

bürgerschaft. Ehemalige Staatsbürger, die in der KP-Ära zu einer anderen gelangt waren, wurden zunächst ausgeschlossen, mussten später aber berücksichtigt werden, wie das bei Kroatien der Fall war. Damit öffneten sich auch für die Volksdeutschen Schlupflöcher. Im Unterschied zu Tschechien, das die Sudetendeutschen ausschloss, weil nur das ab 1948 von den Kommunisten enteignete Vermögen betroffen war, gab es bei den jugoslawischen Nach-

folgestatuten keine Diskriminierungsparagrafen. Wie schwierig die Restitution für ehemalige Angehörige der deutschen Volksgruppe dennoch war, beweist Slowenien. 1991 erließ Slowenien das Denationalisierungsgesetz, das eine Restitution möglich machte, wenn der Antragsteller beweisen konnte, dass die Enteignung zu Unrecht erfolgt war. Außerdem konstatierte der slowenische Verfassungsgerichtshof 1997 die Kollektivschuld für Volksdeutsche, was dazu führte, dass Antragsteller Belege für ihre Unschuld vorlegen mussten. Die Beweislastumkehr machte eine Restitution aber schier unmöglich und diskriminierte deutsche Antragsteller. Diese Situation bestand auch in Serbien und Kroatien, wo es eine Spießrute lauf gleichkam, sich jene Dokumente zu besorgen, die das Unrecht der Enteignung bewiesen. Der Geist des AVNOJ existierte weiter und machte für Deutsche einen gleichberechtigten Zugang unmöglich.

Auch in der Minderheitenpolitik wirkt der AVNOJ fort, indem sich Slowenien weigert, die deutsche Minderheit als autochthone Volksgruppe anzuerkennen. Daran ändert auch das Kulturabkommen mit Österreich nichts, das lediglich bilaterale Austauschprogramme zum Inhalt hat, ohne dass es der deutschen Volksgruppe hilft. Im Unterschied zu Slowenien genießen die deutschen Volksgruppen in Kroatien und Serbien eine Anerkennung als ethnische Minderheit.

(Dr. Peter Wassertheurer ist Präsident der Deutschen Weltallianz)

36) Zeugenaussage über das Massaker in Kočevski Rog (Hornwald, Gottschee)

04. 06. 2021



Tito und Milka Planinc ("Milja") - Foto: Twitter

Wie Kommissarin Milja (Milka Planinc) mit einem Hammer Maurernägel durch den Schädel in die Gehirne der Lebenden trieb

Jedes Jahr im Mai organisiert die slowenische „Übergangslinke“ eine Reihe von Veranstaltungen zu Ehren des Roten Sterns und des kommunistischen Regimes. Der Medien-Mainstream fasst sie unkritisch zusammen, schweigt aber fast völlig über die Schrecken von Kočevski Rog (dt. Hornwald, in der ehemals deutsch besiedelten Gottschee) wo Partisanen nach dem Zweiten Weltkrieg auf Befehl der Kommunistischen Partei Zehntausende von Menschen buchstäblich abschlachteten.

Vor mehr als zwölf Jahren veröffentlichte **Zoran Božić** in der kroatischen Wochenzeitung *Hrvatsko slovo* einen Artikel mit dem Titel *Kočevski Rog – ungesühnter Völkermord oder die Schrecken von Kočevski Rog verlangen nach der Wahrheit*. Der Text wurde kürzlich vom Portal *Kavarna Hayek* zusammengefasst und wird im Folgenden in voller Länge veröffentlicht.

Häutung

Die Opfer wurden kopfüber an Holzkreuzen aufgehängt, am Knöchel erstochen und langsam gehäutet. Die gehäuteten Körperteile wurden mit Salz eingerieben, die Unglücklichen schrien und fielen in Ohnmacht. Wenn die Metzger im Namen des Roten Sterns, sie wurden „Spezialisten“ genannt, fertig waren, wurde das Opfer skalpiert, die Haut zum Trocknen an einen Baum genagelt und die Opfer unter unerträglichen Schmerzen sterben gelassen. Die Schlächter waren meist Partisanen der 11. dalmatinischen Brigade, und die Opfer waren Slowenen, Kroaten und Serben, die im Mai 1945 vom britischen 5. Korps aus Österreich nach Jugoslawien zurückgebracht wurden, in die Arme der grausamen

Kommunisten. Mehr als 70 Jahre sind vergangen, seit Ende Mai und Anfang Juni 1945 in Kočevski Rog eines der größten Massaker in der Geschichte der Region stattfand. Die Massaker waren kein „Fehler“, ein „notwendiges Übel“ oder eine „Hinrichtung der Kollaborateure der Besatzer“, sondern ein vorsätzliches Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Namen der Ideologie, im Namen der Revolution. Die Blüte des slowenischen Unternehmertums, das durch die sozialistische Wirtschaft ersetzt wurde, lag im Sterben. Dies erwies sich als ein völlig fehlgeleitetes Wirtschaftsprojekt, das kläglich endete.

Da nur sehr wenige Opfer überlebten, die Schlächter in psychiatrischen Kliniken landeten oder später selbst hingerichtet wurden und es keine schriftlichen Aufzeichnungen gibt, da die Befehle der Partei- und Partisanenführung mündlich erfolgten, sind die Nachkriegsereignisse auf dem von Höhlen und Abgründen durchzogenen Karstplateau bis heute geheimnisumwittert und werden wohl nie ganz aufgeklärt werden. Die slowenischen Zeugen, die Opfer aus den Reihen der Heimwehr waren (**France Dejak, France Kozina** und **Milan Zajec**), entkamen aus dem Abgrund, in den sie von den Partisanen gestoßen wurden, weil sie dachten, sie seien tot. Sie hatten das „Glück“, in einer Gruppe von denen zu sein, die zuvor mit der Peitsche geschlagen und dann erschossen worden waren. Im Gegensatz zu den Unglücklichen, die ausgewählt wurden, waren die meisten von ihnen Kroaten, einige auch Serben, die bei kommunistischen Kannibalenorgien am Rande der schwer zugänglichen Kočevje-Wälder buchstäblich abgeschlachtet wurden.

Zeugnis von „Genosse Jure“

Das Abschlachten mit Messern, Äxten und Sägen wurde nur von den Henkern erwähnt, denn es ist nicht bekannt, ob eines der Opfer die Folter überlebt hat. **Borivoj Karapandžić** (Autor des Buches „Jugoslawischer blutiger Frühling“), **Milovan Djilas** (Autor des Buches „Kriegszeit“) und der Historiker **Graf Nikola Tolstoj** (Autor des Artikels über die Massaker im britischen Magazin Encounter) sprachen darüber für die britische BBC vor dem Zerfall Jugoslawiens, nach dem Zerfall Jugoslawiens sagten **Simo Dubajić** und **Ivan Gugić** darüber aus. Am entsetzlichsten ist das Zeugnis des „Genossen Jure“, der 1992, kurz vor seinem Tod, aber ohne Reue, dem kroatischen Ermittler für kommunistische Verbrechen Zoran Božić gestand, der anderthalb Jahrzehnte später in der Zeitschrift *Hrvatsko slovo* einen umfangreichen Text mit dem Titel *Der Schrecken von Kočevski Rog – Sehnen nach der Wahrheit* veröffentlichte.



Simo Dubajić

Die detaillierte Beschreibung des Massakers an kroatischen Heimwehrleuten, Ustascha-Angehörigen und Zivilisten erregte einiges Aufsehen, wurde aber nie dementiert. Božić wurde sogar beim kroatischen Journalistenverband (HND) angezeigt, weil er mit detaillierten Beschreibungen von Kannibalismus und Grausamkeiten, wie sie sich normales menschliches Bewusstsein, Moral und Ethik kaum vorstellen können, nicht mit den Opfern sympathisiert, sondern sich mit Verbrechern gleichsetzt. Der HND mahnte Božić deshalb ab, er habe mit dem Artikel die Würde der Opfer gefährdet.

Freiwillige Schlächter

Laut Zeugenaussagen wurden in Kočevski Rog Zehntausende von Menschen getötet, die meisten von ihnen Kroaten (etwa 40.000), slowenische Heimwehrleute und zwischen 5.000 und 6.000 Zivilisten, der Rest waren Unglückliche anderer Nationalitäten, darunter auch Deutsche. Die meisten von ihnen wurden zunächst aus Wietersdorf (Vetrinje) in Österreich über Jesenice in die Lagersammelstelle in Šentvid gebracht, wo sie bereits nach Ethnien getrennt und in die Kategorien A, B und C eingeteilt wurden, wobei die Einstufung in B und C fast die sichere Hinrichtung bedeutete. Dann wurden sie mit dem Zug zunächst nach Kočevje (Gottschee) transportiert (nach einigen Angaben zwischen 5.000 und 8.000 pro Tag), von dort in die Wälder von Kočevski Rog. Der Kommandant der Henker war der Partisanenmajor **Simon Dubajić**, und sein Vorgesetzter war die politische Kommissarin Milja, die später als **Milka Planinc** erkannt wurde, später eine hohe Parteifunktionärin und zwischen 1982 und 1986 Präsidentin des jugoslawischen Exekutivrates.

Jure war ein Kämpfer der 11. dalmatinischen Brigade der 26. dalmatinischen Division der jugoslawischen Armee. In der zweiten Maihälfte 1945 kam die Kommissarin Milja zu seiner Einheit und sagte, dass sie Freiwillige für die Exekution der „Banditen“ benötige. Mit dem Versprechen einer reichen Belohnung wurden sie nach Kočevje gebracht. Dort wurden sie von slowenischen Partisanen empfangen, die sie an schwer zugängliche Orte fuhren. Jure behauptet, dass er am Massaker vom 29. Mai bis zum 9. Juni teilnahm und dass allein seine Gruppe etwa 11.000 Menschen tötete. Bis auf etwa 800 Slowenen waren das alles Kroaten.

Die satanische Kommissarin

Bei dem Massaker erwies sich die Kommissarin Milja als die Beste. „Sie war eine begabte Expertin im Quälen und Töten von Menschen mit einer satanischen Fantasie“, so der Zeuge. Durch sie haben sich die üblichen Massen-„Hinrichtungen von Landesverrätern“ in eine kannibalistische Tötungsorgie verwandelt“, schrieb Zoran Božić. Sie wählte persönlich junge Männer aus und befahl den Partisanen, sie zu schlachten, ihnen mit einem Messer und Löffeln die Augen auszukratzen, die Ohren, Nasen und Genitalien abzuschneiden und dann ihre Hoden in die leeren Augenhöhlen und die Genitalien in den Mund zu stopfen.

Laut der Autorin war der Kommissar oft wütend auf die „Butterfinger“ unter den Schlächtern, die die Genitalien von oben bis unten durchschnitten. Ihrer Meinung nach begann die ordnungsgemäße Partisanenkastration mit einem Schnitt unter dem Hodensack, wobei das Messer auf das Zwerchfell angesetzt wurde. Dann wurden die männlichen Genitalien zusammen mit dem Hodensack mit einem starken und tiefen Schnitt abgetrennt. Eine ihrer Lieblingsspezialitäten war das sogenannte „gefüllte kroatische Gehirn“. Milja schlug mit einem Hammer Mauernägel in die Gehirne von lebenden Menschen und fragte das Opfer nach jedem eingeschlagenen Nagel: „Habe ich dir endlich den Unabhängigen Staat Kroatien aus dem Kopf geschlagen?“ Die zweite Spezialität nannte sie „salziges kroatisches Herz“. Nach vier kräftigen Schlägen mit einer Axt in die Herzgegend der Brust in Form eines Vierecks riss sie bereits lebenden Menschen das Herz heraus und schleifte es zusammen mit den gezogenen Adern über den Boden.

24-Stunden-Schichten

„Jure behauptet, dass die Kameraden der Partisanen bei allen Arten von Grausamkeiten die Hauptrolle spielten. Sie löschten Zigaretten an Opfern beiderlei Geschlechts und verbrannten die empfindlichsten Körperteile mit versengtem Eisen, besonders die Vagina und die Brustwarzen. Den Frauen wurde die Gebärmutter herausgeschnitten und mit einem Bajonett durch die Genitalien gerissen, dann wurden sie den Opfern in den Mund gestopft, so dass sie erstickten. Auf Befehl von Kommissar Milja trieben die Partisanen sadistisch Stücke von Stacheldraht durch die Genitalien in die Harnröhre, um die Hände zu fesseln. Schwangeren Frauen wurde mit einem Messer in den Unterleib gestochen und ungeborene Kinder wurden aus dem Mutterleib gerissen“, schrieb Božić. Einige „Genossen“ töteten die Männer und Frauen, indem sie zuerst ein Wasserrohr in die Analöffnung trieben und dann hindurchschossen. Kommissar Milja ermutigte die Partisanen, mehreren Frauen die Brüste abzuschneiden, sie zu salzen und sie dann auf die Amputationswunden zurückzudrücken. Dabei fügten sie den weiblichen Genitalien mit Drahtbürsten Wunden zu und salzten sie anschließend. Jede bestialische Prozedur wurde von öffentlicher Zustimmung und kannibalistischer Begeisterung der Verbrecher begleitet, schrieb Božić in der Wochenzeitung.

Die Partisanenschlächter „arbeiteten“ in Schichten 24 Stunden am Tag. Wenn sie fertig waren, trafen sie sich meist vor der Pause am Feuer neben dem Friedhof und betranken sich extra. Manche wurden zu dieser Zeit schon verrückt. „Schon zum Zeitpunkt des Schlachtens hatten einzelne psychische Störungen oder sogenannte ‚Überfallattacken‘. Sie töteten zu diesem Zeitpunkt wie am Fließband in Trance. Schlachterinnen erlebten psychomotorische Anfälle, die als Kozara bekannt sind. Dann verstümmelten und töteten sie in einem Zustand der Besessenheit zuerst die Opfer, leckten ihr Blut und Hirn, rissen ihnen die Kleider vom Leib und masturbierten öffentlich“, sagte Božić.

Der Zeuge Jure Božić sagte, dass entgegen der landläufigen Meinung slowenische Partisanen gleichberechtigt an dem Gemetzel teilnahmen. Im Gegensatz zu kroatischen Schlächtern, die Äxte und Messer benutzten, töteten die Slowenen auch mit großen Forstsägen. Mit ihnen sägten sie die Menschen in zwei Hälften, und zwar so langsam, dass das Opfer lange leiden musste. „Slowenische Partisanen trennten einzelnen Opfern die Köpfe ab und spielten dann mit ihnen Fußball, wenn sie ihre Schicht beendet hatten. Außerdem wurden menschliche Köpfe auf Pfähle aufgespießt und über einem Feuer verbrannt“, schrieb Božić. Dubajić beteiligte sich auch persönlich an den Morden. Er tötete kroatische Gefangene mit einer *kama*, einem Messer mit beidseitig geschärfter Klinge. „Dabei trank er Blut aus ihren Halsvenen und leckte das Blut vom Messer. Einige Kameraden, darunter Kommissar Milja, leckten das gesalzene Hirn der Opfer von der Messerspitze. Milja gewann nach einer Reihe von selbst vollzogenen Hinrichtungen ein zunehmend satanisches Image. Sie war so blutverschmiert, dass Blut von ihrer Uniform und ihren Händen tropfte. Ihre Stiefel waren rosa, weil sie auf dem menschlichen Gehirn herumlief, Stücke von Schädelknochen steckten in ihrer Uniform und ihren Haaren“, berichtet Jure Božić.

Das Massaker an den Kroaten in Kočevski Rog dauerte 12 Tage. Während dieser Zeit waren die Schreie der unter unerträglichen Schmerzen sterbenden Opfer durch den Wald zu hören. Viele baten die Partisanen, sie nicht mehr zu verstümmeln, sondern sofort zu töten. Die meisten wurden nicht erhört. In den letzten Tagen waren Mineneinheiten eingetroffen, die Höhlen und Abgründe aushoben, in denen Tausende von Leichen lagen.

Medaillen für die Schlächter

Die Briten begannen am 18. Mai mit der Auslieferung der Flüchtlinge, die sich vor den Kommunisten nach Österreich geflüchtet hatten (es waren etwa 220.000). Während dieser Zeit war Tito ständig zwischen Zagreb und Ljubljana unterwegs. In seinen berüchtigten Reden in der zweiten Maihälfte 1945 in Zagreb und auf dem heutigen Kongresni trg in Ljubljana sagte er der Menge, dass die Verräter nie wieder die Berge und blühenden Felder sehen würden, und sagte zwischen den Zeilen, dass sie mit allen abrechnen würden. Zu dieser Zeit wurden die zurückgekehrten Slowenen, Kroaten und Serben bereits in Konzentrationslager und auch nach Kočevje transportiert. Nach Aussage von Jure wurde dieser Ort Tito von der slowenischen Parteiführung empfohlen, die zusammen mit Tito am 1. Juni eines der Schlachthäuser besuchte. **Edvard Kardelj, Ivan Maček-Matija, Franc Leskošek – Luka, Aleksander Ranković, Peka Dapčević, Koča Popović** und einige andere prominente Funktionäre sollen damals mit Tito gekommen sein. Sie waren offensichtlich zufrieden, denn bald kam der Befehl, dass den Henkern ein 14-tägiger Urlaub in Bled (dt.Veldes) gewährt werden sollte. Dafür sorgte Ivan Maček – Matija, der Chef der slowenischen OZNA (Geheimdienst und Geheimpolizei), der eine Willkommensrede hielt und ihnen Orden überreichte.

Nach mehreren Zeugenaussagen, schrieb Božić in *Hrvatsko slovo*, wurden die Schlächter, die mehr als 2.000 „kroatische Banditen“ hingerichtet haben, besonders gelobt. Der Rekordhalter und Träger der „goldenen Kočevje-Medaille“ war **Ante Čepić**, ein Kroat aus Makarska, Maschinengewehrschütze während des Krieges und Mitglied der Kommunistischen Partei Jugoslawiens seit 1944. Er soll 3.800 Menschen getötet haben. **Ljuba Periša**, ein Kroat aus Šibenik, ein OZNA-Offizier und Mitglied der Kommunistischen Partei Jugoslawiens seit 1943, erhielt eine Silbermedaille für 3.000 Getötete. Nach dem Krieg wurde er verrückt und tötete seine Familie in Novi Sad mit einer Trophäenpistole, mit der er auch in Kočevski Rog tötete. **Ado Dragić**, seit 1943 Mitglied der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, erhielt die „bronzene Kočevje-Medaille“ für 2.200 Gefallene, und **Ivan Bokež** (eigentlich **Nikola Marić** aus dem Boke Kotorske) und Kommissarin **Milja** (eigentlich **Milka Planinc**) erhielten ein Sonderlob für 2.000 Gefallene. „Das Treffen der Kočevje-Schlächter am Bleder See verwandelte sich schnell in eine mehrtägige zügellose Orgie von Ausschweifungen, Primitivismus und Atavismus. Die kosmopolitische Bevölkerung und die Angestellten dieses prestigeträchtigen Kurortes waren entsetzt über das Wüten der Nutznießer des halbmonatigen Urlaubs, der vom Schlächter des Balkans – Marschall Tito – persönlich angeordnet und genehmigt wurde“, schrieb Božić. Die Zeugen erinnern sich nicht an Simo Dubajić, aber sie sehen deutlich die Kommissarin Milja vor ihren Augen, die auf den Tischen der Bleder Cafés tanzte und mit einem noch blutverschmierten Messer auf Holz einstach.

Unbestrafte Verbrechen

Die Verbrecher und diejenigen, die das Verbrechen angeordnet haben, wurden nie bestraft. Anzeigen, die in den letzten zehn Jahren gegen lebende Personen erstattet wurden, wurden meist abgewiesen oder landeten in den Schubladen der Staatsanwälte. Tito und die Partei haben immer Schlächter geschätzt, von denen die meisten nicht über 25 Jahre alt waren. Wie viele von ihnen die Drecksarbeit in Kočevski Rog gemacht haben, weiß niemand. Einer von ihnen, Ivan Gučić, sprach von 60 bis 70, aber so viele waren offensichtlich nur in seiner Gruppe.

Die Exekutionen waren schließlich ein anspruchsvoller und mühsamer organisatorischer Kraftakt. Es galt, den Ort zu finden, die Gefangenen zu transportieren, sie zu bewachen, die Henker zu versorgen, die Friedhöfe zu schließen und die Beweise zu vernichten, und

Dokumente bezeugen, dass die Parteimitglieder große Angst hatten, dass die Massengräber nicht entdeckt werden und lange verborgen bleiben würden. Am 14. August 1946 schrieb der stellvertretende Innenminister **Boris Kocijančič**, der Vater von **Janez Kocijančič**, einem ehemaligen Parteimitglied und langjährigen Präsidenten des Slowenischen Olympischen Komitees, an alle Bezirks- und Kreisabteilungen des Inneren. Offenbar war Kocijančič mit dem blutigen Massaker an ideologischen Gegnern bestens vertraut, denn er warnte seine Untergebenen, dass „es zwischen gewissen Kreisen viel Lärm geben könnte, weil sie versuchen werden, das Volk mit verschiedenen Appellen an Frömmigkeit und Menschlichkeit zu täuschen und Unmut für die Volksautoritäten zu erzeugen.“ Nun, die „gewissen Kreise“ wurden früher oder später beseitigt und die Morde wurden jahrzehntelang vertuscht (außer unter den Einwanderern in aller Welt). Noch heute haben einige, die noch am Leben sind, Angst zu sprechen, obwohl die Wahrheit, die die Nachfolger des kommunistischen Regimes immer noch durch Täuschung vertuschen, ans Licht kommen sollte. Doch Kočevski Rog ist nur eine der Tragödien...

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

37) Sloweniens konservative Regierung weist Kritik des Europarats zurück

Von Daniel Deme

15. 06. 2021



Janez Janša · Bildquelle: Remix News

Janšas Konservative reagieren auf Menschenrechtsvorwürfe

Die Menschenrechtskommissarin des Europarates, Dunja Mijatović, hat in ihrem „Memorandum zur Meinungs- und Medienfreiheit in Slowenien“ die Vergabe von staatlichen Beihilfen an unabhängige Medien durch die slowenische Regierung scharf kritisiert. Außerdem hat sie ihre Besorgnis über die ihrer Meinung nach von der Regierung unternommenen Schritte geäußert, die die Fähigkeit kritischer Stimmen, frei zu sprechen, zu untergraben drohen.

Hintergrund der Kritik sind die Entscheidungen der slowenischen Agentur für elektronische Kommunikation, die mit der Zuteilung von Geldern an die Medien des Landes beauftragt ist. Während des jährlichen Prozesses kann die Kommission staatliche Zuschüsse an Pressestellen vergeben oder verweigern, basierend auf einer Reihe von Bedingungen, bei denen Medienorganisationen auf einer Skala von eins bis zehn Punkte erhalten, basierend auf ihrem Antrag und ihrer Leistung in der vorherigen Periode.

Einige Medienorganisationen, die keine oder weniger staatliche Zuschüsse als in den Vorjahren erhalten haben, haben gegen die konservative Regierung von Janez Janša Beschwerde eingelegt und sie der politischen Voreingenommenheit und Einschüchterung beschuldigt. Wie in den Berichten des Rates hervorgehoben wird, haben sie auch Behauptungen über Einschüchterungen gegen Journalisten und über beleidigende Hassreden aufgestellt. Der Bericht hat einige Einträge in sozialen Medien hervorgehoben, in denen weibliche Journalisten frauenfeindlichen Kommentaren bezüglich der Unterordnung unter Männer und einigen Beleidigungen sexueller Natur ausgesetzt waren.

Der Bericht kritisiert auch die slowenische Regierung für das Verbot von wöchentlich stattfindenden Studentendemonstrationen, was diese als Angriff auf ihr Recht auf Protest betrachteten. In ihrer Antwort haben die slowenischen Behörden die Tatsache hervorgehoben, dass aufgrund von Pandemiebeschränkungen keine großen Versammlungen im Land erlaubt waren, und die Schlussfolgerung des Rates, dass diese Demonstrationen gestoppt wurden, um die Demonstranten daran zu hindern, ihre Meinung zu äußern, unwahr sei.

In der Antwort der Regierung wird auch darauf hingewiesen, dass es bei einigen der Demonstrationen zu erheblicher Gewalt kam, in deren Verlauf 17 Polizeibeamte verletzt wurden. Während einer solchen Veranstaltung am 11. Mai wurden nicht nur Polizeibeamte, sondern auch Journalisten von gewalttätigen linken Demonstranten angegriffen. Bei einer früheren Demonstration im November 2020, die die Europäische Kommission selbst als „friedlich“ bezeichnet hat, warfen Demonstranten Granitblöcke auf Polizisten, andere Teilnehmer und sogar Sanitäter.

Zum Thema staatliche Hilfen für die Medien: Trotz der schweren wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie hatte die slowenische Regierung zweistellige Millionenbeträge an COVID-19-Hilfen für die Medien bereitgestellt, darunter ein monatliches Grundeinkommen von 700 Euro für Journalisten sowie die Finanzierung von 80 Prozent der Löhne von derzeit entlassenen Journalisten, die in privaten Medien arbeiten.

Die Regierungserklärung räumt allerdings ein, dass während der COVID-19-Krise der öffentliche Diskurs „herabgewürdigt und die Rhetorik überhöht wurde“. Dieser Diskurs fand in den sozialen Medien statt und beinhaltete Konfrontationen zwischen Politikern und

Journalisten. Diese Konfrontation könne jedoch nicht als Angriff auf die Medienfreiheit gewertet werden, sondern sei Teil eines demokratischen Prozesses gewesen, heißt es in der Erklärung.

„Wir müssen betonen, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung ein Recht ist, das jedem zusteht, auch der Regierung und ihren Vertretern, und es beinhaltet von Natur aus auch die Äußerung von Kritik“, heißt es in dem Schreiben der Regierung.

Der Bericht des Europarats selbst erkennt an, dass Journalisten nicht von Kritik ausgenommen werden können, eine Meinung, der sich die slowenische Regierung in ihrer Antwort anschließt. Sie fügt hinzu, dass dies insbesondere dann der Fall ist, wenn Journalisten unwahre Berichte veröffentlichen und absichtlich Lügen verbreiten. Dies ist eine Anspielung auf die Tatsache, dass die Gründe, die die Medienkommission für die Nichtvergabe von Finanzhilfen an einige Zeitschriften und Radiosender anführte, ihre einseitige Berichterstattung und die Tatsache waren, dass sie lokale Angelegenheiten ignorierten, die den Kernteil ihrer Berichterstattung hätten ausmachen sollen.

Als Reaktion auf die Vorwürfe der von der Regierung inspirierten Gewalt gegen die Presse wird in der Antwort der Regierung hervorgehoben, dass der letzte solch schwere Angriff vor etwa 20 Jahren im Jahr 2001 stattfand, als ein Reporter vor seinem Haus schwer verprügelt wurde. Seitdem gab es zwei weitere Vorfälle von Gewalt gegen Pressevertreter. In einem Fall versuchten linksradikale Aktivisten, einem Reporter während einer Demonstration die Kamera zu stehlen, der andere Fall ereignete sich während eines gewalttätigen Anti-Regierungs-Protestes, als ein Pressefotograf von Demonstranten verprügelt wurde.

Andererseits erwähnt der Regierungsbericht den Fall des Investigativjournalisten Bojan Požar, der systematischem Druck und Einschüchterung durch einige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ausgesetzt war und über dessen Fall die slowenische Presse nie berichtet hat, weil sich seine Arbeit hauptsächlich auf die Aufdeckung von Korruption bei zentristischen und linken politischen Parteien konzentriert hat. Tatsächlich, so schlussfolgert der Regierungsbericht, „sehen wir eine potentielle Erosion der journalistischen Freiheiten ausschließlich in den privaten Medien, wo sich eine schädliche Medienkonzentration gebildet hat, die es den Eigentümern großer Medienunternehmen, die den Markt kontrollieren, ermöglicht, Einfluss darauf zu nehmen, worüber Journalisten schreiben. Es ist seit Jahren ein ständiges Problem, dass Journalisten großer Tageszeitungen, die sich im Besitz von drei Medienmagnaten befinden, nicht über Missetaten ihrer Eigentümer berichten dürfen.“

Quelle: [Remix News](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

38) Griechenland will mit „Schallkanonen“ Migranten an der Grenze zur Türkei Abschrecken

10. 06. 2021



Bildquelle: Fdesouche

Die griechische Polizei hat die Installation von zwei „Schallkanonen“ an ihrer Landgrenze zur Türkei angekündigt. Diese mächtigen Lautsprecher sollen Versuche von illegalen Migranten abwehren, den Fluss Evros zu überqueren, der die beiden Länder trennt. Eine bisher in Europa beispiellose Maßnahme.

„Zwei Schallkanonen wurden südlich und nördlich des Flusses Evros in Stellung gebracht“, erklärte ein griechischer Polizeibeamter in der Grenzregion gegenüber der AFP. Der Fluss, der die Grenze zwischen Griechenland und der Türkei markiert, ist einer der Hauptanziehungspunkte für Migranten nach Europa. Die griechische Polizei kaufte die hochmoderne Ausrüstung mit „nationalen Mitteln“ nach dem Zustrom von Migranten im Februar 2020.

Diese Schallkanonen können einen Schall von bis zu 162 Dezibel aussenden. Zum Vergleich: Ein normales Gespräch hat durchschnittlich 60 Dezibel und ein Flugzeug strahlt etwa 120 Dezibel aus. Im Februar und März 2020 „hätten solche Soundsysteme abschreckende Ergebnisse erzielt. Wir wären nicht unter solch einem erstickenden Druck gestanden“, erklärte der Grenzschutzbeauftragte Panagiotis Harelas gegenüber dem griechischen Fernsehen.

Die Europäische Kommission „hat mit Besorgnis die Berichte in den Medien über dieses akustische Kanonengerät zur Kenntnis genommen“, das „eingesetzt werden soll, um von Grenzübertritten abzuschrecken“, sagte ein Sprecher der Kommission, Adalbert Jahnz, am Donnerstag. Er fügte bei einer Pressekonferenz hinzu, dass er „in Kontakt mit den griechischen Behörden“ sei, um „mehr Informationen“ über das Gerät zu erhalten.

Sammy Mahdi, belgischer Staatssekretär für Asyl und Migration, sagte, er sei „sehr für den Schutz der europäischen Grenzen, aber noch mehr für den Schutz der europäischen Werte.“

Das Ziel ist nicht, alle Migranten abzuschrecken, sondern die Migration besser zu kontrollieren. Dies kann und muss auf humane Art und Weise geschehen“, fügte er in einer Erklärung hinzu.

Quelle: [Le Courier de l'Atlas](#)

Die Europäische Union wird bis Ende des Jahres eine Stahlmauer zwischen Griechenland und der Türkei errichten. Ein gepanzerter LKW, der mit einer Schallkanone ausgestattet ist, die ohrenbetäubenden Lärm abfeuert, vergleichbar mit der Lautstärke eines Düsentriebwerks, wird ebenfalls an der griechisch-türkischen Grenze eingesetzt, um Migranten daran zu hindern, europäisches Territorium zu erreichen.

Europa wird ein wenig vorsichtiger. Nachdem die Europäische Union (EU) die libysche Küstenwache ausgerüstet und ausgebildet hat, um so viele Migrantenboote wie möglich abzufangen, und dann ein neues Abkommen mit Tunesien unterzeichnet hat, um den Strom der Flüchtlinge, die das Mittelmeer überqueren, im Austausch für finanzielle Hilfe einzudämmen, erwirbt sie nun ein neues Schutzarsenal.

Diesmal investiert die Union an der griechisch-türkischen Grenze und nimmt eine Schallkanone in Betrieb, die von einem gepanzerten LKW aus ohrenbetäubenden Lärm abfeuert, der die Lautstärke eines Düsentriebwerks erreichen kann. Eine Stahlmauer wird auch die Übergänge blockieren, die von Exilanten genutzt werden, um über die Evros-Grenze nach Griechenland zu gelangen.

Quelle: [InfoMigrants](#)

Hightech-Überwachung von Migranten an der griechisch-türkischen Grenze

Ein griechisches Panzerfahrzeug, ausgestattet mit einer ultrastarken Schallkanone.

Entlang der 200 km, die Griechenland und die Türkei trennen, wurden neue Überwachungs- und Abschreckungssysteme getestet, darunter eine extrem leistungsstarke Schallkanone.

Dimosthenis Kamargios, Grenzschutzbeamter: „Wir sind bereit. Mit unseren neuen Systemen haben wir ein sehr klares Bild von dem gesamten Gebiet, und wir sind bereit, unsere Kräfte entsprechend auf die Gebiete zu lenken, in denen ein Masseneintritt von Migranten versucht werden könnte. Mit neuen Systemen wie der Schallkanone und gepanzerten Fahrzeugen können wir diesen Einbruch verhindern.“

Die EU hat nach der Flüchtlingskrise vor fünf Jahren, als mehr als eine Million Menschen – viele von ihnen flohen vor Kriegen in Syrien, Irak und Afghanistan – in Griechenland und anderen EU-Ländern ankamen, 3 Milliarden Euro in Sicherheitstechnologie investiert.

Es gibt jedoch einige Abgeordnete, etwa der deutsche Patrick Breyer von der Piratenpartei, die ethische Fragen zu dem System haben: „Was wir an den Grenzen sehen, und in der Behandlung von Ausländern im Allgemeinen, ist, dass es oft ein Testgelände für Technologien ist, die dann auch auf Europäer angewendet werden.“

Entlang des Evros-Flusses wurden eine Stahlwand und zahlreiche Beobachtungstürme installiert, die mit Fern- und Infrarotsicht ausgestattet sind. Die Griechen, die der Türkei gegenüberstanden, wollten auf alles vorbereitet sein.

Athanasios Pemousis, aus der Gemeinde Poros: „Wir haben einen immer aggressiveren Nachbarn. Auf ihrer Seite gibt es nie eine Kompromissposition. Nur eine aggressive Position. Wir sind immer in der Defensive, wir müssen etwas tun, um uns zu verteidigen.“

Trotz einer oft angespannten Situation und Zusammenstößen, wie in Evros im März 2020, ist die Zahl der nach Griechenland einreisenden Migranten innerhalb eines Jahres um fast 80 % gesunken.

Quelle: [Euronews](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

39) Salvini + Berlusconi? Das Szenario einer „Lega Italia“ zeichnet sich ab

Von Alberto Basile

07. 06. 2021



Salvini & Berlusconi · Bildquelle: Centro Machiavelli

In den letzten Tagen mehren sich die Gerüchte über einen Zusammenschluss zwischen der Lega Salvini und der Forza Italia. Zunächst würde es sich um die Bildung einzelner Fraktionen im Parlament handeln, aber die Möglichkeit der Gründung einer echten Partei, der „Lega Italia“, mit Salvini als Sekretär und Berlusconi als Präsident, zeichnet sich am Horizont ab. Bis vor wenigen Wochen mochte es noch wie politische Phantasie erscheinen, aber das Projekt einer „Lega Italia“ wurde kürzlich in einem [Dossier der „Nazione Futura“](#) diskutiert und ist heute eines der Hauptthemen in allen nationalen Zeitungen.

Die Idee der einzelnen Fraktionen wurde zunächst von Matteo Salvini lanciert; das Projekt scheint in Giorgettis Händen zu sein und Berlusconi scheint gewillt, den Vorschlag zu akzeptieren, obwohl es in der Forza Italia keinen Mangel an gegenteiligen Stimmen gibt. Salvini könnte sich so auf elegante Weise von Giorgia Meloni distanzieren, ihm stünden die Türen der Europäischen Volkspartei weit offen und er würde sich als Führer der rechten Mitte etablieren. Berlusconi käme aus der Sackgasse der Forza Italia heraus, die von allen Seiten Stücke und Stimmen verliert, und könnte Salvini als Mitgift einen Wahlkonsens in

Südtalien bringen, um den die Lega kämpft. Natürlich gibt es Fallstricke, wie die PdL-Affäre (Il Popolo della Libertà) zeigt, aber ich glaube, dass sich diese Herausforderung, wenn sie schrittweise, intelligent und realistisch gehandhabt wird, als sehr interessant erweisen könnte. Forza Italia und die Lega von heute haben viel mehr miteinander zu tun als Fini und Berlusconi zur Zeit des PdL.

Persönlich würde ich diese Entwicklung des politischen Rahmens der rechten Mitte begrüßen. Auf diese Weise würde eine große und moderne konservative Partei entstehen, von der liberalen Rechten, patriotisch, aber nicht nationalistisch, Förderer eines „starken, aber nicht geschäftigen“ Staates, europäisch, aber nicht dogmatisch pro-europäisch. Es könnte auch kleinere Akronyme enthalten, wie die neue Partei von Toti und Brugnarò oder die Formation von Maurizio Lupi. Die „Lega Italia“ hätte sicherlich plurale Seelen und Strömungen in sich, und wenn sie es versteht, die Dialektik zu managen, würde sie der rechten Mitte und dem ganzen Land nützen.

Interessant fand ich in diesem Zusammenhang die Überlegungen von [Alessandro Campi in „Il Giornale“](#) und [Giovanni Toti in „Repubblica“](#). Ersterer hofft auf eine „konservative Massenpartei, etwas, das es in Italien noch nie gegeben hat und das in unserer politischen Landschaft störend sein würde. Sie sollte die Partei der Tradition, der sozialen Marktwirtschaft, der religiösen Werte, der Gewissheiten und der sozialen Stabilität sein. Eine Kraft, die das untergetauchte Recht repräsentiert, von dem Longanesi sprach“. Giovanni Toti seinerseits ist vorsichtiger, aber er ist bereit, „einen Raum zu unterstützen, in dem alle Kulturen der rechten Mitte unabhängig von den Zahlen eine politische Heimat haben“, also „eine große konservative Partei, in der verschiedene Seelen vereint werden können“.

Ich stimme mit beiden Analysen überein. Italien hat endlich eine große Mitte-Rechts-Kraft wie die spanische PP oder die britischen Konservativen verdient. Ich weiß, es hat in unserer Geschichte keine Vorbilder, aber es gibt Zeiten, in denen man die Karten auf dem Tisch komplett neu mischen kann. Natürlich ist mein Wunsch nur ein Wunsch, der noch lange nicht in Erfüllung geht, aber wir beginnen Wege zu sehen, die zum Ziel führen.

Natürlich hängt, wie bei jedem komplexen Projekt, alles davon ab, wer und wie dieser Entwurf realisiert werden soll. Können wir von einer neuen Generation von 20- bis 30-Jährigen träumen, die in der neuen politischen Einheit geboren und politisch aufgewachsen sind und dazu bestimmt sind, die herrschende Klasse von morgen zu repräsentieren und als Bollwerk gegen politische Korrektheit und linke Ideologie zu agieren?



Alberto Basile

Geboren 1988, Doktor in Fremdsprachen (Katholische Universität Mailand). Mehrsprachig, aber immer tief mit seinem Land verbunden, sieht er sich selbst als konservativen und realistischen Liberalen. Er arbeitet im kaufmännischen Bereich für eine italienische Luxusmarke.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [CENTRO MACHIAVELLI](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

40) Portugal: Diogo Pacheco de Amorim, Chegas Ideologe

Von Álvaro Peñas

06. 06. 2021



Diogo Pacheco de Amorim · Foto: El Correo de España

„Chega prangert laut an, was die Portugiesen mit leiser Stimme zu sagen pflegten“

Interview mit Diogo Pacheco de Amorim, dem Ideologe der portugiesischen Partei „Chega!“ („Es reicht!“). Er war der Autor des Wahlprogramms für die Legislative 2019, der „ideologischen Matrix“ und der „Gründungstexte“ der Partei, Vizepräsident seit ihrer Gründung bis zum letzten Kongress am 30. Mai letzten Jahres und Berater von André Ventura in der Versammlung der Republik. Während seiner intensiven politischen Karriere gehörte Pacheco de Amorim zu den integrativen Studentenbewegungen, die sich gegen die Entkolonialisierung wandten und Portugal und die Überseeprovinzen als Ganzes verteidigten. Er musste während der turbulenten Jahre der Nelkenrevolution ins Exil nach Madrid gehen und war Mitglied der Demokratischen Bewegung zur Befreiung Portugals. Er arbeitete für Parteien wie die Bewegung für Unabhängigkeit und Nationalen Wiederaufbau,

die CDS-PP, wo er Berater des Präsidenten und stellvertretenden Ministerpräsidenten Diogo Freitas do Amaral war, und die Neue Demokratie, wo er Ideologe bei Manuel Monteiro war.

Der letzte Kongress der Chega diente dazu, die Führung von André Ventura zu bekräftigen und die Partei für die Kommunalwahlen neu zu organisieren. Der Kongress wurde von Matteo Salvini besucht. Der Vorsitzende der Lega sprach von der Vereinigung von Volksparteien, konservativen Parteien und Identitätsparteien: „Mein Traum ist es, die Besten dieser drei Familien zusammenzubringen, um den Sozialisten und Kommunisten und denen, die gegen ein Europa der Völker und der Freiheit sind, entgegenzutreten“. Chega und Lega sind Mitglieder der europäischen Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID).

Eine aktuelle Umfrage gibt ihnen 8,3 % der Stimmen und bestätigt sie als dritte politische Kraft, knapp hinter den Konservativen und den Sozialisten. Worin liegt der Erfolg der Chega?

Dieser Erfolg liegt in unserer Fähigkeit, alles laut anzuprangern, was die meisten Wähler aus Angst vor der sozialistischen Macht und der politischen Korrektheit nur mit leiser Stimme zu sagen pflegten. Tatsächlich gibt es seit der Revolution vom 25. April keine wirklich konservative und liberale Partei mehr auf der politischen Bühne Portugals. Sowohl die PSD als auch die CDS sind keine wirklich konservativen und rechtsgerichteten Parteien. Sie sind Mitte-Rechts-Parteien sozialdemokratischen Ursprungs und sie konfrontieren die Sozialistische Partei nicht, weil sie viele ihrer Werte teilen. Chega teilt keine der Werte des sozialistischen Raums und ist daher durchaus in der Lage, eine frontale Kritik an diesen Werten und den Ergebnissen dieser Werte, die in konkrete Politik umgesetzt werden, die in Portugal seit 45 Jahren angewandt wird, zu üben.



Bei den letzten Präsidentschaftswahlen haben Sie Ihre besten Ergebnisse in ehemaligen kommunistischen Hochburgen erzielt. Wie erklären Sie sich diesen Wechsel zugunsten von Chega?

Ein großer Teil dieser Wählerschaft ist nicht wirklich kommunistisch und hat die Kommunisten gewählt, weil sie die einzigen waren, die die Situationen eklatanter Ungerechtigkeit anprangerten, die die Parteien des Systems geschaffen und aufrechterhalten haben. Chega prangerte diese Situationen deutlicher und entschiedener an als die Portugiesische Kommunistische Partei. Aufgrund der Unterstützung, die sie in den letzten Jahren der Regierung der Sozialistischen Partei gegeben hat, hat sie schließlich Maßnahmen der Regierung zugestimmt, die vor allem den schutzlosesten Wählern geschadet haben.

Ihr Erfolg hat die portugiesische Linke und die extreme Linke sehr nervös gemacht, und sie sind so weit gegangen, dass sie bei mehreren Gelegenheiten ein Verbot Ihrer Partei gefordert haben.

Ja, sie sind sehr nervös, denn egal wie sehr sie versuchen, uns in den Medien zu verunglimpfen. Wir steigen immer noch in den Umfragen und sie sehen nicht, wie sie uns im üblichen politischen Kampf in Demokratien aufhalten können. Sie versuchen also, die Methoden anzuwenden, die die extreme Linke in Ländern, in denen sie entscheidenden Einfluss erlangt hat, schon immer benutzt hat: die Justizmaschinerie zu nutzen, die sie infiltriert hat.

Gibt es einen Versuch der etablierten Parteien, Chega zu isolieren?

Ja, es gibt ihn, und zwar auf eine sehr klare Art und Weise: Der Versuch, uns zu ächten, ist eine der frontalsten Versionen dieses Versuchs. Die andere ist, uns in den Medien mundtot zu machen und, wenn das nicht gelingt, schamlos zu lügen und zu verleumden.

Die Linke versucht, wie in Spanien, die Geschichte umzuschreiben. Ich wollte Sie zu zwei Themen befragen, dem Tod von Oberstleutnant Marcelino da Mata, Portugals höchstdekoriertem Soldaten, und dem Vorschlag des sozialistischen Abgeordneten Ascenso Simoes, das Denkmal der Entdeckungen abzureißen.

Wie überall wollen die Linken die Geschichte umschreiben und werden dies auch tun, wenn wir sie nicht aufhalten. Um dies zu tun, nutzt die Linke ihre fast ausschließliche Kontrolle über die Maschinerie des öffentlichen Bildungssystems, der Wissenschaft, der Sozialwissenschaften und der Welt der Kultur. Dies ist eine Situation, die dringend mit energischen politischen Maßnahmen rückgängig gemacht werden muss und der wir volle Priorität einräumen werden, wenn wir in der Regierung sind.

Im September gehen in Portugal wieder die Wähler zu Kommunalwahlen an die Urnen. Was erwarten Sie von diesen Wahlen? Wo hoffen Sie, die besten Ergebnisse zu erzielen?

Wir hoffen, dass wir in allen Gemeinden des Landes Bürgermeister einsetzen können, sowohl auf der Ebene der Gemeinden als auch, soweit möglich, auf der Ebene der Bezirke. Die Kommunalwahlen sind sehr wichtig, um im ganzen Land Fuß zu fassen und die Unterstützung zu festigen, die auf nationaler Ebene bei den Präsidentschaftswahlen gezeigt wurde. Wir hoffen, die dritte Partei in der Anzahl der Stimmen zu sein, und wir hoffen, unsere besten Ergebnisse in den großen Ballungsgebieten und im gesamten Gebiet südlich des Tejo zu erzielen.



André Ventura hat darauf hingewiesen, dass Chega nicht die Krücke der PSD sein wird. Welche Politik wird Chega in den Orten verfolgen, in denen ihre Stimmen entscheidend sind?

An diesen Stellen wird Chega von Fall zu Fall entscheiden. Aber mögliche Koalitionen mit der PSD werden immer davon abhängen, ob die PSD uns in der Regierung der Gemeinden akzeptiert und ob die politische Aktion in diesen Gemeinden unsere wichtigsten Wahlvorschläge berücksichtigt.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER